

Tagebuch 1963

Deutsch-französischer Vertrag. Turbulenzen um die EWG

Donnerstag, den 3. Januar 1963

Ein sehr abgewogenes Interview, das Döring dem *Mittag* gab, dürfte wegen seiner großen Aufmachung unserem Vorsitzenden kaum schmecken. Insbesondere Dörings Bemerkungen zu den Konsequenzen („positiven Begleiterscheinungen“) der Verhandlungen zwischen CDU und SPD für die Freien Demokraten werden wohl bei manchen „bürgerlichen“ Parteifreunden Unbehagen hervorrufen¹. Aber auch hier geht der ehemalige Jungtürke sofort diplomatisch auf Distanz – zur SPD. Ein kleines Kunstwerk der Positionsbestimmung für eine liberale Partei.

Montag, den 7. Januar 1963

Für meinen jüngsten Artikel zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen scheint es bei den Sowjets noch keine einheitliche Sprachregelung zu geben. Während Sacharow am Freitag den Aufsatz im Radio Moskau überraschend positiv kommentierte, zeigte sich Dimitrijew heute bei einem Mittagessen von seiner „Schärfe“ überrascht². D. kritisierte insbesondere die darin zum Ausdruck gekommene Ansicht, es lohne sich nicht, auf Chruschtschows antideutsche Polemik einzugehen. Ich hatte geschrieben, daß Chr. in mehreren Verlautbarungen in jüngster Zeit „einen Grad der Verständnislosigkeit gegenüber den nationalen Problemen unseres Volkes“ gezeigt habe, der kaum noch zu überbieten sei.

¹ Döring erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Regierungskrise der letzten Wochen hat als eine von mir positiv beurteilte Begleiterscheinung die Beseitigung der Zwangsvorstellung gebracht, man müsse immer und in jedem Falle eine Regierungsbeteiligung der SPD verhindern. Wir haben im Bundestag drei unabhängige Parteien. Wenn die parlamentarische Demokratie funktionieren soll, muß zwischen diesen Parteien jede Mehrheitsbildung, das heißt jede Form der Regierungsbildung möglich sein.“ (Wortlaut des Interviews bei den Handakten Schollwers)

² Schollwer hatte in der fdk vom 3. 1. 1963 unter der Überschrift: „Ein Haupthindernis für bessere deutsch-sowjetische Beziehungen“ einen Artikel verfaßt, den Radio Moskau am 4. 1. wie folgt kommentierte: (Im FDP-Pressedienst) kam die Unzufriedenheit einer der Regierungsparteien über den heutigen Zustand (der deutsch-sowjetischen Beziehungen) zum Ausdruck ... Man muß mit dem Pressedienst einverstanden sein, daß man nicht auf Worte, sondern nur auf Taten etwas geben müsse ... Wenn der Pressedienst tatsächlich das Bestreben der Parteileitung widerspiegelt, einen Schlußstrich unter die bittere Vergangenheit zu ziehen und einen neuen Anfang zu machen, so könnte sie in dieser Richtung viel tun. (Zitiert nach BPA-Ostinformation.)

D. wies diese Feststellungen mit der Bemerkung zurück, die Sowjetunion habe das größte Verständnis für die deutschen Probleme. Schon Stalin habe das in seinem berühmten Ausspruch bekundet: „Die Hitler kommen und gehen ...“. Meinem Satz, „daß ... ohne die Brechung des Terrors in dem von Moskau kontrollierten Deutschland eine Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen undenkbar“ sei, trat D. mit der Behauptung entgegen, in der DDR sei von Terror keine Rede. Er sei selbst dort gewesen und habe mit zahllosen Arbeitern, Intellektuellen und Funktionären gesprochen, die ihm alle versichert hätten, mit den politischen Verhältnissen zufrieden zu sein. (Was hätten sie wohl einem Sowjetdiplomaten gegenüber anderes äußern können?) Die FDP fordere also genau wie alle anderen Parteien die Liquidierung des Gesellschaftssystems in der DDR als Voraussetzung für bessere Beziehungen zu Osteuropa. –

Mittwoch, den 9. Januar 1963

Margulies hat gestern vor der Fraktion auf das Dilemma hingewiesen, daß durch unsere Westeuropa-Politik eine Wiedervereinigung Deutschlands immer schwieriger werde. Nach seiner Auffassung sei es heute nicht mehr möglich, die Bevölkerung für die Wiedervereinigungspolitik zu interessieren, für die Europa-Politik indessen umso mehr. Die FDP habe sich bisher zu wenig mit den Konsequenzen der Europa-Politik beschäftigt. Die Verträge seien rechtens, wir hätten keine Möglichkeit, ihre Erfüllung zu verweigern. Immer mehr nationalstaatliche Funktionen gingen auf die Gemeinschaft über. – Aschoff zog aus diesem Vortrag die Schlußfolgerung, die FDP müsse ihre Europa-Konzeption überprüfen. Kohut meinte, wir hätten jetzt zum ersten Male aus dem Mund von Margulies gehört, daß wir zwischen Europa und der Wiedervereinigung wählen müßten. Als Mende diese Bemerkung Kohuts mit der Feststellung konterte, Europa-Politik und Wiedervereinigung schlossen sich nicht aus, sondern bedingten sich gegenseitig – das sei auch Wehners Meinung – rief Dehler gereizt: „Es scheint mir grotesk, daß Sie Wehner als Kronzeugen in unserer Fraktion anrufen!“ Gab Mende zurück: „Sie haben mehr Verbindung zu Wehner als ich!“ – „Das ist skandalös“, donnerte Dehler. Am 21. Januar wird sich die Fraktion in einer vertraulichen Sitzung mit außenpolitischen Fragen, dabei speziell auch mit diesem Problem, beschäftigen.

Freitag, den 11. Januar 1963

Dehlers Feststellung, wer der europäischen Integration das Wort rede, habe kein Recht mehr, von der Wiedervereinigung zu sprechen, veranlaßte die *Politisch-soziale-Korrespondenz* (PSK) zu einer heftigen Attacke gegen unseren Parteifreund. Auf der heutigen Redaktionskonferenz in der Parteileitung wurde beschlossen, diesen Angriff der Union zunächst zu

ignorieren, gegebenenfalls aber auf eine gegenteilige Mende-Äußerung vom 5. Januar im Hessischen Rundfunk hinzuweisen³.

Heute ist George Ball beim Kanzler. Sein Auftrag: Adenauer die amerikanischen Pläne über den Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht in der NATO zu erläutern sowie den Streit zwischen den Verbündeten über die westliche Verteidigungskonzeption zu beenden. Das erscheint dringend notwendig, denn die Konfusion über die Pläne Washingtons ist mittlerweile vollkommen.

Montag, den 14. Januar 1963

Bei einem Essen mit dem Leiter der jugoslawischen Mission, Georgijewicz, kündigte dieser seine Absicht an, in den nächsten Tagen mit der FDP-Führung aktuelle Probleme deutsch-jugoslawischer Beziehungen zu erörtern. Dabei dürfte es sich vor allem um folgende Themen handeln: Die Tätigkeit jugoslawischer Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik, die Ignorierung des jugoslawischen Regimes und seiner Grenzen durch Bonn sowie die Entschädigung für die Nazi-Opfer in Jugoslawien. G. bedauerte die Gewohnheit verantwortlicher Stellen in der Bundesrepublik, Jugoslawien mit der Deutschlandpolitik Moskaus zu identifizieren, ja dieses Land sogar dem Ostblock zuzuordnen. Der Diplomat behauptete, Belgrad habe seinerzeit diplomatische Beziehungen zur DDR nicht zuletzt mit der Absicht aufgenommen, die Möglichkeiten eines politischen Einflusses auf die DDR zu erhalten. Jugoslawien bejahe insofern auch den Bau der Mauer am 13. August, weil Belgrad kein Interesse an einer fortwährenden Abwanderung der Deutschen aus diesem Gebiet habe (sic!).

Döring hat auf seine Augstein-Rede im Bundestag ca. 300 Briefe bekommen, überwiegend zustimmend und häufig auch mit scharfen Angriffen gegen Mende gespickt. Wie mir ein Kollege aus der Parteileitung dieser Tage berichtete, darf Mende nur die Post vorgelegt werden, die sich zustimmend zu seiner Politik äußert. Ich möchte das nicht glauben.

Mittwoch, den 16. Januar 1963

Mende berichtete heute abend der Fraktion über das Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit George Ball am Montag. Dieser habe sich sehr zufrieden über seine Begegnung mit Adenauer geäußert und behauptet, Bonn habe sich jetzt voll den amerikanischen Vorstellungen über eine

³ In einem Gespräch zwischen Herbert Wehner, Ernst Majonica und Erich Mende im Hessischen Rundfunk am 6. 1. 1963 hatte letzterer abgestritten, daß es einen Gegensatz zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Integration gebe und betont, daß beide Prozesse parallel laufen müßten. (Wortlaut des Interviews in ADL, Bestand Mende, A 31-297.)

multilaterale Atomstreitmacht angeschlossen. Dagegen sei B. sehr betroffen über de Gaulles Pressekonferenz gewesen⁴. Er bezeichnete sie als Affront gegen Kennedy, der am gleichen Tage seine Botschaft an die Nation richtete. Jedoch wäre man von de Gaulles atomaren Plänen nicht überrascht worden – die Zeit werde den französischen Präsidenten schon von seinen Plänen wieder abbringen, meinte Ball. Weit schwerwiegender seien die Äußerungen des Generals zur EWG. Sie könnten dazu führen, daß Macmillans Position außerordentlich prekär werde⁵. – Ball habe dann von Brentano, Erler und Mende wissen wollen, wie die Fraktionen sich zu verhalten gedächten. Brentano habe erklärt, die Bundesrepublik werde selbstverständlich an ihrem bisherigen Standpunkt (Bejahung des Beitritts Englands) festhalten. Schröder habe bereits sehr scharf gegen de Gaulle Stellung genommen. Auf Weisung Adenauers mußte allerdings – so Mende – eine Agentur die entsprechende Meldung abschwächen („Bruch zwischen Bonn und Paris“). Mende: Entweder werde man Adenauer auf die Linie des Bundestages zwingen – oder eine Vordatierung des Termins! –

Ball habe die Ausführungen de Gaulles als so schwerwiegend bewertet, daß er Kennedy gebeten habe, ihm noch am gleichen Abend für eine Berichterstattung zur Verfügung zu stehen. Ergänzend teilte Mende mit, die drei Fraktionsvorsitzenden beabsichtigten, wegen des de Gaulle-Interviews vom Montag Adenauer einen Brief zu schicken und ihn zu bitten, sich entsprechend dem Bundestagsbeschluß bei seinem Freund in Paris für die Hereinnahme Englands in die EWG einzusetzen.

Dehlers Voreingenommenheit mir gegenüber nimmt allmählich groteske Formen an. Gestern behauptete er allen Ernstes, ich hätte die Europa-Politik de Gaulles zu meiner eigenen gemacht. D. hat dafür nicht die Andeutung eines Beweises. Ich denke, er redet nur so daher, um sich dafür zu revanchieren, daß ich ihn vor einem Jahr mit meiner Analyse zur Deutschlandpolitik so verstört habe.

⁴ Am 14. 1. äußerte sich General de Gaulle auf einer Pressekonferenz in Paris zum Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt. Der französische Staatschef brachte dabei zum Ausdruck, daß die von ihm näher spezifizierten Voraussetzungen für diesen Beitritt nicht gegeben seien. De Gaulle schlug einen Assoziierungsvertrag zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft vor (ADG 1963, S. 10357f.).

⁵ Diese Äußerungen Balls scheinen wesentlich von einem Zweckoptimismus bestimmt gewesen zu sein. Was sich tatsächlich hinter de Gaulles Nein zu Englands Beitritt zur EWG verbarg, enthüllte *Le Monde* am 10. 1. mit der Feststellung, das Abkommen von Nassau habe die „speziellen Bindungen zwischen London und Washington noch verstärkt“. Bei einem Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft werde „in stets vermehrtem Maße das Tor des Eindringens eines trojanischen: sprich amerikanischen Pferdes offener“ (ADG 1963, S. 10351).

Donnerstag, den 17. Januar 1963

Wolfgang Döring ist tot! Er brach heute nacht auf der Heimfahrt von einer Besprechung bei Brentano zusammen und starb später in einer Düsseldorfer Klinik an einem Herzinfarkt.

Ich erfuhr die Schreckensnachricht heute morgen gegen 9 Uhr. Die Sekretärin der Fraktionspressestelle rief an und fragte, ob ich den Tod Dörings bestätigen könne. Kurz darauf kam Genscher, völlig verstört, in mein Büro und bestätigte die Hiobsbotschaft. Mittags trat die Fraktion zu einer Sondersitzung zusammen. Mende wollte ursprünglich trotz dieses Ereignisses nach Köln fahren, um an einer Tagung des Rundfunkrates des WDR teilzunehmen. Genscher machte ihm jedoch klar, daß er sich als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Aufgabe nicht entziehen könne, die Gedenksitzung der Fraktion zu leiten. M. sprach lange und obenhin vor den erschütterten Abgeordneten („Wir gedenken des Wortes von Hemingway: Wem die Stunde schlägt“ ... „trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten mit Döring“ usw.). Danach bat Dehler ums Wort. Tiefbewegt, mit den Tränen kämpfend, würdigte er den Verstorbenen als einen Mann, der es wie kein anderer verstanden habe, Menschen um sich zu versammeln und an sich zu binden (das ging offensichtlich gegen M.!). Am frühen Nachmittag eine Betriebsversammlung in der Parteileitung. Genscher erwähnte nur die Worte Dehlers und forderte die Mitarbeiter auf, „im Geiste Dörings“ die Arbeit fortzusetzen. Das werden wir gerne tun.

Die Kältewelle hält noch immer an. Milderung kommt kurioserweise z. Z. nur aus Ostberlin. Dort hat Chruschtschow vor dem SED-Parteitag am Mittwoch „milde Töne“ gegenüber seinen ideologischen Gegnern im Ostblock wie gegenüber dem Westen angeschlagen⁶. Ist nun wieder einmal politisches „Tauwetter“ zu erwarten?

Freitag, den 18. Januar 1963

Das heutige Pressebild wird von den Meldungen über Dörings Tod, von Nachrufen sowie von Fotos des Verstorbenen beherrscht. Die *Abendpost* nennt D. den „dynamischsten Mann der FDP“, und Norbert Tönnies bringt in seinem Kommentar interessante Einzelheiten über die letzte Unterredung Dörings mit Brentano.

Inzwischen hat ein Streit darüber begonnen, ob Döring ein Opfer bürokratischer Aufnahmefethoden in den Städtischen Krankenanstalten Düsseldorfs geworden ist. Das *Neue Deutschland* und der Ostberliner Rundfunk geben sich damit freilich nicht zufrieden: sie erfanden flugs die Le-

⁶ Chruschtschow hatte vor dem VI. SED-Parteitag nicht nur auf neue Attacken gegen den Westen verzichtet, sondern auch einen „Burgfrieden“ mit der Volksrepublik China vorgeschlagen.

gende, Döring sei durch einen Bonner Geheimdienst ermordet worden⁷. Diese Leute haben eine erschreckend schmutzige Phantasie, oder sprechen sie etwa aus DDR-Erfahrung?

Am Vormittag ein Anruf von Dehler. Er äußerte sich erschüttert über Mendes gestrigen Nachruf auf Döring; drastische Worte als Ausdruck einer echten Empörung. Dehler sagte, er sei sehr bekümmert über die Folgen dieses Verlustes für die Partei. Ich konnte ihm da nicht widersprechen.

Am Mittag ein Gespräch mit Mende. Er berichtet, Döring habe ihm in die Hand versprochen gehabt, im kommenden Jahr auf dem Parteitag nicht gegen ihn (Mende) für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren. Ich hatte das Gefühl, der Vorsitzende ist zur Zeit vor allem damit beschäftigt, die Vor- und Nachteile des plötzlichen Todes von Döring für seine Person abzuwägen.

Später war Mr. Johnson von der US-Botschaft bei mir. Ein Bericht aus Paris besage, daß de Gaulle gestern einem britischen Minister erklärt habe, mit den „Mendes, Schröders und Strauß“ sei nichts anzufangen. Der General habe große Sorgen vor der Nach-Adenauer-Zeit und wolle jetzt vollendete Tatsachen schaffen. Mir scheint, er ist schon fest dabei. Zunächst einmal hat er bereits gestern eine Vertagung der Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG verlangt und damit die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt.

Dienstag, den 22. Januar 1963

Gestern mittag Beisetzung Dörings auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich eingefunden, um D. an diesem sonnigen, klaren Tag bei leichtem Frost zur letzten Ruhe zu geleiten. Dehler und Weyer sprachen Abschiedsworte an der Gruft, eine Militärmusik spielte das Lied vom guten Kameraden.

Der Beisetzung war eine Trauerfeier im Robert-Schumann-Saal vorausgegangen, auf der Landeskirchenrat Doebling, Gerstenmaier, Blank und zuletzt Erich Mende sprachen. Letzterer, wie gewohnt, mit vielen Zitaten, Fremdwörtern und Phrasen (res publica, res privata, adieu, griechisches Zitat, Dörings letzter Terminkalender).

Die Beisetzung Dörings war übrigens von einigen Zwischenfällen begleitet: Gerstenmaier überstand auf der Rückfahrt nach Bonn unverletzt einen schweren Verkehrsunfall. Und während der Trauerfeier im Schumann-Saal wurde auf den Sitzen der Trauergäste ein wirres Pamphlet eines offenbar psychisch Gestörten aus Wiesbaden gefunden, der sich nicht nur die abstruse Mordtheorie der SED im Falle Döring zueigen machte, sondern auch noch den SPD-Professor Nölting zum Opfer obskurer Geheimdienste erklärte.

⁷ Diese Version hat Erich Mende in seinen Erinnerungen wieder aufgegriffen: Erich Mende, Von Wende zu Wende, München 1986.

Am späten Montag nachmittag dann die seit längerem geplante außenpolitische Klausurtagung der Fraktion. Sie begann mit einem guten Referat Sonnenhols zur Außen- und Deutschlandpolitik, dem ein schlechtes des Generals Munzel über die Verteidigungspolitik folgte⁸. Der General jedoch bekam viel Zustimmung, während Sonnenhol – vor allem von Dehler – schärfste Kritik erfuhr. Das war zu erwarten, nachdem S. mir schon vor Beginn der Sitzung mitgeteilt hatte, er wolle meine Gedanken aus der Deutschland-Studie vortragen („Wir kommen von verschiedener Seite zum gleichen Ergebnis“). Unter der Devise, nichts wäre tödlicher als eine Fortsetzung der Politik der halben Wahrheiten, der Feigheit und der Unaufrichtigkeit, gab dann S. ein tatsächlich desillusionierendes Bild der internationalen Lage. Das war gewiß provozierend, wenn auch unbestreitbar zutreffend. Nicht weniger die Schlußfolgerungen Sonnenhols, die sich mit den meinen weitgehend decken⁹. Als es schließlich S. auch noch für notwendig hielt, auf meine Arbeit hinzuweisen, die er zur Grundlage seines Referates gemacht habe, hatte er – bis auf wenige Ausnahmen – die Fraktion gegen sich. Rahn meldete als erster „lebhaftige Opposition“ an. Achenbach forderte – was wohl? – seine Friedenskonferenz, und Dehler meinte, wenn wir das täten, was Sonnenhol (und ich) verlangen, dann seien „Pfleiderer, Ungeheuer und Döring umsonst gestorben“ (von Dörings Zustimmung zu meinem Papier weiß D. offenbar nichts). Herr Rauch fabulierte von Faustpfändern des Westens in der Wiedervereinigungsfrage und spekulierte frohgemut auf die Angst der Sowjetunion vor Deutschland, die es dabei zu nutzen gelte. Mende hielt sich zurück, gab jedoch eher S. als seinen Kritikern recht; und sogar Zoglmann erklärte sich mit Sonnenhols Analyse einverstanden, jedoch nicht mit seinen Vorschlägen. So ging das fort bis kurz vor Mitternacht. Wie lange wird wohl die Fraktion noch neben den Tatsachen herdiskutieren?

Samstag, den 26. Januar 1963

Draußen schneit es heftig bei Temperaturen um Null. Ich lese im *Monat* einen bemerkenswerten Beitrag von K. P. Schulz über die deutsch-polnischen Beziehungen. Er bestätigt letztlich meine Ansicht, daß das Verharren auf dem Dehler-Kurs der außenpolitischen Illusionen die FDP eines Tages noch völlig um ihr Renommee bringen wird, auf dem Gebiet der

⁸ An diesem Referat mißfiel Schollwer u. a. Munzels Forderung, den militärischen Oberbefehl in der Bundeswehr beim Bundespräsidenten anzusiedeln. Eine Kurzfassung von Munzels Referat bei den Handakten des Verfassers, ADL 6953/39.

⁹ Sonnenhol forderte eine „offensive Politik“, taktisch ausgehend von einem modifizierten Herter-Plan, unter Anerkennung der de-facto-Lage; eine „provisorische Deutschlandregelung“ für die Dauer von 15 Jahren, einschließlich Friedensvertrag mit der DDR. Dazu im einzelnen: Groß-Berlin den Vereinten Nationen unterstellen, die DDR de facto anerkennen gegen eine Liberalisierung des Regimes, DDR und Bundesrepublik sollten in ihren Paktsystemen verbleiben.

Ost- und Deutschlandpolitik die undoktrinärste und fortschrittlichste Partei zu sein. Nach Dörings Tod sind die Chancen geringer denn je, daß sich die FDP hier zu einer zeitgemäßen Politik durchringt. Und das trotz der Tatsache, daß Mende meinen Auffassungen weitgehend zustimmt. Denn M. ist für die Partei in politischen Fragen keine Autorität mehr.

Dienstag, den 29. Januar 1963

Das Wunder, auf das führende europäische Diplomaten angeblich hofften, ist nicht eingetreten. Frankreich besteht auf einer Vertagung der Brüsseler Verhandlungen, der Weg nach Europa bleibt Großbritannien versperrt¹⁰. Heute morgen, noch vor dem Abbruch der Verhandlungen, war es uns in der Abteilungsleiter-Besprechung gelungen, Mende von seiner allzu optimistischen Einschätzung des deutsch-französischen Vertragswerkes sowie der Folgen des Nichtbeitritts Englands zur EWG abzubringen. Zu diesem Zeitpunkt glaubte M. noch an Adenauers Versprechen, es werde in Brüssel zu keinem Abbruch der Verhandlungen kommen. Er hat, scheint mir, Adenauer noch immer nicht begriffen, der seit langem doch nur die Karte de Gaulles spielt, was dieser Tage auch Kennedy zu neuerlichen Unmutsäußerungen gegenüber Bonn veranlaßt haben soll.

Am Abend gab dann Mende, wenige Stunden nach dem Zusammenbruch der Beitrittsverhandlungen, für die FDP die schärfste Stellungnahme aller Parteien ab.

In Berlin streitet man sich noch immer um Sinn und Unsinn der von Brandt ursprünglich geplanten, dann aber an einem CDU-Ultimatum gescheiterten Begegnung mit Chruschtschow. Die Rechtfertigung der Berliner CDU für ihren dramatischen Schritt zur Verhinderung des Treffens klingt ziemlich hohl¹¹.

Mittwoch, den 30. Januar 1963

Die Bestürzung über de Gaulles Nein zum England-Beitritt hält an. Heute suchten mich Mouser und Johnson auf, um zu erfahren, was nach Ansicht

¹⁰ Die Verhandlungen zwischen dem Ministerrat der EWG und Großbritannien, die am 10.10.1961 aufgenommen worden waren, scheiterten am 29.1.1963, weil Frankreich im Gegensatz zu den anderen fünf EWG-Staaten die Auffassung vertrat, daß Großbritannien gegenwärtig nicht bereit sei, wesentliche Bestimmungen der römischen Verträge zu akzeptieren (ADG 1963, S. 10386).

¹¹ Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, verzichtete am 17.1. auf ein schon vereinbartes Gespräch mit Chruschtschow, das noch am gleichen Abend stattfinden sollte. Die Absage erfolgte wegen einer ultimativen Drohung der Berliner CDU, die Koalition mit der SPD in Berlin zu lösen, falls Brandt das Gespräch führen sollte. Auf die Bemerkung Brandts, wenn Chruschtschow „uns tatsächlich Passierscheine angeboten hätte, dann hätte ich sie selbstverständlich genommen“, erklärte der Berliner CDU-Vorsitzende Amrehn: „Wir haben während der Blockade lieber gehungert und gefroren als von den Kommunisten Lebensmittel und Kohlen angenommen“. (Zitiert nach: *Bonner Generalanzeiger* vom 30.1.1963.)

der FDP nach dem Brüsseler Debakel zu tun sei. Ich argumentierte auf der Grundlage meines gestrigen fdk-Artikels, der freilich auch noch keine konkreten Auswege weist (wie könnte er auch?). Nach Auffassung der amerikanischen Diplomaten hat Erhard in Brüssel vor allem bei den Engländern einen guten Eindruck hinterlassen. Kobayashi, der mich anschließend in der gleichen Sache besucht, meinte, Japan sei über diesen Ausgang nicht traurig. Er fügte lächelnd hinzu: aus handelspolitischen Gründen.

Sonntag, den 3. Februar 1963

Drei Tage in Westberlin: LDP-Bundesbeirat, Bundesvorstand und Bundeshaupatausschuß. Der Beirat scheint inzwischen völlig entpolitisiert, kein Wort über den SED-Parteitag, die Lage in der Zone oder die Entwicklung im Ostblock. Nur ein paar Stichworte Mischnicks zur allgemeinen Außenpolitik, ansonsten: Flüchtlingsgesetzgebung. Ich bin beinahe eingeschlafen. Am Freitag nachmittag, auf der Vorstandssitzung, ging wenigstens Mende auf den Parteitag der SED ein: die Hoffnungen auf Entstalinisierung hätten sich nicht erfüllt, doch gäbe es wirtschaftspolitische Änderungen. Auch sei Chruschtschows Rede maßvoller gewesen als erwartet. Zur beabsichtigten Begegnung zwischen Brandt und Chruschtschow: Gespräche auch mit minimalsten Erfolgchancen sollten gesucht werden. Die Art der Absage zeige „staatspolitische Unreife deutscher Politiker“. Brandt hätte die Passierscheinfrage mit Chruschtschow unter Ausschaltung Ulbrichts erörtern können. Die Sowjets hätten auch bei der FDP vorgefühlt, ob sie eine Einladung Chruschtschows annehmen würde. Mende habe jedoch erklärt, er werde nur gemeinsam mit den anderen Parteien handeln (offenbar haben die anderen Parteien negativ reagiert).

Zum deutsch-französischen Vertrag: Adenauer habe die Fraktionsvorsitzenden vor seiner Reise nach Paris über den Vertrag informiert¹². Diese hätten A. auf den ungünstigen Zeitpunkt (Brüsseler Verhandlungen) hingewiesen. Darauf habe A. erklärt, er werde alles tun, um de Gaulle von seinem Standpunkt abzubringen. Gerstenmaier habe dem Kanzler gesagt, die Ratifizierung des Vertrages sei nicht gesichert, wenn sich daraus eine Kluft zwischen Bonn und London ergeben müßte¹³. Als A. dann von Paris zurückgekehrt sei, habe er a) die Frage nach einem Geheimabkommen

¹² Staatspräsident de Gaulle und Adenauer hatten am 22. 1. im Elysée-Palast in Paris eine gemeinsame Erklärung und einen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichnet. (Wortlaut des Vertrages siehe ADG 1963, S. 10375 f.)

¹³ Am 18. Januar empfing Adenauer vor seiner Paris-Reise den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier sowie die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen. Diese hatten dem Kanzler die Befürchtungen ihrer Fraktionen über einen von Frankreich bewirkten Ausschuß Großbritanniens vom Gemeinsamen Markt zum Ausdruck gebracht und Adenauer gebeten, bei de Gaulle zu intervenieren, damit dieser mehr Verständnis für Großbritannien zeige. A. gelang es jedoch nur, eine Vertagung der Entscheidung über den Abbruch der EWG-Verhandlungen mit Großbritannien zu erreichen, der für den 28. Januar vorgesehen war (ADG 1963, S. 10377).

verneint und b) behauptet, die Verhandlungen in Brüssel würden nicht abgebrochen, sondern nur vertagt. De Gaulle sei bereit, eine Kompromißformel anzunehmen,.

Inzwischen hätten sich aber sowohl der Gesandte Morris als auch Botschafter Steel sehr besorgt darüber geäußert, daß sich das Scheitern der Verhandlungen negativ auf WEU und NATO auswirken könnte. Fazit Mendes: Bonn muß alles tun, um nicht zwischen Washington und Paris wählen zu müssen – „wir lassen uns in eine solche Situation nicht bringen!“ (Zwischenruf: „Da sind wir schon drin!“).

In der nachfolgenden Diskussion klappten die Meinungen über den Wert des deutsch-französischen Vertrages recht weit auseinander. Kühlmann vertrat die Ansicht, Adenauer hätte gar nicht nach Paris fahren dürfen, auch könne man dem Kanzler einen „gewissen bösen Willen“ nicht absprechen. Müller-Link wies auf die Problematik dieses Sonderbündnisses innerhalb der EWG hin und Dehler bezweifelte eine Vereinbarkeit des Vertrages mit Deutschlandvertrag, EWG und NATO.

Scheel dagegen sprach von einem „Meisterstück der Diplomatie“ und Achenbach warnte vor „kleinbürgerlichen“ Reaktionen, d.h. einer Verweigerung der Ratifizierung („dann wird Paris sagen, mit Deutschland ist Freundschaft auch nicht möglich“).

Nachdem Bortscheller über eine Entschließung des a. o. Landesparteitages in Bremen berichtet hatte, wonach eine Ratifizierung bis zur Änderung der Haltung de Gaulles gegenüber Großbritannien auszusetzen sei, meldete sich Scheel erneut zu Wort und erklärte: In Wahrheit habe Paris eine „gewaltige Richtungsänderung“ vorgenommen. Das Protokoll sei das Ergebnis einjährigen Aushandels zwischen Bonn und Paris. In Bonn sei Schröder und nicht Adenauer dafür verantwortlich gewesen. A. habe Schröder jetzt im Kabinett sogar vorgeworfen, daß dieser ihn nicht über den Inhalt des Vertrages und den Zeitpunkt der Reise nach Paris unterrichtet habe. Aber in der ganzen Zeit sei das Protokoll mit dem Kabinett abgestimmt worden¹⁴. – Zum Hintergrund des Brüsseler Desasters meinte Scheel: De Gaulle hege bereits seit dem Kriege eine Abneigung gegen Großbritannien. Das Nein zu England sei kein wirtschaftliches, sondern für de Gaulle ein essentielles politisches Problem: die Frage nämlich, wer die europäische Politik machen werde. Die Bundesrepublik jedenfalls nicht, sondern entweder Frankreich oder die USA. Der Kampf habe begonnen über die Bestimmung der langfristigen europäischen Politik. Wir müßten uns nun fragen, wie unsere Wiedervereinigungsprobleme aus-

¹⁴ Darüber äußerte sich Scheel am folgenden Tage vor dem Bundeshauptausschuß ergänzend wie folgt: Schröder habe mit Paris den Termin für ein Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle vereinbart. Diese Äußerung gelangte in die Presse, Paris dementierte: über einen solchen Termin sei dort nichts bekannt. Erst am folgenden Tage sei in Bonn eine Einladung aus Paris zu dem vorgenannten Treffen eingelangt.

sehen bei einer Europa-Politik Frankreichs oder der USA? Für die USA sei Berlin ein amerikanisches Problem, doch habe Washington „keinen Kontakt mehr zur Wiedervereinigungsfrage“. Die französische Meinung sei ihm – Scheel – unbekannt (!).

Achenbach ergänzte in der ihm eigenen, wenig differenzierten Weise. „Wenn wir uns die Franzosen auf den Hals laden, dann arbeiten wir gegen die Wiedervereinigung und gegen Berlin!“. Gegen die Wiedervereinigung werde man bei Frankreich, wenn man mit ihm „gut Freund“ sei, nichts hören. Die Engländer dagegen wollten uns die Zweistaatentheorie aufschwätzen, den Holländern und Belgiern sei die Wiedervereinigung „völlig gleichgültig“. Fazit: Wenn wir die Wiedervereinigung wollten, dann dürften wir die „französische Linie“ nicht aufgeben.

Am Samstag, vor dem Bundeshauptausschuß, gab Hucklenbroich eine recht sachliche Darstellung der Berliner Situation. H. attackierte die CDU wegen ihrer Erpressungsmanöver gegen Brandt, kritisierte aber auch den Berliner Bürgermeister, weil er vor den Pressionen seines Koalitionspartners zurückwich und somit nicht als Staatsmann gehandelt habe. Mendes Berlin-Panorama, zu Beginn der Sitzung als politischer Lagebericht gegeben, geriet recht buntscheckig. M. forderte, daß der Bundestag nach dreijähriger Pause noch vor den Sommerferien nach Berlin gehe und dort das deutsch-französische Vertragswerk ratifiziere (Beifall!). Danach die Wiederholung seiner Prophezeiung, daß mit dem Weggang Adenauers „auch die Tage Ulbrichts möglicherweise zuende gehen“. Und schließlich einige Sätze zu Brüssel: Kritik an Frankreichs militärischem Größenwahn.

Margulies wiederholte vor dem Hauptausschuß im wesentlichen seine europäischen Bekenntnisse vom 9. Januar, ebenso, wenn auch etwas abgemildert, seine jüngsten Mannheimer Attacken gegen Adenauer; Mende hatte sie inzwischen öffentlich gerügt¹⁵. Nach Margulies ist die Einigung der europäischen Staaten „die einzige geschichtsträchtige Entwicklung der Nachkriegszeit“. Hier allein lägen die Möglichkeiten zur Lösung all der Fragen, „die uns heute noch drücken“. Zum deutsch-französischen Vertrag: „Wir werden das Abkommen letzten Endes ratifizieren. Es gibt keine Möglichkeit, es abzulehnen. Das würde eine Revolte auslösen“. Es sei jedoch auf die Dauer unmöglich, daß Adenauer gegen das Auswärtige Amt, die Minister und den Bundestag Politik mache. Eine Ablösung Adenauers sei darum notwendig.

Dehler bekannte, nach den jüngsten Ereignissen „noch skeptischer gegenüber der EWG geworden“ zu sein als bisher. Aschoff bezeichnete den

¹⁵ „Mende kontra Margulies“ – in *General-Anzeiger* vom 2.2.1963. Danach soll Margulies in einer Versammlung des FDP-Stadtverbandes Mannheim erklärt haben: „Es wäre unverantwortlich, wenn Adenauer auch nur einen Tag länger an der Regierungsspitze bleiben würde. Was uns der alte Herr in Bonn eingebrockt hat, läuft uns kalt den Rücken hinunter (sic!)“. Dazu Mende: Margulies sei in keiner Weise befugt, verbindliche Erklärungen für die FDP abzugeben.

Zeitpunkt des Vertrages als eine „Ohrfeige“: Bonn sei schlecht beraten gewesen und dumm, in diesem Moment diesen Vertrag abzuschließen. Achenbach buchstabierte zum hundertsten Male seine „Friedensregelung“, kündigte die Absicht de Gaulles an, sich mit uns über die Ostfragen abzustimmen (?) und forderte den Hauptausschuß auf, die Bundestagsentschließung vom Oktober 1962 erneut zu bekräftigen. Was das wohl nützen soll ...

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach Scheel. Sein Beitrag war ein neuerliches Plädoyer für die Politik des französischen Generalissimus. Scheels Version der Entstehungsgeschichte des Vertrages verblüffte selbst die Abgeordneten. Alle seien am Vertragstext direkt und seit langem („über ein Jahr“) beteiligt: Bundesregierung, Außenpolitischer Ausschuß des Bundestages, ja sogar unsere Fraktion (Widerspruch Dehlers und Mendes, weil das nicht zutrifft). Dagegen habe Adenauer am Vertragstext nicht mitgearbeitet, Schröder habe den Vertrag konzipiert. Scheel verteidigte sodann die Haltung de Gaulles gegenüber Großbritannien, behauptete wie am Tage zuvor amerikanisches Desinteresse an der Wiedervereinigung, ließ aber auch jetzt wieder gewitzt die Frage offen, ob denn Frankreich in dieser Hinsicht ein besserer Weggenosse sei.

Ihm widersprach vor allem Starke. Die Rolle Schröders sehe er anders: Schröder habe lediglich versucht, den Text des Vertrages abzuschwächen. Adenauer habe nie behauptet, daß de Gaulle für eine Wiedervereinigung sei. Niemand wisse übrigens, was de Gaulle in dieser Sache wirklich wolle, auch das Kabinett nicht. Darum solle man nicht „auf Biegen und Brechen“ den Vertrag ratifizieren, wie Scheel es fordere. Das sei jedenfalls nicht die Meinung des Hauptausschusses. Dieser Ansicht war auch Mende. Er faßte die Diskussion so zusammen: der Vertrag müsse noch genau geprüft werden, der Bundestag werde frühestens im Mai dazu Stellung nehmen können.

Auf der mittäglichen Pressekonferenz, die lebhaft und von zahlreichen Heiterkeitsausbrüchen begleitet war, kam der „Fall Schwenicke“ hoch. Die Journalisten hatten beobachtet, daß sich Mende mit dem ehemaligen Berliner Landesvorsitzenden der FDP im Kempinski getroffen hatte. Mende, dem in Hinblick auf die kommenden Wahlen in Berlin diese „Entlarvung“ ausgesprochen angenehm war, äußerte sich dennoch zurückhaltend zu der Frage, ob Schw. wieder Mitglied der FDP werden wolle¹⁶. Merkwürdigerweise spielte die Frage der FDP-Wahlchancen in

¹⁶ Dazu Mende am 1.2. vor dem FDP-Bundesvorstand: Er habe am Tage zuvor Schwenicke getroffen, der auf Wunsch Adenauers seine Freunde aufrufen sollte, am 17.2. CDU zu wählen. Schwenicke habe das abgelehnt. Er werde am 4.2. seine Freunde auffordern, ihre Stimme der FDP zu geben. Schw. habe jedoch nicht die Absicht, in Berlin wieder aktiv zu werden. Er strebe vielmehr an, „bundesunmittelbares Mitglied“ in Bonn zu werden und der Partei in Tariffragen zur Verfügung zu stehen. Vor der Presse äußerte sich Mende so: „Ich glaube nicht, daß Schwenicke

Berlin weder auf der Pressekonferenz noch während der Parteitagungen eine besondere Rolle. Unser Münchner Landesgeschäftsführer, den Marx und ich am späten Donnerstag abend in einem Nachtlokal nahe dem Kudamm trafen, berichtete düster, Intermarket habe bei der letzten Umfrage für die Berliner Freien Demokraten ganze 3,7% errechnet. Mende dagegen äußerte vor dem Vorstand seine Überzeugung, daß die FDP am 17. Februar wieder ins Abgeordnetenhaus zurückkehren werde.

Dienstag, den 5. Februar 1963

Ludwig Erhard hat an seinem 66. Geburtstag dem Kanzler überraschend einen Fehdehandschuh vor die Füße geworfen. Der Anlaß: die gescheiterte Brüsseler Konferenz und Adenauers zwielichtige Haltung in der Beitrittsfrage. Erhards Warnung vor „kleineuropäischer Sonderbündelei“ und seine Feststellung, er sei bereit, „einem Ruf als Bundeskanzler zu folgen“, spiegeln Wut und Enttäuschung der Atlantiker in den Unionsparteien über das Adenauer-de Gaulle-Komplott gegen die Briten und nicht zuletzt auch gegen die Amerikaner.

Wie berechtigt Erhards Sorgen über den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs der Bundesregierung sind, bewies mir ein Gespräch mit Prof. Sweet am Montag. Zwar brauche man – so der amerikanische Diplomat – die gegenwärtige Verstimmung zwischen den Regierungen in Washington und Bonn nicht besonders ernst zu nehmen, doch sei es durchaus möglich, daß es zu einem Stimmungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit komme. Der könne zu der Ansicht führen, Paris und Bonn sollten doch selbst für die Sicherheit Berlins aufkommen (!), wenn sie unbedingt die de Gaullesche Militärpolitik treiben sollten. Sweet: die Amerikaner können es nicht verstehen, weshalb viele Deutsche Frankreich als einen besonders zuverlässigen Verbündeten hinsichtlich der Sicherheit Berlins betrachteten. Bisher habe Paris doch für die Sicherheit der Stadt so gut wie nichts getan und sich in der Ablehnung irgend welcher Maßnahmen erschöpft.

Aber auch innenpolitisch gibt es wieder Ärger. Der nun endlich von der Bundesregierung vorgelegte *Spiegel*-Bericht enthält erhebliche Widersprüche der an der Abfassung beteiligten Ministerien. Die SPD sieht in diesem Bericht einen erneuten Versuch der Bundesregierung, die Öffentlichkeit irrezuführen. Ich auch.

Fortsetzung Fußnote von Seite 106

in Berlin wieder in die FDP eintritt. Es wird ihm jedoch die Möglichkeit gegeben, mit dem Bundesvorsitzenden und dem Bundesvorstand enger zusammenzuarbeiten. Er ist der Sachkenner in Tariffragen und wird von uns konsultiert.“

Mittwoch, den 6. Februar 1963

Ein vielzitiert Artikel gegen de Gaulles neue Ostpolitik hat mir bei einigen prominenten Parteifreunden Kritik eingebracht. Scheel behauptete, ich sei mit meinen Darlegungen zum Anhänger des „Immobilismus“ geworden. Schärfer noch kritisierte mich Achenbach, der sich zugleich darüber beklagte, daß seine Artikel angeblich in der fdk nicht veröffentlicht werden dürften. Es müsse endlich geklärt werden, ob die fdk ein parteioffizieller Pressedienst sei oder nicht¹⁷.

Auch Erhard hat inzwischen Klassenkeile bekommen. 24 Stunden nach seinem „mutigen Interview“ (*General-Anzeiger* von heute) mußte der Bundeswirtschaftsminister vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herbe Kritik durch Brentano hinnehmen, während der Kanzler den Sünder keines Wortes würdigte. Erhard hat sein überraschender Vorstoß offenbar in den eigenen Reihen viel Sympathien gekostet, so daß man jetzt in Bonn seine Chancen, Kanzler zu werden, geringer veranschlagt.

Freitag, den 8. Februar 1963

Der Versuch von Staatssekretär Carstens, in Washington für Bonn wieder gut Wetter zu machen, scheint nicht voll gelungen zu sein. Nach Presseberichten ist das amerikanische Mißtrauen gegenüber der deutsch-französischen Sonderbündelei zu Lasten des atlantischen Bündnisses noch keineswegs geschwunden – wie könnte es auch¹⁸! Kennedy hat gestern eine Kluft zwischen Amerika und Europa als eine Katastrophe für die NATO bezeichnet. Die lustlose Regierungserklärung Adenauers vom Mittwoch, die jene von den USA gewünschte Klarheit in der Abgrenzung zur Politik des französischen Staatspräsidenten vermissen ließ, hat diese dramatischen Äußerungen Kennedys offenbar zusätzlich provoziert. Immerhin sollte die Amerikaner beruhigen, daß der Bundestag gestern den deutsch-französischen Vertrag auf allen Seiten des Hauses – wie der *General-Anzeiger* schrieb – „mit kühler Distanz“ behandelte. Aber das Parlament macht bekanntlich die Außenpolitik nicht, sondern die Bundesregierung. Und hier eigentlich nur ein einziger Mann: Adenauer.

¹⁷ Der Vorwurf Achenbachs war übrigens nicht unberechtigt. In der Tat war Schollwer bemüht, eine Veröffentlichung von Achenbach-Artikeln über dessen recht eigenwillige deutschlandpolitische Vorstellungen zu verhindern. Auch stimmte Schollwer selbst seine Artikel nur in den seltensten Fällen mit der Parteilspitze ab, wohl wissend, daß er sonst Mühe gehabt hätte, rechtzeitig oder überhaupt ein Placet für seine Kommentare zu erhalten.

¹⁸ Carstens war als Sonderbotschafter nach Washington entsandt worden, um die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß Bonn trotz des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages unvermindert an der gemeinsamen Politik der westlichen Allianz weiterarbeiten wird. Die amerikanische Seite äußerte den Wunsch, daß der Bundestag bei der Ratifizierung des Vertrages eine Entschliebung verabschiedet, in der eindeutig festgestellt wird, daß die Bundesrepublik unverändert an Inhalt und Geist des Nordatlantikpaktes festhalte (ADG 1963, S. 10411).

In den Sitzungen des Außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion macht sich mehr und mehr eine allgemeine Unsicherheit über den weiteren außenpolitischen Kurs der FDP bemerkbar. Die Gegensätze, vor allem in der Europa- und Deutschlandpolitik, verschärfen sich. Eine gründliche Bestandsaufnahme scheint mir dringend geboten, damit endlich zeitgemäße Positionen in der NATO-, Europa-, Berlin- und Deutschlandpolitik erarbeitet werden können. Ich habe deshalb Mende und Genscher heute die Bildung einer kleinen Studiengruppe vorgeschlagen, die diese Aufgabe angehen sollte. Mein Vorschlag wird durch eine Themenliste ergänzt, die noch erweitert werden könnte. Wir müssen endlich weg von dem sinnlosen Geschwafel im Arbeitskreis, das doch zu nichts anderem führt als zu neuerlichen Irritationen unter den Abgeordneten.

Daß eine weniger gaullistische Haltung der deutschen Politik selbst in Frankreich auf gewisse Sympathien stoßen würde, wurde mir heute mittag bei einem Essen mit Monsieur Jacques klar. Der französische Diplomat zeigte Verständnis für die Haltung der FDP in der Europa-Krise und betonte die guten Beziehungen zwischen Schröder und Couve de Murville. Letzterer sei bereit gewesen, den Vermittlungsvorschlag des deutschen Außenministers in Brüssel zu akzeptieren, bevor er von de Gaulle auf ein absolutes *Non* festgelegt wurde. Auch sonst waren wir uns bei der Beurteilung der „Weltlage“ weitgehend einig.

Montag, den 11. Februar 1963

Mende berichtete heute morgen dem Team, die SPD bemühe sich gegenwärtig, eine Allparteienregierung unter Schröder zustandezubringen. Dabei gehe sie von der Erwartung aus, daß die FDP diesem Unternehmen fernbleiben werde. Später erfuhr ich die Genugtuung, daß Mende, Genscher und die anderen Teilnehmer der Sitzung meinen von Scheel und Achenbach so heftig gerügten Artikel vom vergangenen Dienstag nachdrücklich lobten. Genscher vertrat die Ansicht, der Kommentar habe genau die Stimmung im Vorstand und Hauptausschuß wiedergegeben. Wenn das unser außenpolitischer Sprecher wüßte ...

Samstag, den 16. Februar 1963

Ich lese in Altmanns „Das deutsche Risiko“: „Das Schicksal Europas wird in der Begegnung mit slawischen Nationen geformt werden“. Das erinnert ein wenig an den Satz Pfeleiderers: „Die Grundfrage aller Demokratie in Deutschland liegt im Verhältnis zum Osten, in der nationalen, geistigen und vor allem willensmäßigen Auseinandersetzung mit den Volksdemokratien und der hinter ihnen stehenden Sowjetunion“. Zwischen der Feststellung Pfeleiderers und der Formulierung Altmanns liegen genau zehn Jahre, in denen in der Ostpolitik wenig geschah. Übrigens: Altmanns Schlußfolgerungen aus seiner außenpolitischen Analyse decken sich fast

genau mit den meinigen in der Denkschrift vom März vergangenen Jahres. Frage: Wird die Gedankenarbeit der Altmann, Bender, Dönhoff, Leonhard, Mann u.a. jemals in die politische Praxis umgesetzt werden können¹⁹?

Am Donnerstag aß ich mit Georgijewicz im Königshof. G. klagte erneut über die betont unfreundliche Haltung deutscher Stellen gegenüber Jugoslawien. Zugleich äußerte er sich aber bemerkenswert optimistisch über die ostpolitischen Absichten Schröders, falls dieser einmal Kanzler werden sollte. Erhard wird offenbar an der diplomatischen Börse nicht mehr gehandelt.

Montag, den 18. Februar 1963

Die FDP ist tatsächlich wieder im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie bekam gestern 7,9%. Dafür erlitten CDU und SED – die beiden Parteien des Kalten Krieges – eine schwere (und verdiente) Niederlage. Das war uns drei FDP-Funktionären am Sonntag abend beim Wahldienst im Bundeshaus eine Flasche Sekt wert²⁰.

Heute informierte Mende das Team über ein Gespräch mit Krone. Danach soll die CDU angeblich nicht bereit sein, vor 1965 mit der SPD zu koalieren. Ist das nicht eigentlich selbstverständlich? Moersch, der mit Mommer gesprochen hatte, wußte zu berichten, daß in der SPD heftige Kämpfe um dem „Wehner-Kurs“ im Gange seien. Angeblich sollen führende Sozialdemokraten in der FDP den künftigen Koalitionspartner sehen. Mende meinte, er kenne eine ähnliche Äußerung von Brandt, der am liebsten mit den Freien Demokraten koalieren würde, aber wegen der „Baracke“ nicht Herr seiner Entschlüsse sei. –

Mittwoch, den 20. Februar 1963

Gestern vormittag beschäftigte sich der Arbeitskreis drei Stunden lang mit dem deutsch-französischen Vertrag. Ministerialdirektor Jansen vom Auswärtigen Amt berichtete über die Vorgeschichte und einige Details des Abkommens²¹. Interessant seine Bemerkung, man habe zwar ursprünglich

¹⁹ Golo Mann: „Schafft polnische Zustände“, in: *Der Spiegel* Nr. 36 vom 30.8.1961. Die Artikel der genannten Autoren haben Schollwer nach eigenen Angaben sehr beeinflußt.

²⁰ Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17.2.1963 erhielt die SPD 61,9 (1958: 52,6), die CDU 28,9 (37,7) und die SED 1,3 (1,9) Prozent der abgegebenen Stimmen.

²¹ Zur Vorgeschichte des Vertrages bemerkte Jansen u.a.: Nach dem im Juli 1962 gescheiterten Versuch, im Kreise der Sechs zu einer Politischen Union zu kommen, habe de Gaulle dem Bundeskanzler vorgeschlagen, nun sollten die Bundesrepublik und Frankreich den Anfang machen. Danach habe der Präsident ein Memorandum nach Bonn geschickt; dort fertigte man einen Gegenentwurf. Am 17.11. hätten die Außenminister Schröder und Couve in Paris die Entwürfe erörtert und Jansen so-

Formulierungen gewählt, die sich auf die NATO bezogen. Doch dann habe Bonn selbst diesen Passus fallen lassen: de Gaulle habe sich schließlich zur atlantischen Gemeinschaft bekannt, darum sei das „überflüssig“ (!). J. behauptete, der Vertrag gebe der Bundesrepublik „eine echte Möglichkeit, auf Paris einzuwirken“. Rauch, der den Vortag seines AA-Kollegen über den grünen Klee lobte, verlangte eine Vertragsänderung, um die Bezüge zur Wiedervereinigung wieder in den Text hineinzubringen („Punkt 1: die Republik Frankreich stellt sich auf den Boden der Deutschlandpolitik der BRD“). Achenbach meinte, das genüge nicht: da müsse auch noch die „Friedenskonferenz“ mit hinein (!). Ob die beiden nicht die Rechnung ohne den Wirt Charles machen?

Am Nachmittag diskutierte die Fraktion dann die Frage der Röhrenlieferungen an die UdSSR durch Bonn. Die Abgeordneten scheinen nicht bereit, sich dem amerikanischen Druck zu beugen und gegenüber der Sowjetunion vertragsbrüchig zu werden²².

Freitag, den 22. Februar 1963

Mende hat heute dem Bundesvorstand empfohlen, sich nicht in die Diskussion über die Kanzlernachfolge einzuschalten; gegenwärtig sei Erhard noch Favorit. Die Diskussion über ein neues Wahlgesetz sei nach der Berliner Pleite bei der CDU beendet, die Chance einer schwarz-roten Koalition gesunken. Adenauer (nach Mende) vor dem CDU-Parteipräsidium: „Wer mit der SPD koalitiert, der verliert!“. Nur Lübke halte noch an seiner Lieblingsidee fest.

Fortsetzung Fußnote von Seite 110

wie einen Vertreter des Quay d'Orsay den Auftrag erteilt, einen neuen, gemeinsamen Text zu entwerfen. Es wurde verabredet, sich am 22. Januar erneut in Paris zu treffen. Eine Woche vor diesem Termin stellten die Juristen des AA fest, nach Art. 59 des Grundgesetzes müsse dieses Protokoll durch den Bundestag ratifiziert werden. Jansen habe dagegen Einwände erhoben, weil ein solches Verfahren zu „feierlich“ sei; doch sei man schließlich den Juristen unterlegen. Zwei Tage vor dem Bundeskanzler sei J. dann nach Paris gefahren. Dort habe sich auch de Gaulle bereiterklärt, das Protokoll ratifizieren zu lassen.

²² Der ständige NATO-Rat hatte auf Grund eines Gutachtens amerikanischer Erdölfirmer auf amerikanische Initiative am 21. 11. 1962 eine Empfehlung verabschiedet, die Mitgliedstaaten sollten den Verkauf von Pipeline-Röhren großen Durchmessers an die Sowjetunion einstellen. Daraufhin beschloß das Bundeskabinett am 18. 12. eine Rechtsverordnung, durch die Stahlrohre großen Durchmessers vom Export in die UdSSR und die übrigen Ostblockstaaten ausgeschlossen wurden. Durch diese Verordnung wurde auch die Auslieferung von insgesamt 163 000 t Großrohren betroffen, deren Herstellung am 5. 10. 1962 vereinbart worden war. Die betr. Verträge enthielten eine Vorbehaltsklausel, in der auf die Notwendigkeit einer Zustimmung seitens der Behörden der BRD hingewiesen wurde. Das Auswärtige Amt legte diese Klausel so aus, daß durch sie die Verträge bis zur Gewährung eben dieser Zustimmung „schwebend unwirksam“ seien (ADG 1963, S. 10485).

Zum deutsch-französischen Vertrag: Morris (Vertreter von Dowling) und Ross (Vertreter von Steel) haben gegenüber M. ihre Besorgnis über die künftige Zusammenarbeit in der NATO geäußert. Maurice Faure habe dagegen im Gespräch mit Mende die Freien Demokraten davor gewarnt, „englischer zu sein als die Engländer“. Die jetzige Europapolitik Frankreichs sei nur eine „temporäre Angelegenheit“. Durch sie trete in der europäischen Einigung lediglich eine Verzögerung von etwa drei Jahren ein.

Auch Achenbach verteidigte den Vertrag, entschiedener noch als Mende. Er bagatellierte sogar alle bisher vorgetragenen Bedenken und gab bekannt, der Fraktionsassistent Emig habe die Vereinbarkeit mit den anderen Verträgen geprüft und sei zu einem positiven Ergebnis gekommen. Schultz meinte dagegen, vom verteidigungspolitischen Standpunkt aus sei dieser Vertrag „eigentlich unnötig“. Dehler ging – wie üblich – noch einen Schritt weiter: „Dieser Vertrag ist so überflüssig wie ein bayerischer Kropf!“ Amerika und England seien „äußerst gekränkt“ über diese Angelegenheit.

Starke kam auf den deutschlandpolitischen Aspekt dieses Abkommens zu sprechen und fragte, wo es denn „gemeinsame Interessen mit de Gaulle in den Fragen der Wiedervereinigung“ gäbe? Er bestreite solche gemeinsamen Interessen. Die Bundesrepublik wolle zudem die atlantische Gemeinschaft, de Gaulle wolle sie nicht (Widerspruch von Achenbach). Es sei auch nicht sicher, daß de Gaulle – wie vorgesehen – uns konsultiere. Wenn er das überhaupt täte, dann sicher nur in Fragen, die uns in einen Gegensatz zu den USA bringen sollten.

Dem widersprach Sonnenhol, der sich übrigens seiner guten Beziehungen zu den Gaullisten rühmte, in so ziemlich allen Punkten. Er warnte davor zu glauben, die de Gaullesche Politik artikuliere allein die Auffassungen des Generals; es sei vielmehr die Politik ganz Frankreichs. Im übrigen habe de Gaulle der FDP einen großen Dienst erwiesen, indem er die Beitrittsverhandlungen auffliegen ließ. Denn sonst hätte unsere Partei Farbe in der Landwirtschaftspolitik zeigen müssen.

Zum Verhalten der Fraktionen in dieser Sache (deutsch-französischer Vertrag) teilte Mende schließlich auf Fragen folgendes mit: Am 18. Januar seien die Fraktionsvorsitzenden im Kanzleramt mit Adenauer zusammengetroffen. Zunächst habe man sich darüber unterhalten, ob Adenauer nach Paris reisen solle. Erler sei dagegen gewesen, Mende habe auf die Gefahren einer solchen Reise hingewiesen und zu erwägen gegeben, Erlers Votum zuzustimmen. Diese Angaben Mendes stimmen freilich mit seinen früheren Aussagen in der Abteilungsleiterbesprechung nicht überein, denen zufolge er zusammen mit Brentano für die Paris-Reise plädiert habe. Mende weiter: Adenauer habe erklärt, er wolle nach Paris fahren, um Frankreich für einen Beitritt Englands zur EWG zu gewinnen. Daraufhin sei das bekannte, im Tagesdienst erschienene Communiqué herausgegeben worden.

Gegen 19 Uhr ging der Vorstand ohne Beschluß auseinander. Der bleibt einer späteren Hauptausschußsitzung vorbehalten.

Aschermittwoch, den 27. Februar 1963

Einige westeuropäische Staaten haben de Gaulle gestern die Quittung für seine jüngsten außenpolitischen Kraftakte präsentiert: die Unterzeichnung des vor allem für Frankreich so wichtigen Assoziierungsabkommens mit 18 afrikanischen Staaten wurde vertagt. Die Krise der EWG nimmt bedrohliche Ausmaße an – nichts geht mehr! Den Nutzen dieser antifranzösischen Demonstration hat vor allem der Osten. Doch darf man hier natürlich nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Genscher hat jetzt meinen Dienstreiseantrag für die USA abgezeichnet. Am Nachmittag rief Sweet an, er braucht noch einige persönliche Daten für Washington: berufliche Tätigkeit, Religion, Wehrdienst, Dienstgrad usw. Die Gastgeber scheinen es sehr genau zu nehmen.

Auch beim Mittagessen mit Dimitrijew war meine bevorstehende Amerika-Reise Gesprächsthema. D. zeigte sich außerordentlich interessiert und fragte: „Wann kommen Sie nach Moskau?“. Ich fragte zurück, ob denn die UdSSR mich einladen wollte. Darauf wußte er keine Antwort.

Montag, den 4. März 1963

Der *General-Anzeiger*-Aufmacher vom heutigen Tage („Mende: FDP-Unterstützung Erhards bei Kanzlerwahl fraglich“) beschäftigte naturgemäß auch unsere Montagsrunde. Mende und Maurer, die beide am Landesparteitag in Bad Kreuznach teilgenommen haben, auf dem unser Vorsitzender die Zustimmung zur Kanzlerschaft Erhards in Frage gestellt haben soll, bestritten energisch diese Version²³. Aber nicht nur Mende-Freund Tönnies hat ihn so verstanden, sondern auch Blätter wie die *Neue Rhein-Zeitung* und die *FAZ* (Rapp) sowie *AP*. Sie alle berichten übereinstimmend, daß wir Freien Demokraten hinsichtlich Erhards „schwankend“ geworden seien. Ein seltsamer Zufall – oder? Mende mag dieses Pressebild peinlich sein, denn solche Äußerungen widersprechen eklatant der von ihm selbst am 22. Februar empfohlenen Taktik, uns aus dem wilden Nachfolgestreit der Unionsparteien herauszuhalten. Im übrigen bewegte

²³ Laut *General-Anzeiger* vom 4.3. soll Mende diese Haltung der Freien Demokraten „beim Landesparteitag der rheinland-pfälzischen FDP“ am 3.3. mit der „Handlungsweise und mangelnden Standfestigkeit des Bundeswirtschaftsministers in den letzten Monaten“ begründet haben. Erhard wären nach Meinung Mendes wahrscheinlich manche „Abwertungen“ erspart geblieben, wenn er sich bereitgefunden hätte, nach der Bundestagswahl 1961 für den Kanzlerposten zu kandidieren. – Daß auch Maurer die Presseberichte als unzutreffend bezeichnete, könnte damit zusammenhängen, daß der FDP-Vorsitzende seine Äußerungen nicht vor dem Parteitag, sondern – in Abwesenheit von Maurer – am Rande der Veranstaltung gegenüber Korrespondenten gemacht hat.

Mende heute viel mehr die Nachricht, daß Adenauer die Absicht habe, Krone zum Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates zu machen. Denn auf diesen Posten erhebt er selbst Anspruch, wenn er im Herbst ins Kabinett eintritt.

Nicht nur die FDP hat – vermeintlich oder tatsächlich – Unfreundliches über Erhard verbreitet. Auch zwischen dem Vizekanzler und Adenauer gab es wieder einmal Kniest. Durch gezielte Indiskretionen wurde am Wochenende bekannt, daß A. seinen Wirtschaftsminister brieflich „mit Vorwürfen überhäuft“ habe. Diese betreffen vor allem Erhards Brüsseler Gespräche in den letzten Februartagen und Erhards Energie-Vorlage. In der CDU/CSU herrscht über diesen Kanzlerbrief große Verärgerung. Die Verluste der jüngsten Landtagswahlen scheinen sich verheerend auf den Zustand der „Union“ auszuwirken²⁴.

Donnerstag, den 7. März 1963

Zwischen Adenauer und Erhard ist der Streit vorläufig beigelegt. Nun sollen über den Nachfolger des Kanzlers erneut klärende Gespräche im engen Kreise stattfinden. Das Gezerre um diese Frage wird allmählich unerträglich. Jede neue Kanzlerkrise in der Union ist eine nachträgliche Rechtfertigung der zähen, wenn leider auch erfolglosen Bemühungen der FDP im Herbst 1961, den alten Mann in Pension zu schicken. Wie hat man uns damals deswegen gescholten!

Gestern war Monsieur Jacques eine Stunde bei mir. Wir tauschten unsere Meinungen über CDU- und Kanzlerkrise aus. J. möchte, wie er sagt, wenigstens noch so lange in Bonn bleiben, bis Adenauer geht. Schade, daß dieser gescheite und liebenswürdige junge Diplomat in diesem Jahr Bonn schon wieder verlassen muß.

Montag, den 11. März 1963

Nach einer Meldung der *Welt am Sonntag* soll Mende Botschafter Kroll die Zusage gemacht haben, künftig Ostberater der FDP zu werden. Der Himmel soll uns bewahren! In der Partei sind auf diesem Gebiet bereits genügend Egozentriker und Polit-Diven tätig. Mit Kroll würde unsere Ostpolitik nur noch hektischer und unberechenbarer.

Gestern meldete *DPA*, Chruschtschow habe den toten Staatssicherheitsminister Berija beschuldigt, er habe die DDR als „sozialistischen Staat“ liquidieren wollen. Wer hätte dem Henker von Hunderttausenden von Russen einen so lichten Moment zugetraut?

Aus Bonn mal eine gute Nachricht: am vergangenen Donnerstag wurde mit Polen die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau sowie die Erweiterung des deutsch-polnischen Handels verein-

²⁴ S. hierzu die Darstellung bei H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 826–839.

bart. Ähnliche Abkommen sollen auch mit anderen Ostblockstaaten vorgesehen sein. So hat der Vorstoß von SPD und FDP in Sachen Polen vom Frühjahr 1958 nach fünf Jahren doch noch einen – wenn auch begrenzten – Erfolg gezeitigt²⁵. Dagegen sind die deutsch-sowjetischen Beziehungen offenbar an einem neuen Tiefpunkt angelangt. Im Zeitraum von einer knappen Woche hat der Kreml nicht weniger als viermal einen gegen die Bundesrepublik gerichteten Schritt unternommen. Auf der anderen Seite dürfte die Neigung der Bundesregierung, auf Grund einer NATO-Empfehlung (an die sich außer uns kein anderer NATO-Staat zu halten gedenkt) beim Röhrenabkommen vertragsbrüchig zu werden, unsere Beziehungen zu Moskau noch zusätzlich belasten.

Dienstag, den 12. März 1963

Vor dem Arbeitskreis der Fraktion hat Achenbach heute zum Röhrenembargo die Forderung erhoben, die Bundesregierung solle die Alliierten um Genehmigung für unser Geschäft mit der Sowjetunion ersuchen. Im übrigen plädierte A. grundsätzlich für die Aufhebung der Embargo-Politik. Man könne entweder Außenpolitik machen oder reine Militärpolitik. In diesem Fall bin ich mit A. einmal voll einverstanden.

Samstag, den 16. März 1963

Auf der ersten vorbereitenden Sitzung des Arbeitskreises III für München prallten heute die Meinungen in der Europa-Politik hart aufeinander. Das kann auf dem Parteitag lustig werden. Ob man die nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch technisch-organisatorische Kniffe noch in den Griff bekommt, bleibt abzuwarten²⁶.

Mende berichtete während der Sitzung über einen geheimen Briefwechsel zwischen Schröder und dem amtierenden polnischen Außenminister. Darin sei festgelegt worden, daß die Mitglieder der deutschen und der polnischen Handelsmission „quasi konsularischen und diplomatischen Status“ haben sollen. Auch habe sich Schröder geweigert, das deutsch-pol-

²⁵ Die Fraktionen der SPD und FDP hatten am 23.1.1958 einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, „mit der polnischen Regierung in Besprechungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen einzutreten“. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit an den Außenpolitischen Ausschuß überwiesen und in Beratungen mit einbezogen, deren Ergebnis dreieinhalb Jahre später, am 14.6.1961, dem Parlament vorgelegt wurde. Aber erst im Jahre 1972 wurden zwischen Bonn und Warschau Botschafter ausgetauscht.

²⁶ Es wurde darüber debattiert, ob auf dem Parteitag in München im Arbeitskreis neben einem einführenden Bericht über die Lage in der Gemeinschaft ein oder zwei Hauptreferate über die Europa-, Berlin und Deutschlandpolitik gehalten werden sollten. In der Arbeitsgruppe setzen sich die Vertreter einer getrennten Behandlung von Europa- und Deutschlandpolitik in München durch. Damit wurde die Möglichkeit gegeben, den Widerspruch zwischen der Deutschland- und der Europapolitik der FDP durch Thementrennung gewissermaßen auszuklammern.

nische Handelsabkommen vor dem außenpolitischen Arbeitskreis der CDU zu diskutieren, damit Brentano und Majonica die Verhandlungen nicht kaputtmachen konnten.

Am Montag wird sich der Bundestag mit dem fatalen Röhrenembargo zu beschäftigen haben, nachdem das Bundeskabinett am Freitag beschlossen hat, an dem Ausfuhrverbot für Stahlröhren nach der Sowjetunion festzuhalten.

Dieser Tage hat übrigens Acheson in Aufsehen erregender Weise zur deutschen Frage Stellung genommen. Nachdem der ehemalige Außenminister bereits früher wiederholt auf die Gefahren eines Fortdauerns der deutschen Teilung hingewiesen hatte, meinte er nun am Mittwoch in Berkeley, die Beziehungen der USA zur Bundesrepublik seien belastet, weil die Kennedy-Regierung keine eindeutige Mitteleuropa-Politik treibe. Während die fdk die Acheson-Reden am Donnerstag kommentierte, hüllte sich das amtliche Bonn in Schweigen. Die Londoner *Times* meinte allerdings, Adenauer trete noch immer für eine Politik der Stärke ein, „die sich im ganzen als steril erwiesen“ habe.

Sonntag, den 17. März 1963

Am Abend rief überraschend Prof. Sweet in meiner Wohnung an. Er wollte sich über die Haltung der FDP bei der morgigen Röhren-Debatte im Bundestag informieren. Ein prominenter deutscher Journalist habe ihm – Sweet – eine neue Koalitionskrise im Zusammenhang mit der Embargo-Affäre angekündigt. Er wollte nun wissen, ob er Washington telegrafisch von dem möglichen Zusammenbruch der Koalition unterrichten solle. Ich wies ihn darauf hin, daß die FDP die Koalition nicht zu sprengen beabsichtige. Ich erläuterte noch einmal die Haltung der Partei und verwies im übrigen auf die Sitzung morgen nachmittag. Dann wird die Fraktion mit Schröder zusammentreffen, und davon wird letztlich die Entscheidung abhängen.

Sweet brachte mehrfach seine große Besorgnis über die Auswirkungen zum Ausdruck, die eine Nichterfüllung des NATO-Auftrages durch Bonn auf die amerikanische Regierung und die Öffentlichkeit seines Landes haben würde. Daran könne auch eine dilatorische Behandlung der Empfehlung durch andere NATO-Staaten wie England und Italien nichts ändern. Denn die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte gerade von der Bundesrepublik absolute Loyalität und Korrektheit bei der Erfüllung der Empfehlung (!). Westdeutschland sei insofern ein Sonderfall, als Truppen der Vereinigten Staaten die Sicherheit seines Territoriums und Berlins garantierten. Darum würde in Washington die Ausfuhr strategischer Güter in den Osten auf keinerlei Verständnis stoßen. Sweet, dessen Stimme ungewohnt erregt klang, drückte sein Bedauern darüber aus, daß ausgerechnet die Freunde der USA (er meinte offensichtlich FDP und SPD) in die-

ser Frage eine Haltung einnehmen, die in den USA auf Unverständnis stoßen müßte.

Dienstag, den 19. März 1963

Durch einen üblen Trick hat Rasner gestern die Abstimmung über das Röhrenembargo und damit ein Außerkraftsetzen der entsprechenden Regierungsverordnung verhindert. An diesem Montag abend hat die parlamentarische Demokratie in Deutschland eine Schlappe erlitten. Dazu kommt das lädierte Ansehen des freien Deutschland als Handelspartner für Osteuropa. Faix prophezeite heute bereits „sehr nachteilige Folgen“ für die Ostbeziehungen der Bundesrepublik²⁷.

Zunächst schien alles so klar. Mende hatte am Vormittag in der Abteilungsleiterbesprechung erneut den Standpunkt der Partei in der Röhrenfrage bekräftigt. Auch die überraschende Intervention des amerikanischen Gesandten Morris beim Parteivorsitzenden hatte keinen Erfolg gehabt²⁸. Die Seelenmassage von Schröder und Erhard am Nachmittag vor der Fraktion verfehlte ebenfalls ihre Wirkung. Der Außenminister gab sich verständnisvoll („Wir sind in einer ekligen Lage, das muß ich zugeben“ und „mit dem Herzen bei der deutschen Stahlindustrie“). Dann verlas er den geheimen NATO-Beschluß und plädierte dafür, in diesem Falle nicht den Interessen der Wirtschaft, sondern außenpolitischen Erwägungen den Vorrang zu geben. Genau das aber tun SPD und FDP mit ihrem Votum gegen eine Embargo-Politik²⁹. Die anschließende Diskussion brachte darum auch keine Annäherung der Standpunkte. Selbst Schröders Warnung, daß eine Nichtdurchführung der NATO-Beschlüsse die Amerikaner verärgern könne, verfing nicht. Scheel, Bucher und Dehler empfahlen lediglich, die FDP-Minister sollten Adenauer vorher mitteilen, daß sie gegen die Regierung stimmen wollten.

Später erschien Erhard, der eine andere Platte laufen ließ: wir sollten doch nicht die Koalition gefährden. Er gäbe zwar zu, „daß bei der Öloffensive auch amerikanische Interessen mitspielen“. Doch stünde die Bundesrepublik ohnehin unter dem Verdacht, de Gaulle Vorschub geleistet zu

²⁷ Der Bundestag sollte durch Hammelsprung über den Antrag auf Ablehnung der Röhrenembargo-Verordnung abstimmen, doch blockierte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU die Abstimmung, indem er die „Nein“-Tür verschloß. Durch die Beschlußunfähigkeit des Parlaments wurde der Antrag wegen Verfalls der Einspruchsfrist unwirksam und die Rechtsverordnung der Regierung konnte nicht in Kraft treten (vgl. ADG 1963, S. 10485).

²⁸ Der Gesandte Morris erschien an diesem Tage um 11.30 Uhr bei Mende, um diesem den Standpunkt seiner Regierung zur Frage eines Röhren-Embargos noch einmal darzulegen. Wie Schollwer am 20. 3. bei einem Gespräch in der Politischen Abteilung der Amerikanischen Botschaft in Bonn erfuhr, soll diese Demarche auf Anregung des Auswärtigen Amtes erfolgt sein.

²⁹ Das Röhrenembargo wurde von Bonn erst 1968 formell wieder aufgehoben, nachdem der NATO-Rat schon 1966 seine Aufhebung empfohlen hatte.

haben. Wenn man jetzt auch noch die Röhren liefern würde, „das würde man uns nicht verzeihen“. Erhard kündigte für diesen Fall „Schwierigkeiten über Schwierigkeiten“ an und bat schließlich die Fraktion, sich die Sache „außenpolitisch und koalitionspolitisch“ noch einmal zu überlegen.

Aber das war vergebliche Liebesmüh. Als dann auch noch Zoglmann über angebliche finstere Drohungen des Kanzlers berichtete, war der Fall für die Fraktion entschieden. Sie ahnte freilich nicht, daß Adenauer und sein Gehilfe Rasner wenige Stunden später die nun unvermeidliche Regierungsniederlage durch undemokratische Machenschaften noch im letzten Augenblick verhindern würden.

Sonntag, den 24. März 1963

Der Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz war Anlaß für die gestrige Vorstandssitzung in Neustadt an der Weinstraße. Viele unserer Vorstandsmitglieder waren freilich nicht gekommen – nur knapp die Hälfte. Nordrhein-Westfalen war überhaupt nicht vertreten. So schien die einleitende Bemerkung eines Vertreters des zuständigen Bezirksverbandes, die Parteifreunde genossen eine „hervorragende Unterstützung“ durch Vorstand und Fraktion, nur zur Hälfte berechtigt. Bleibt zu hoffen, daß die vom gleichen Redner gestellte gute Wahlprognose fundierter ist.

Mende berichtete zunächst über die leidige Adenauer-Nachfolge. Die FDP habe mit der CDU/CSU hierzu offiziell Verbindungen aufgenommen. Adenauer favorisiere seinen Freund Krone, der aber lehne – vorläufig – ab. Ein Teil der CDU wolle Schröder, der jedoch kein Übergangskanzler sein wolle. Wieder andere unterstützten die Kandidatur Erhards. Vermutlich schon im April sei eine Information der FDP über die Nachfolge Adenauers zu erwarten. Der Kanzler werde spätestens am 1. Oktober sein Amt niedergelegt haben.

Zum Röhren-Embargo meinte M., die Entwicklung der Affäre sei „rückläufig für die CDU“ und günstig für die FDP. Unsere Partei hätte bei ihrer Haltung an Handelsabkommen mit Ostblockstaaten sowie an Rückwirkungen auf die deutsche Industrie gedacht. Wäre die FDP allerdings frühzeitig über die Vorstellungen der USA informiert worden, dann „hätten wir unsere Haltung im Sinne der deutsch-amerikanischen Beziehungen möglicherweise überprüft“.

Zur Morris-Demarche meinte der Vorsitzende, das Wort „Intervention“ sei zu hart. Im übrigen habe Chruschtschow an Präsident Kennedy einen Brief geschrieben, K. möge die Röhrenlieferungen nicht behindern. Daraus habe Washington den Schluß gezogen, daß es sich hier um eine „unerhörte wichtige und politische Frage“ handle.

Was den deutsch-französischen Vertrag anbetreffe, so seien die durch ihn entstandenen Schwierigkeiten noch nicht ausgeräumt. De Gaulle habe ganz andere Vorstellungen über den Sinn des Vertrages als wir. „Der Ge-

danke einer Dritten Kraft zwischen den USA und der UdSSR ist – gelinde gesagt – eine Illusion“. Der Bundesrat wolle eine Entschließung zur Verdeutlichung des Vertrages, ebenso wie der Bundesvorstand; die Fraktion neige eher zu einer Präambel. Kopf, Furler und Majonica verlangten sogar Präambel *und* Entschließung. Die Ablehnung des Vertrages durch einen Koalitionspartner sei unmöglich, man dürfe ihn nicht zur Grundsatzzfrage der Koalition machen.

Dehler bekannte sofort, er werde gegen den Vertrag stimmen. Im übrigen sei für ihn der Vorgang beim Röhrenembargo „genau so schlimm wie die Strauß-Geschichte“. Der Bundestag sei bewußt getäuscht worden. – Schultz äußerte Bedenken gegen die von Kennedy vorgeschlagene multilaterale oder multinationale Atommacht. Dieses Projekt solle jährlich 2 Milliarden kosten, davon müsse Bonn 30 bis 40% tragen – und das zehn Jahre hindurch. Militärisch gesehen sei dieses Unternehmen wenig erfolgversprechend. Als Schultz hinzufügte, obwohl der amerikanische Vorschlag militärisch nicht sinnvoll sei, könne man ihn doch nicht ablehnen, meinte Mende beruhigend: „Gottlob werden nicht alle Pläne Washingtons realisiert“ – womit er wohl recht hat.

Nach einigem Hin und Her über die Frage Präambel oder Entschließung, ob eine Präambel etwas am Vertragsinhalt ändern könne oder nicht, kam Mende erneut auf die Vorgeschichte des Vertrages. Diesmal berichtete er wiederum etwas anderes als beim ersten und zweiten Male³⁰.

Nach dem Essen noch einige Referate, die aber bis auf den Bericht Mendes über ein Gespräch mit der DGB-Führung wenig Neues brachten. Ob diese Begegnung wirklich so positiv verlaufen ist, wie unser Vorsitzender schilderte, bleibt dahingestellt. Immerhin widersprach Dehler der überraschenden Wertung Mendes nicht³¹.

Um 17 Uhr Pressekonferenz: Hauptthema Röhrenembargo. Mende behauptete nun sogar, den Morris-Besuch nur als „freundschaftliche Information“ empfunden zu haben. Erst bei dieser Gelegenheit seien ihm auch die geheimen NATO-Empfehlungen bekanntgeworden.

³⁰ Mende: „Am 18.2. hat Adenauer uns mitgeteilt, daß er nach Paris wolle, um den Vertrag zu paraphieren“. Schröder habe „in sehr großzügigem Stil“ über den Vertrag informiert. Bedenken gegen den Termin seien durch Erler, Mende und Gerstenmaier geäußert worden. Daraufhin habe A. erklärt, er sei sehr erschüttert: ob man denn die deutsch-französische Freundschaft ablehnen wolle? Nach 3 Stunden habe man dem Kanzler empfohlen, nach Paris mit dem ausdrücklichen Auftrag zu fahren, sich für den Beitritt Großbritanniens zur EWG einzusetzen. – Die Vorstandsdiskussion über den Vertrag endete mit der Bemerkung Mendes, die Verhandlungen zwischen den Parteien liefen noch, die FDP solle sich darum nicht zu früh festlegen.

³¹ Dehler sprach – laut Notizen Schollwers – von einer „ausgezeichneten Atmosphäre“ und davon, daß das Gespräch mit den Vertretern des DGB-Bundesvorstandes „sachlich höchst effektiv“ gewesen sei.

Mittwoch, den 27. März 1963

Am Montag abend, bei einem Diplomatessen im französischen Gästehaus in Bad Godesberg, wurden an meinem Tisch so ziemlich alle interessanten politischen Themen angeschnitten, nur nicht das heute stattfindende sowjetisch-amerikanische Sondierungsgespräch über Berlin. Vielleicht geschah das mit Rücksicht auf die Gastgeber, die bekanntlich von solchem Palaver nichts halten. Am gesprächigsten war Siegfried Zoglmann, er redete wie ein Wasserfall. Doch waren seine Ansichten im allgemeinen erstaunlich vernünftig.

Sonntag, den 31. März 1963

Auf der gestrigen Arbeitskreissitzung wurde ich wiederholt auf meine kommende Amerikareise angesprochen. Man erteilte mir Ratschläge, und ich wurde eingeladen, nach meiner Rückkehr in Brüssel vor liberalen Beamten und Journalisten über meine Abenteuer im Wilden Westen zu berichten.

Heute gab mir auch Mende noch einige Verhaltensregeln mit auf den Weg, z. B. wie ich mich vor Darmerkrankungen, Erkältungen oder zu hohen Getränkepreisen schützen könne. Auch legte er mir insbesondere Botschaftsrat Strätling von unserer Washingtoner Vertretung als Gesprächspartner ans Herz; der könne mir gute Verbindungen schaffen. Gestern noch hatte mir Sonnenhol davon abgeraten, mit diesem Herrn Kontakt aufzunehmen.

Amerika-Reise

Dienstag, den 2. April 1963, Washington

Seit gestern in Washington zu Gast der amerikanischen Regierung. Nach dem Frühstück (Cafeteria) mit meinem Dolmetscher zum State Department. Dort erledigen wir einen Höflichkeitsbesuch bei dem für meine Studienreise zuständigen Beamten. Das Außenministerium ist ein imposanter Bau mit endlosen Fluren, einem großen, gut gepflegten Innenhof und einer riesigen Eingangshalle, in der die Fahnen aller Staaten hängen, mit denen die USA diplomatische Beziehungen unterhalten. Die Fahnen hängen in alphabetischer Reihenfolge, damit sich niemand zurückgesetzt fühlt. Pikanterweise ist das Schwarz der deutschen Flagge stark ausgebleicht und geht ins Grau-Bräunliche über ...

Am Nachmittag ins Capitol. Wir besuchten Sitzungen des Repräsentantenhauses und des Senats. Ersteres beschäftigte sich bei unserem Eintritt mit dem Thema „Vogelschutzgebiete“, entsprechend waren Teilnahme und Aufmerksamkeit der Congress-Men. Wir saßen auf der Zuschauertribüne in der ersten Reihe, und mein Dolmetscher wurde von einem Kon-

trollbeamten' ermahnt, nicht die Hände auf die Brüstung zu legen. Das ist verboten, seitdem vor einiger Zeit ein Puertoricaner auf diese Art eine Pistole unter seinen Händen verbarg, mit der er später in das Plenum feuerte. Der Senat debattierte darüber, ob der Bund – wie es die Demokraten wünschen – das Recht zur Regelung bestimmter Verkehrsprobleme in den Städten der USA haben solle. Die Republikaner sind (selbstverständlich) dagegen. Im Senat fiel mir vor allem Mike Mansfield auf, eine beeindruckende Persönlichkeit.

Am Abend in der Hotelbar eine Diskussion über südamerikanische Probleme, zu denen mein Begleiter sehr dezidierte und außerordentlich kritische Ansichten vertrat. Auf deutsche Probleme eingehend äußert sich Mr. G. voller Mißtrauen gegenüber der angeblich wankelmütigen deutschen Ostpolitik.

Mittwoch, den 3. April 1963, Washington

Am späten Vormittag ein interessantes Gespräch mit Mr. Marcy, dem „Staff Director“ (Assistenten) des Außenpolitischen Ausschusses des Senats. M., ein mittelgroßer, grauhaariger, etwa 50 Jahre alter Herr mit breitem Schädel, bittet um Entschuldigung, kein deutschlandpolitischer Fachmann zu sein. Er könne zudem nur seine persönliche Auffassung vortragen, nicht aber die seines Ausschusses, in dem bekanntlich Republikaner *und* Demokraten saßen. Ich fragte M., was er von der Ansicht vieler Deutscher halte, nicht die Bundesrepublik, sondern allein die USA seien imstande, die durch de Gaulle hervorgerufene europäische Krise zu überwinden. Marcy: In der amerikanischen Politik gäbe es gegenwärtig zwei Strömungen: die eine fordere, man solle auf die Europäer Druck ausüben, die andere, den Europäern solle die Lösung ihrer Probleme selbst überlassen bleiben. In den USA läge der Isolationismus nur unter einer „dünnen Decke“. M. hebt die Bedeutung der Bundesrepublik in Europa hervor und läßt die Ansicht durchblicken, daß einzig Deutschland dazu imstande sei, eine führende Rolle in Europa zu übernehmen. Später erklärte er jedoch (zu meiner Erleichterung), daß die USA keine deutsche Vorherrschaft in Europa wünschten.

Das Gespräch sprang dann zur Frage einer multilateralen Atommacht über. Marcy: „Was denken Sie, soll Merchant noch einmal nach Europa zurückgehen?“ Ich erwiderte, für uns werfe dieses Projekt drei Probleme auf: erstens wüßten wir, daß die Sowjets jede Form direkter oder indirek-

¹ Livingston R. Merchant war von Präsident Kennedy zum Hauptverhandler einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO ernannt worden. M. besuchte vom 27.2. bis 12.3. sowie vom 15. bis 25.4. Europa. Bei seinen Sondierungsgesprächen mit den europäischen Verbündeten stellte sich heraus, daß lediglich Bonn und Ankara großes Interesse an der Schaffung einer solchen Macht äußerten, während die übrigen Regierungen lediglich die Bereitschaft zur Unterstützung des Projektes bekundeten (ADG 1963, S. 10374, 10436 und 10545).

ter atomarer Bewaffnung Deutschlands als eine Bedrohung ihrer Sicherheit betrachteten und mit den Mitteln des politischen und militärischen Drucks versuchen würden, dieses zu verhindern. Zweitens sei eine solche Streitmacht in Europa schon deshalb nicht populär, weil die Europäer glaubten, sie sollten dadurch selbst am Besitz dieser Waffen gehindert werden. Und drittens wagten die Deutschen gegenwärtig nicht, ihre Bedenken über dieses Projekt zu äußern, weil sie fürchteten, nach dem deutsch-französischen Vertrag die Amerikaner erneut zu erzürnen.

M. nahm diese Bemerkungen schweigend zur Kenntnis und fragte schließlich, was man denn jetzt überhaupt für Europa tun könne. Der einzige Weg sei, so erwiderte ich, der Versuch, über die noch bestehenden gemeinsamen Gremien der Verbündeten Kontakt zu halten und die Zeit bis zum Abtritt de Gaulles schlecht und recht zu überbrücken. Solange de Gaulle an der Spitze Frankreichs stehe, werde es im europäischen und atlantischen Bereich keine Fortschritte geben, und jeder von den USA ausgeübte Druck werde nur den Widerstand des Generals verstärken. Marcy nickte zustimmend.

Um drei Uhr wieder im State Department. In Zimmer 6221 empfing uns Mr. Grant Parr. Er war früher fünf Jahre im amerikanischen Generalkonsulat in Hamburg und ist jetzt für die Public-relation-Arbeit der Deutschlandabteilung zuständig, also eine Art Pressesprecher. Er sieht aus wie der britische Schauspieler James Mason und spricht nur sehr gebrochen deutsch. Nach einem kurzen Gespräch brachte er uns zum Berlin-Referenten der Deutschlandabteilung, Mr. Williams. W. saß in einem Rollstuhl, in sich zusammengekrümmt, das schmale, kluge Gesicht von Schmerzen gezeichnet. Der Diplomat leidet seit Jahren an einer Virenerkrankung, die zum totalen Muskelschwund führt. Nur die rechte Hand kann er noch etwas bewegen – er streckte sie mir schlaff entgegen. Mr. Williams erscheint mir einen Augenblick wie ein Symbol der westlichen Berlin-Politik, doch das Gespräch zeigt einen Mann mit beachtlichen intellektuellen Fähigkeiten und kühler Energie.

Nach einigen Einleitungsfloskeln und Darstellung meiner Aufgaben in Bonn lenkte ich das Gespräch auf die sowjetisch-amerikanischen Berlin-Sondierungen sowie auf das Rusk-Paket vom Frühjahr 1962. Nach meiner Ansicht sei dieser Vorstoß des amerikanischen Außenministers zu begrüßen, weil er den Zusammenhang zwischen der Berlin-, der Deutschlandfrage und der Abrüstung wiederherstelle. Williams stimmte mir zu, wies jedoch darauf hin, daß die Sowjets versucht hätten, dieses Paket wieder auseinanderzureißen. Ich fragte Williams, was es mit einer Meldung Herbert von Borchs aus Washington auf sich habe, daß die USA im Falle eines Scheiterns der neuerlichen Sondierungen den Herter-Plan von 1959 erneut vorlegen wollten. W. meinte vorsichtig, „Herbert“ habe zweifellos sehr gute Verbindungen zum State Department; dort möge er „irgend welche drei Punkte“ erfahren haben, die er dann zu einem einzigen zusam-

mengezogen habe. Von einem solchen offiziellen Plan seines Hauses sei ihm, Williams, jedenfalls nichts bekannt. Wir hätten, so entgegnete ich, dieser Meldung vielleicht schon deshalb mehr Bedeutung zugemessen, weil kurz zuvor Dean Acheson in einer Rede in Deutschland viel beachtete Ausführungen zur Deutschlandfrage gemacht habe. Acheson hat, erwiderte Williams, jedoch nicht die offizielle Regierungsmeinung vorgetragen, wenn er auch „unser Berater“ sei. W. ließ durchblicken, daß das State Department seine Hoffnungen in der Deutschlandfrage auf die inneren und äußeren Schwierigkeiten der UdSSR setze, die Chruschtschow eines Tages zwingen könnten, dem Westen die Hand hinzustrecken. Zudem: wichtiger vielleicht als die Berlin-Gespräche seien die Verhandlungen in Genf. Dort sei man nicht mehr so weit auseinander: die Sowjets wollten drei, die Amerikaner sieben Kontrollstationen².

Ich gab zu bedenken, daß – wofür manches spreche – Chruschtschow gegenwärtig eher zu einer harten als zu einer weichen Haltung gegenüber dem Westen geneigt sein könne, angesichts der bitteren Vorwürfe, die ihm wegen seiner Politik von den Rotchinesen und den Stalinisten im eigenen Land gemacht würden. Williams widersprach dieser Ansicht nicht.

Dann wandte sich das Gespräch der Lage in Berlin zu. Parr fragte mich nach der Wirkung der Mauer auf die deutsche Politik. Ich gab zur Antwort: die gegenwärtige Situation in Berlin berge die Gefahr eines verstopften Dampfkessels: er könnte eines Tages in der DDR eine Explosion auslösen. Auf der anderen Seite habe Chruschtschow angesichts der personellen Ausblutung der Zone durch die Massenflucht wohl keine andere Wahl gehabt, als die DDR durch die Errichtung der Mauer vor einer Katastrophe zu bewahren. Deutsche Zeitungen, insbesondere die Springer-Presse, hätten einiges dazu getan, durch Sensationsmeldungen über Flüchtlingszahlen den sowjetischen Parteichef zum Mauerbau zu ermutigen. – Williams warf hier ein, auch Willy Brandt habe einige Wochen vor dem 13. August in Washington eindringlich vor einer solchen Pressepolitik gewarnt. Was man jedoch – und nun wandte sich Williams einem neuen Thema zu – in Washington nicht verstehen könne, sei die Haltung der FDP in der Röhrenfrage. Es handele sich doch hier um einen NATO-Beschluß. Ich gab eine Darstellung der Entwicklung dieser Affäre aus unserer Sicht und wies besonders darauf hin, daß bis kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag niemand so recht gewußt habe, welche Bedeutung die

² Am 12.2.1963 hatte die Genfer Konferenz des Abrüstungsausschusses der Achtzehn ihre Arbeit wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche. Die USA verlangten 7 automatische seismische Stationen in der UdSSR. Die Sowjetunion bekräftigte am 22.2. ihren Standpunkt, daß lediglich 2 bis 3 Inspektionen an Ort und Stelle sowie 3 automatische seismische Stationen zugestanden werden könnten. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 5.8.1963 enthält jedoch keinerlei Bestimmungen über Inspektionen oder seismische Stationen.

Amerikaner dieser Frage beimäßen. Das Erscheinen des Gesandten Morris bei Mende habe uns allerdings den Weg zum Einlenken endgültig verbaut. Natürlich sei eine Erfüllung der NATO-Empfehlung durch Bonn objektiv und juristisch kein Vertragsbruch gegenüber Moskau, subjektiv und vom Standpunkt des sowjetischen Partners gesehen sei ein solches Verhalten aber zweifellos mit Vertragstreue schwer zu vereinbaren. Dem Einwand Parrs, daß sich schließlich auch die Sowjets nicht an Verträge hielten, setzte ich die Auffassung entgegen, daß wir ja für uns die größere Rechtllichkeit beanspruchen.

In den letzten zehn Minuten nahm auch der gegenwärtige Chef der Deutschlandabteilung, Creel, an unserem Gespräch teil. C. erkundigte sich sogleich nach dem möglichen Nachfolger Adenauers, ein Problem, über das man sich täglich in seiner Abteilung Gedanken mache, obwohl diese für solche Fragen gar nicht zuständig sei. Nun, meinte ich, in gewisser Weise sei die Nachfolgefrage auch eine Art „Ostproblem“. Nach meiner Ansicht werde wohl Erhard Kanzler werden, weil sich die Union auf keinen anderen Kandidaten einigen könne.

Von der Deutschlandabteilung marschierten Frank G. und ich sogleich zum Konferenzsaal. Dort gab Kennedy um 16 Uhr eine Pressekonferenz.

Er trat mit raschen Schritten aus einer Seitentür auf die mit der blauen Präsidentenfahne und dem Sternenbanner geschmückte Bühne, begleitet von seinem Pressereferenten Salinger und dessem farbigen Assistenten. Die etwa 100 Journalisten hatten sich beim Eintreten Kennedys von ihren Plätzen erhoben. Der Präsident winkte lässig mit der rechten Hand, man setzte sich. Unmittelbar darauf sprang der erste Fragesteller von seinem Sitz auf – die Pressekonferenz hatte begonnen. Die Fragen laufen bunt durcheinander: Sowjetische Truppen auf Kuba, der Streit um ein neues Militärflugzeug der USA, Südkorea, deutsche Wissenschaftler in Ägypten³, Südamerika, Kongreßarbeit usw. Kennedy beantwortete jede Frage ruhig, meist mit leiser Stimme, gelegentlich auch recht ausführlich und dabei ein wenig dozierend. Hin und wieder kommen seine Antworten aber auch betont knapp und mit witzigen Bemerkungen, die vom Auditorium mit lautem Gelächter quittiert werden. Immer wenn Kennedy eine Antwort beendet hat, springen mehrere Journalisten gleichzeitig von ihren

³ Wie die israelische Außenministerin, Frau Golda Meir, am 20.3. von der Knesset mitteilte, sollten deutsche Wissenschaftler und hunderte deutscher Techniker bei der Herstellung von ägyptischen Angriffsraketen und sogar von Waffen behilflich sein, deren Herstellung durch Völkerrechtsgrundsätze verboten sei. Sowohl Kairo als auch Bonn dementierten die Beteiligung deutscher Staatsbürger an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen in Ägypten (ADG 1963 S. 10963). Das State Department hatte am 11.1.1963 den Abzug sowjetischen Militärpersonals von Kuba gefordert, dessen Stärke nach Mitteilung des US-Verteidigungsministers 17000 Mann betragen haben soll. Am 21.2. gab Washington bekannt, Moskau beabsichtige, Mitte März mehrere tausend Mann sowjetischen Militärpersonals von der Insel abziehen (ADG 1963 S. 10432).

Plätzen. Der Präsident weist dann mit ausgestrecktem Arm auf den, der die nächste Frage stellen darf. Plötzlich – ein Journalist hatte gerade zu einer Frage angesetzt – verläßt der Präsident das Pult und geht mit eiligen Schritten zum Saal hinaus. Die halbe Stunde der Pressekonferenz war um – Zugaben gibt es nicht.

Donnerstag, den 4. April 1963, Washington

Der politische Teil dieses klimatisch angenehmen Tages begann in der L-Street. Dort liegt das Gebäude der *Washington Post*. Mein Gesprächspartner Mr. Marder, diplomatischer Redakteur der Zeitung. Nach den üblichen Einleitungs- und Vorstellungsfloskeln brachte ich das Gespräch auf die aktuellen europäischen Probleme und fragte M. nach seinem Urteil. Auch Marder hob die Bedeutung der Bundesrepublik bei der Lösung der europäischen Probleme hervor und berichtete, er arbeite gegenwärtig an einem Artikel, der die Schlüsselfunktion der Bundesrepublik hierbei darstelle. Ich wandte ein, daß die BRD mit Sicherheit in den europäischen Fragen nichts zustande bringen werde, wenn sie nicht der vollen Unterstützung der anderen EWG-Staaten, Großbritanniens und vor allem der USA sicher sein könne. Auf meine Frage, ob die Amerikaner wirklich glaubten, daß die Deutschen sich zu Komplizen de Gaulles bei der Zerstörung von NATO und EWG machen könnten, meinte M.: selbstverständlich nicht. Aber der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (zwischen Bonn und Paris) habe hier doch sehr beunruhigt.

Das Gespräch ging nun auf die deutsche Frage über. Ich wies auch Marder darauf hin, daß die FDP im vergangenen Frühjahr das Rusk'sche Berlin-Paket begrüßt habe, weil es eine Ausweitung des Themas Berlin bedeutete und weil nach unserer Auffassung ein Abkommen über Berlin allein nicht möglich sei. Marder wies darauf hin, daß freilich die Bundesregierung alle Versuche der Amerikaner bekämpft habe, so zu verfahren. Bonn sei sowohl gegen regionale Abrüstungsmaßnahmen als auch gegen die Erörterung der Grenzfrage aufgetreten. Wann immer die USA das Berlin-Thema auszuweiten beabsichtigt hätten, sei ein Veto eingelegt worden. Er hoffe darum, daß sich in näherer Zukunft in Bonn eine andere politische Konstellation ergäbe, die eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington gestatte.

Ich warnte davor zu glauben, daß sich in dieser Hinsicht schon im Herbst 1963 etwas ändern werde; frühestens 1965 nach den Wahlen. Aber auch dann sei nicht zu erwarten, daß die Deutschen etwa auf die Ostgebiete verzichten würden. In dieser Frage sei die Mehrheit in allen Bundestagsparteien noch immer völlig kompromißlos. „Glauben Sie aber“, so fragte der amerikanische Journalist, „daß die Russen und die Amerikaner bis 1965 warten werden?“. Marder machte der Bundesregierung den Vorwurf, daß sie niemals einen Vorschlag unterbreitet habe, wie man sonst

alle diese Fragen lösen könne. „Ich glaube nicht“, erwiderte ich, „daß heute eine Wiedervereinigung möglich ist. Weder die Russen noch die Amerikaner sind bereit, Deutschland aus dem jeweiligen Bündnis zu entlassen. Was heute möglich erscheint, ist allenfalls eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands – und zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht eine Konföderation. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß diese beiden Teile Deutschlands zu irgendeinem Zeitpunkt zu Verhandlungen zusammenkommen“. Marder äußerte sich dazu nicht, nickte aber, während G. meine Ausführungen übersetzte, mehrmals zustimmend mit dem Kopf.

Anschließend fuhren wir mit einer Taxe ins Außenministerium zu einer Routine-Pressekonferenz im kleinen Konferenzsaal. Dort hängt eine Wandkarte von Europa. Sie stammt aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und stellt das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 dar (!). Österreich und die CSSR sind pikanterweise mit der gleichen grünen Farbe markiert wie Deutschland und von diesem nur durch eine weiße Grenzlinie getrennt. Auch Polen hat seine Grenzen von 1938. Seine und Deutschlands neue Ostgrenzen sowie die Grenze zwischen BRD und DDR sind nur ganz grob mit ein paar Bleistiftstrichen eingetragen.

Die kurze, nur zehn Minuten dauernde Pressekonferenz brachte keine interessanten Neuigkeiten.

Am Nachmittag beim Chef des Washingtoner Reuter-Büros, Mr. Hephend, einem liebenswürdigen Mann mit offenem Lachen und gescheiterten Augen. Das Gespräch freilich war nicht sehr ergiebig: etwas über die Arbeit der Agentur, einige Sätze über Wilsons Besuch in Washington, natürlich auch die unvermeidliche Frage nach der Kanzlernachfolge in Bonn. Noch ein paar Worte zur Europa-Politik und schließlich Bemerkungen über Kennedys Verhältnis zur Presse. Hephend zeigte viel Sympathien für die Amerikaner und beklagte die oft „diffamierende“ Berichterstattung über die USA, auch in der britischen Presse. Er bedauerte, daß Kennedy es in letzter Zeit nicht vermocht habe, sich gegen den Kongreß durchzusetzen. Als wir den Reuter-Chef verließen, meinte mein alter ego G. dazu ergänzend, Kennedy verstehe es leider nicht, sich der Presse zu bedienen, um Druck auf seine Widersacher auszuüben; statt dessen habe er die Journalisten durch eine falsche Informationspolitik während der Kuba-Krise sowie durch das Verbot verärgert, an bestimmten Festlichkeiten des Weißen Hauses teilzunehmen.

Montag, den 8. April 1963, Washington

Heute wurde ich mit der „International Movement for Atlantic Union“ auf eine etwas befremdliche Weise näher bekannt gemacht. Man hatte mir für den Vormittag einen Termin bei Mrs. Chase S. Osborn vermittelt. An der Tür eines alten Hauses in der Columbia Road empfing uns eine kleine

weißhaarige Dame von etwa siebzig Jahren. Sie führte uns in zwei durchgehende Zimmer, deren Tische und Stühle über und über mit Büchern, Zeitschriften und Papieren bedeckt waren. Kaum hatten wir diese Räumlichkeiten betreten, schwenkte die alte Dame triumphierend die heutige Ausgabe der *Washington Post*. Dort wird über einen Aufruf des Physikers Edward Teller zur Gründung einer Föderation der Staaten der freien Welt berichtet. Dieser Artikel, meinte Mrs. Osborn stolz, sei durch ihr Büro veranlaßt worden. Darauf begann sie, von Stühlen und Tischen einen Haufen Papiere zu sammeln und mir einen fast einstündigen Vortrag über Aufgaben und Ziele der Bewegung für eine Atlantische Union zu halten. Sie redete sich schnell in Feuer, nicht ohne dabei sarkastische Bemerkungen über alle jene fallen zu lassen, die dem Projekt kritisch oder ablehnend gegenüberstehen (und das scheinen nicht wenige zu sein). Bei ihrem engagierten Plädoyer für das Movement strahlte die alte Dame soviel Optimismus aus, daß ich selbst für einen Augenblick zu zweifeln begann, ob diese Idee vielleicht doch nicht ganz so utopisch sei, wie sie mir bisher erschien. Doch dann machte Mrs. Osborn unabsichtlich einen Fehler: offenbar, um mir ihr Projekt noch schmackhafter zu machen, erkundigte sie sich eingehend nach dem Befinden des Herrn Strauß und fragte besorgt, wann dieser Politiker endlich „wiederkomme“; er habe sich doch so sehr für die atlantische Föderation eingesetzt. Auch zeigte mir Mrs. Osborn die Namen jener Deutschen, die bereits in der Bewegung mitwirken: so Graf Adelman, Richard Jaeger, Heinrich von Brentano und andere Größen der Unionsparteien⁴. Als mich Mrs. O. schließlich fragte, was denn ich zu tun gedenke, um dieser Idee zum Erfolg zu verhelfen, bat ich höflich um Bedenkzeit: ich würde gern erst einmal die mir ausgehändigten Schriften durcharbeiten. Mrs. Osborn gewährte mir Aufschub. Wir verabschiedeten uns rasch, um den nächsten Termin nicht zu verpassen.

Um 12 Uhr traf ich mich mit Alain Clément im Presseclub zum Dinner. C. berichtete mir über seine ersten Amerika-Erfahrungen (er ist erst seit November für *Le Monde* in Washington). Seine Bemerkungen über Land und Leute waren bemerkenswert negativ. Vieles scheint ihm in der Neuen Welt nicht zuzusagen: das Klima, das in Washington allerdings oft schlimm ist, der Lebensstil der Amerikaner und vor allem die mangelhafte Sozialfürsorge in den USA. Sein Englisch ist nicht sehr gut, das Interesse an den innenpolitischen Vorgängen in der Bundesrepublik lebhaft. Weit größer – wie mir schien – als an den weltpolitischen Aspekten Washingtons. Bei Erörterung des Berlin-Problems warf C. der US-Regierung vor, die Deutschen praktisch zu entmündigen. Skeptisch waren auch seine Bemerkungen über die Qualität der Bonner US-Botschaft.

⁴ Einem Schollwer von Mrs. Osborn in die Hand gedruckten Waschzettel ist allerdings zu entnehmen, daß sich auch FDP-Politiker wie der Bayerische Staatssekretär Albrecht Haas und der FDP-Vorsitzende Mende für die Bewegung ausgesprochen haben sollen.

Am frühen Nachmittag dann endlich zur eigenen Botschaft. Das Gebäude macht keinen sonderlich imponierenden Eindruck. Das düstere Treppenhaus zeigt Spuren italienischer Renaissance, im Wartezimmer einiges chinesisches Mobiliar. Das Zimmer des Legationsrates Strätling, den ich nun doch – Mendes Empfehlung folgend – dem Institut als gewünschten Gesprächspartner angegeben hatte, ist dürftig eingerichtet. Strätling, ein Mann mittleren Alters mit glattem Gesicht, bedauert, uns keine Zigaretten anbieten zu können und beklagt sogleich lebhaft den Umstand, daß die Botschaft so sehr für die Reiseplanung deutscher Besucher eingespannt werde. Weitere Klage: der Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA gegenüber General de Gaulle, dem man angeblich nun doch das Dreierdirektorium in der NATO konzedieren wolle⁵. Dagegen äußerte sich der Legationsrat überraschend optimistisch über die Erfolge, die deutsche Politiker in Washington bei dem Versuch gehabt haben sollen, den Amerikanern den deutsch-französischen Vertrag verständlich und akzeptabel zu machen. Als sich St. schließlich über Wert und Unwert von Studienreisen in den USA ergeht, dränge ich zum Aufbruch. Sonnenhol hatte doch recht.

Dienstag, den 9. April 1963, New Orleans

Seit acht Stunden in der Geburtsstadt von Louis Armstrong und Benny Goodman. Wir landeten zwei Stunden zu spät, weil das Institut ein falsches Flugzeug gebucht hatte.

Im Hotel lag eine Einladung des hiesigen deutschen Generalkonsuls Marmann für ein Abendessen in seinem Hause. Außer mir waren der SPD-Bundestagsabgeordnete Haage sowie ein sozialdemokratischer Bezirksvorsitzender aus Bayern eingeladen. Während wir vorzüglich speisten, wurde vorwiegend über deutsche Innenpolitik gesprochen. Marmann, ein lebhafter Herr von 55 Jahren, stellte sich geschickt auf die Mentalität seiner Gäste ein und gab zu verstehen, daß er für die Ablösung der CDU-Regierung in Bonn sei. Haage, der Mende lebhaft kritisierte und den verstorbenen Döring um so mehr pries, plädierte für ein Zusammengehen von SPD und FDP in allen Bundesländern. Er meinte, eine Große Koalition sei nun passé. Auf meinen Einwurf, daß Wehner da wohl anderer Meinung sei, bat H., ich solle es ihm ersparen, dazu Stellung zu nehmen; man wisse ohnehin nicht, was Wehner wolle.

Donnerstag, den 11. April 1963, New Orleans

Mittagessen mit einer Sekretärin der Tulane Medical School. Die 32jährige Frau stammt aus Passau, ging vor 13 Jahren in die USA und ist hier mit einem Rechtsanwalt verheiratet. Auch sie warnte – wie gestern schon Miß

⁵ In einem an Eisenhower und Macmillan gerichteten Memorandum hatte General de Gaulle am 24.9.1958 ein Dreierdirektorium der NATO gefordert.

K. – vor einer radikalen Lösung des Rassenproblems. Die Schwarzen seien zumeist noch sehr ungebildet und gehörten der sozial am tiefsten stehenden Schicht an. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die meisten Arbeitslosen. Man müsse darum behutsam vorgehen. Entscheidend sei allerdings nicht, ob jemand schwarz oder weiß, sondern ob er ein anständiger Mensch sei. Unsere Begleiterin fügte hinzu: der Schwarze sähe hier in New Orleans in dem Weißen im allgemeinen noch seinen Beschützer, aber natürlich auch zuweilen seinen Ausbeuter.

Eigene Beobachtungen während der vergangenen 24 Stunden: in den Bussen fahren schwarz und weiß gemeinsam. Doch konnte ich sehen, daß manche Weiße lieber stehen als sich neben einen Schwarzen zu setzen. Dabei scheinen jüngere Menschen gelegentlich intoleranter zu sein als ältere.

Freitag, den 12. April 1963, Dallas

Seit zehn Stunden im Wunderland Texas. Die ersten davon waren so hektisch, wie ich es befürchtet hatte. Als wir um 1.30 Uhr auf dem Flughafen von Dallas landeten, empfing uns dort ein mittelgroßer, weißhaariger Mann mit noch jungem, energischem und „englischem“ Gesicht: Mr. George E. Haddaway, Herausgeber des Magazins „*Flight*“ und mein Betreuer während des Texas-Aufenthalts.

Abendessen mit Haddaway in dem vornehmen „Arthur's Restaurant“ in der McKinney Avenue. Bei einem texanischen Steak von staunenswerter Größe berichtete H., der heute 54 Jahre alt ist: 1930/31, während eines Besuches in Deutschland, habe er in sein Tagebuch geschrieben, die westlichen Alliierten hätten den Deutschen nur die Wahl zwischen Hitler und dem Kommunismus gelassen. Er – Haddaway – meine, wenn es in Deutschland keinen Hitler gegeben hätte, so hätten die Westmächte im 2. Weltkrieg unbedingt auf der falschen Seite gekämpft. Daß uns ohne Hitler ein 2. Weltkrieg überhaupt erspart geblieben wäre, schien H. nicht so ohne weiteres einzuleuchten. Im amerikanischen Volk, so fuhr mein Gesprächspartner fort, sei die Tendenz zum Isolationismus noch immer stark, vor allem bei Enttäuschungen über Europa. Man habe manchmal den Eindruck, als brauchten die Europäer Amerika nicht mehr. Zudem habe sich sowohl in Korea wie auch in Vietnam, in Kuba wie in Ungarn herausgestellt, daß immer dann die Lage verfahren gewesen sei, wenn die USA eingegriffen hätten. Auf das Deutschlandproblem eingehend, meinte H., die Amerikaner hätten sich verpflichtet, für die nationalen deutschen Interessen einzutreten. Sie seien auch entschlossen, ihr Versprechen zu halten. Was die Europa-Frage angehe, so sei de Gaulle in den USA gar nicht so unbeliebt. Andererseits erkläre er offen: wir haben keine Angst um unsere Truppen in Deutschland, aber die Franzosen im Rücken zu haben, das macht uns Sorgen. H. bedauerte, daß die Europäer so wenig Ahnung von den innen- und außenpolitischen Problemen der USA hätten

(was bekanntlich auch umgekehrt der Fall ist). Und dann kam eine – mich etwas peinlich berührende – Feststellung: eines dieser amerikanischen Probleme seien z. B. die „ungebildeten Juden“, die durch ihre Gier nach Reichtum negative Reaktionen bereits unter den Schulkindern hervorriefen.

Samstag, den 13. April 1963, Dallas/Texas

Von einem Spaziergang durch das Villenviertel zurück in die ziemlich trostlose, heute fast menschenleere City mit ihrem Wildwuchs an Wolkenkratzen, Baustellen und Straßen ohne Baum, Strauch oder Rasenflächen. In einem eher unscheinbaren, älteren Haus das weltberühmte Warenhaus Neiman Marcus. Wirklich ein sehenswerter Laden: vom Flugzeug bis zum U-Boot kann man hier alles kaufen. Wir bestaunten brillantenbesetzte Edelstein-Halsbänder in der Preislage zwischen 100 000 und 250 000 Dollar, Rückenkratzer und Autoschlüssel aus Gold, Herrenanzüge von der Stange für 250 Dollar.

Sonntag, den 14. April 1963, Dallas/Texas

Ostersonntag auf dem Lande. 104 Meilen südöstlich von Dallas verbrachte ich abwechslungsreiche Stunden auf der Ranch von Mr. H. Er ist ein Freund des Bruders von Paul Sweet, der die österliche Landpartie arrangiert hatte.

Montag, den 15. April 1963, Dallas/Texas

Heute sind zwei Termine geplatzt, die ich bei unserer Ankunft hier noch mit einiger Mühe in das von Haddaway geplante Programm eingefügt hatte. Gespräche mit einem farbigen Politiker und einem Schuldirektor über Rassenintegrationsprobleme sowie eine Begegnung mit der Vorsitzenden des hiesigen Gerichtshofes, Mrs. Hughes. Während letztere wegen einer Gerichtsverhandlung (die wir dann besuchten) verhindert war, standen die anderen wegen eines Schulfreiertages (der Direktor) oder aus anderen Gründen (der farbige Politiker) nicht zur Verfügung. So verbrachten wir denn einen Teil des Vormittags bei Mrs. Hughes im Gerichtssaal. Wie man mir berichtete, ist die Vorsitzende eine verdiente, demokratische Wahlhelferin. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen fungierte sie als Vorsitzende des demokratischen Komitees in Dallas. Das brachte ihr den Posten als Richterin ein. Aus Bonn kommen ziemlich beunruhigende Nachrichten. Ich höre von Äußerungen Adenauers in Cadenabbia, die auf seine Absicht schließen lassen, im Amte zu verbleiben und Erhard auf keinen Fall das Terrain zu überlassen. Sollte ich meine Wette mit Haage doch noch verlieren⁶.

⁶ Tagebuch-Notiz des Verf. vom 9.4.1963: „Haage wettete mit mir um eine Fla-

Am gleichen Tage abends, Phoenix, Arizona

Um 15.25 Uhr Ortszeit landeten wir nach eindrucksvollem Flug über Wüsten und Ausläufer der Rocky Mountains bei strahlendem Sonnenschein auf dem Flughafen von Phoenix.

Vor dem Abflug nach Phoenix meine erste Pressekonferenz auf amerikanischem Boden. Im Presseclub von Dallas waren etwa 20 Journalisten erschienen. Haddaway, zur Zeit Vorsitzender des Clubs, stellte mich mit einigen gutgemeinten, wenn auch etwas peinlich berührenden Sätzen vor („Salinger der FDP“). Nach dem Lunch die Fragen der Journalisten: Europäische Einigung, *Spiegel*-Affäre, Kritik der Europäer an der amerikanischen Außenpolitik, Einschätzung der sowjetischen Politik usw. Ich bin auf das Presseecho gespannt, Zeitungsausschnitte will H. mir nachsenden.

Sonntag, den 21. April 1963, San Francisco

Nach einem touristischen Programm im Grand Canyon, in Las Vegas u. San Diego begrüßte uns San Francisco mit Regenschauern und 10 Grad Celsius, als wir gestern nachmittag die von Los Angeles kommende Maschine verließen.

Von Haddaway erhielt ich den versprochenen Bericht über meine Pressekonferenz in Dallas. Unter der Schlagzeile „Bonner Redakteur tadelt USA wegen der Röhrenaffäre“ werden meine sehr behutsam vorgetragenen Bedenken im Stile der *Bild*-Zeitung aufgemotzt wiedergegeben⁷. Unter einem Foto von mir werden dem deutschen Gast sogar folgende Worte in den Mund gelegt: „Wolfgang Schollwer ... Röhrenaffäre typisch für die auswärtigen Beziehungen zwischen den USA und Bonn“. Meine erste Erfahrung mit der amerikanischen Presse ist also negativ. Nur gut, daß Frank notfalls die tendenziöse Berichterstattung dieser Zeitung bezeugen kann.

Montag, den 22. April 1963, San Francisco

Fernsehen und Presse standen heute im Mittelpunkt meines Besuchsprogramms. Nachdem wir in Chinatown chinesisch gegessen hatten, traf ich mich zu einem Gespräch mit dem Direktor of public affairs der Kron TV, Mullahey. Thema: Probleme des Fernsehens im amerikanischen Wahlkampf. Obwohl es sich in den USA um kommerzielle Anstalten handelt, stellt man den Kandidaten doch kostenlos Sendezeiten zur Verfügung. M. erkundigte sich, ob nach Abtritt Adenauers auch in Deutschland mit Fern-

Fortsetzung Fußnote von Seite 130

sche guten deutschen Sekts, daß Adenauer im Herbst *nicht* von seinem Posten zurücktritt“.

⁷ „Bonn Editor Blames U.S. in Pipe Mixup“ in: *The Dallas Morning News* vom 16. 4. 1963.

sehdiskussionen der Parteiführer zu rechnen sei. Ich wies daraufhin, daß die Vorsitzenden von SPD und FDP bereits wiederholt dem Fernsehen zur Verfügung gestanden haben. – Dann zum *San Francisco Chronicle*. Dort empfing mich der Leitartikler der Zeitung, ein Mr. Heymann. Es dauerte einige Zeit, bis der kleine, rundköpfige Herr mit dem grauen Haar und dem klugen Gesicht auftaute. Dann berichtete er jedoch auf meine Fragen folgendes: Die Bevölkerung der Westküste sei an den Fragen der EWG interessiert, weil sie davon unmittelbar betroffen werde. Dennoch seien die Blicke der Menschen hier mehr nach Asien gerichtet. Eine Minderheit, zu der auch er gehöre, verträte die Ansicht, Rotchina solle in die UNO aufgenommen und der Handel der USA mit Peking intensiviert werden. Dabei wäre der gegenwärtige Status von Formosa beizubehalten, da man sehr eng mit Taipeh verbunden sei. Eine Einmischung in den sowjetisch-chinesischen Konflikt halte er indessen nicht für opportun. Über diese Fragen erschienen übrigens im *Chronicle* wöchentlich ein oder mehrere Kommentare. – Eine Tendenz zum Isolationismus gäbe es hier an der Westküste nicht, habe es eigentlich nie gegeben. – Das Interesse an der deutschen Frage sei groß. Auch über Berlin habe seine Zeitung vor einigen Monaten mehrere Artikel veröffentlicht. Heymann fragte mich, ob die Deutschen noch an die Wiedervereinigung glaubten bzw. den Amerikanern noch böse seien, weil sie am 13. August die Mauer nicht mit Gewalt verhindert hätten. Meine Antwort: die informierten Deutschen wüßten, daß Bundesregierung und Berliner Senat seinerzeit nicht bereit gewesen waren, das Risiko eines militärischen Konflikts auf sich zu nehmen. Die nicht Unterrichteten sprächen allerdings noch häufig von den amerikanischen Versäumnissen. Die Ansichten über die Wiedervereinigung seien in der Bundesrepublik geteilt: die einen hielten sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erreichbar, die anderen glaubten dagegen noch immer an die Möglichkeit erfolgreicher Viermächtekonferenzen über Deutschland. Ich ließ keinen Zweifel, daß ich nicht zu der zweiten Gruppe gehöre.

Mittwoch, den 24. April 1963, San Francisco

Nach dem gewohnt herzhaften amerikanischen Frühstück fuhren Frank und ich heute morgen über die Bay Bridge (die längste stählerne Brücke der Welt) nach Berkeley zur berühmten Universität von Kalifornien. Sie ist mit etwa 25 000 Studenten neben Harvard, Yale und Princeton eine der größten in den Staaten.

Nach einem Rundgang durch den Campus trafen wir uns mit dem Leiter der journalistischen Fakultät, Prof. Herbert Jacobs. Der Einundsechzigjährige war noch vor zwei Jahren selbst als Stadt- und Nachrichtenredakteur an einer Zeitung in Wisconsin tätig. Jetzt vermittelt er den 40 Studenten und 25 Graduierten seiner Fakultät das Rüstzeug für einen guten Journalisten: neben theoretischen Fragen des Berufsstandes vor allem

politische Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft. Nicht zuletzt, so meinte der Professor, würden den Studenten aber auch die moralischen Prinzipien ihres zukünftigen Berufes beigebracht.

Donnerstag, den 25. April 1963, San Francisco

Ein angenehmer Tag mit erfreulichen politischen Eindrücken. Die habe ich Stanford zu verdanken, der schönen, vornehmen Privat-Universität südöstlich der Stadt. Gegen 10.45 trafen wir in Franks Wagen auf dem weitläufigen, parkähnlichen Campus ein. Dort empfing uns eine Studentin. Sie führte uns zum Hoover-Turm, einem 285 Fuß (etwa 87 Meter) hohen Gebäude, in dem die gleichnamige Bibliothek untergebracht ist. Sie enthält eine vollständige Sammlung der Literatur und Dokumente über die beiden Weltkriege.

Unten am Fuße des Turms wartete unsere Betreuerin, Mrs. Elke W., die Tochter eines jüdischen Baumeisters aus Berlin-Tiergarten. Sie führt seit drei Jahren die Gäste durch den Campus. Im offenen Wagen vorbei an vielen alten, mit Efeu umrankten Gebäuden, die das große Erdbeben von 1906 überstanden. Um 12 Uhr Lunch mit Gordon Craig, Professor für Geschichte, und seinem sympathischen Assistenten. Es wird ein sehr harmonisches Gespräch über deutsche und internationale Politik. C., zugleich auch Honorarprofessor an der Freien Universität in Berlin, spricht ausgezeichnet deutsch und vertritt politische Auffassungen, die dem liberalen Geist von Stanford entsprechen. Wir stimmten in nahezu allen unseren politischen Ansichten überein.

C. berichtete u.a. über die gespannten Beziehungen zwischen der Universität und dem auf dem gleichen Gelände gelegenen, der Hochschule organisatorisch verbundenen konservativen Hoover Institut. Craig meinte ironisch, Hoover sitze in New York und schleudere wie Jupiter seine Blitze gegen die Universität. Es scheint aber, daß die liberalen Stanfordianer dem alten Herrn gelegentlich auch nichts schuldig bleiben.

Bei strömendem Regen zur Cocktailparty bei Dr. Irene Blumenthal (Department of Political Science). Mrs. B. ist zugleich Assistant Director der Übersee-Campusse von Stanford⁸, deren einer auch in der Bundesrepublik, in Baden-Württemberg, liegt. Zu den Gästen gehörten u.a. der aus Österreich stammende Professor für politische Wissenschaften, Kurt Steiner, und der einstmals in Prag lehrende Prof. Jan Triska vom gleichen Department. Schließlich auch eine 21jährige, graduierte Studentin, die vor kurzem eine Arbeit über die Nach-Adenauer-Epoche schrieb. Beim Whisky gab es ein angeregtes Palaver über Politik: Erhard (Mrs. B: „der Gummilöwe“), SPD, Koalition, Europa und die japanische Außenpolitik.

⁸ „Stanford Overseas Campuses“ gab es im Jahre 1963 in Italien, Frankreich, Japan, auf Taiwan und in der Bundesrepublik. Dort lag der Campus seit 1958 auf dem Gelände des Landgutes Burg, 12 Meilen östlich von Stuttgart. Das Gut gehörte Karl Georg Pfleiderer.

(Hier vertrat Steiner die Ansicht, Japans Politik konsolidiere sich und sei auf dem Wege einer Stabilisierung à la Bonn). Wir waren so sehr in unsere Gespräche vertieft, daß wir fast den nächsten Termin verpaßten: ein Dinner mit etwa zehn Studenten, die zwei Jahre lang in Deutschland studiert haben. Wir diskutierten von 6–8 Uhr in einem Wohnhaus der Mädchen („Florence Moore“) bei Hühnchen und Milch – für Studenten herrscht auf dem Campus absolutes Alkoholverbot! – über die Deutschlandfrage und die westliche Außenpolitik. Es ging außerordentlich lebhaft zu, die Studenten hatten viele Fragen an den Gast aus Deutschland. Die Atmosphäre war locker, freundlich und liberal. Ich fühlte mich wie zuhause.

Sonntag, den 28. April 1963, Denver

Für den Abend hatte man mir etwas Besonders zugedacht: eine Einladung zu jüdischen Emigranten aus Wien. Die Eltern beider Ehegatten waren von den Nazis umgebracht worden, auch der Bruder der Gastgeberin starb im KZ. Eine etwas heikle Begegnung. Es ging dann aber doch besser, als ich befürchtete. Die überwiegend politischen Gespräche waren zwar oft ein wenig mühsam. Vor allem Mrs. F., eine Frau Ende der Vierzig, stellte immer wieder mißtrauische Fragen nach den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik: wieviele „Nationale“ es heute noch in Deutschland gäbe und ob die Deutschen noch immer Nazis seien? Meine Antworten schienen sie nicht sehr zu beruhigen. Sie hat den Schock von 1938 nicht überwunden und sträubt sich gegen die Absicht ihres Mannes, der alten Heimat einen Besuch abzustatten. Mr. F. war 1946 auf einem angeblich einflußreichen Posten bei der Militärregierung in Landsberg. Er erzählt begeistert von seiner damaligen Tätigkeit, dem hohen Lebensstandard und von der Macht, die er im besetzten Deutschland ausgeübt habe. Es sei ihm, in die USA zurückgekehrt, schwergefallen, vom „hohen Roß“ wieder herunterzusteigen.

Dienstag, den 30. April 1963, Denver

Gegen 11 Uhr holte uns die Gattin des hiesigen Park-Direktors zur Fahrt nach Boulder ab. Etwa eine Stunde später erreichten wir die Colorado-Universität, 2000 m hoch am Fuß der Rocky Mountains gelegen. Rote Backsteingebäude fügen sich harmonisch in die reizvolle Gebirgslandschaft, der weitläufige Campus hat schöne Grünanlagen. Hier wäre man gerne Student. Der Direktor und sein Vize ließen sich entschuldigen; sie wollten – wie uns Prof. Harold A. mit etwas süffisantem Lächeln mitteilte, „keinen Menschen sehen“⁹. So führte er uns denn sogleich in den Univer-

⁹ In einem Brief des Verf. an seine Frau vom 1.5.1963 hieß es in diesem Zusammenhang: „Zudem wurde die Colorado-Uni in letzter Zeit durch eine Rektorskrise erschüttert, die zum Abgang des Präsidenten der Hochschule führte und zu einer weitgehenden Unsicherheit unter der Professorenschaft“.

sitäts-Club, wo uns der Dekan der School of Education, Dean Steven Romine, verabredungsgemäß zum Lunch erwartete. Das Gespräch drehte sich um den Kulturföderalismus im Staate Colorado, die mangelhafte Koordinierung bei der Hochschulausbildung und vor allem um den geplanten Besuch Romines in Ostberlin. Dort will er das sowjetzonale Erziehungssystem studieren und mit Ostberliner Lehrern diskutieren. – Am frühen Nachmittag eine längere Unterredung mit dem Professor für politische Wissenschaften und Spezialisten für internationales Recht, George Coddington. C. berichtete mir eingangs über einen fünfzehnseitigen Brief der Bundesregierung, in dem sich Bonn darüber beschwerte, daß der Professor in einer Arbeit über internationale Zusammenarbeit in der Telegraphie die Auffassung vertreten habe, ein 1943 zwischen Deutschland und Italien abgeschlossenes Abkommen brauche bei der Behandlung des Themas nicht berücksichtigt zu werden. Dann wandte sich das Gespräch EWG-Problemen und der atlantischen Gemeinschaft zu. Dabei hob Coddington wiederholt die Bedeutung der amerikanisch-britischen Beziehungen hervor, die die amerikanischen Interessen in Europa garantieren sollten (wenn das de Gaulle gehört hätte!). Schließlich kamen wir auf die deutsche Frage zu sprechen. C. meinte, die Amerikaner müßten den Deutschen dankbar sein, weil sie bisher so kühlen Blutes die Teilung hingenommen hätten. Er fragte mich, wie ich das Interesse der Welt an der deutschen Wiedervereinigung beurteile. Ich meinte, daß sowohl die USA wie auch die UdSSR das deutsche Problem gegenwärtig für unlösbar hielten und auf eine günstige Entwicklung der internationalen Politik hofften. Niemand in der Welt mache sich darüber hinaus zum Sprecher der nationalen Interessen der Deutschen.

Donnerstag, den 2. Mai 1963, Chicago

Mittagessen mit zwei Herren des Public Relations Institute von Julius Klein im Morrison-Hotel, dem höchsten Restaurant Chicagos.

Nach dem Lunch empfängt uns Mrs. Jacobsen, einst Sekretärin von Lotte Lenya (der Seeräuber-Jenny in Brechts „Drei-Groschen-Oper“). Heute ist sie Geschäftsführerin der Julius Klein Public Relations GmbH. Ich hatte den Besuch des Instituts auf meinen Wunschzettel gesetzt, weil uns Liberale Umfang und Zielsetzung der Tätigkeit dieser Bonner Lobby in den USA schon lange interessiert und oft auch irritiert¹⁰. Mrs. Jacobsen gab sich freimütig, doch fand ich in ihren Ausführungen nur wenig Aufschluß über ihre tatsächliche Arbeit. Aus unserem Gespräch ergaben sich folgende Einzelheiten: In letzter Zeit ist es aus drei Gründen zwischen den USA und der Bundesrepublik zu einer Verschlechterung der Stimmung ge-

¹⁰ Im Frühjahr 1963 kam es im Außenpolitischen Ausschuß des Senats zu einer Untersuchung dieses PR-Instituts. Dabei ging es vor allem darum, ob der frühere Generalmajor der US-Army, Julius Klein, von der Bundesregierung für seine Werbetätigkeit Honorare erhalten hatte, was der General bestritt.

kommen. Erstens wegen des deutsch-französischen Vertrags, zweitens infolge der Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten und drittens, weil nach Ansicht von Amerikanern in der Bundesrepublik nicht genug für die demokratische Erziehung der Jugend getan werde. Allerdings habe das gegenwärtige Stimmungstief nicht das Ausmaß früherer Mißstimmungen erreicht.

Freitag, den 3. Mai 1963, Chicago

Nach dem Frühstück mit der Stadtbahn zur University of Chicago in der 57. Straße.

Ein altes, graues Gebäude im Tudorstil auf dem Gelände der Universität. Dort trafen wir den Direktor der Schule für auswärtige Beziehungen, Dr. Kaplan, zu einem anderthalbstündigen Gespräch. K. ist gegenwärtig damit beschäftigt, gemeinsame Faktoren verschiedener geschichtlicher Epochen zu untersuchen, um so Außenpolitik methodischer und wissenschaftlich fundierter betreiben zu können. Er läßt seine Studenten Daten über die Politik des klassischen Griechenland, Roms, der Medici oder Bismarcks in einen großen IBM-Computer füttern. Davon erhofft er sich neue Erkenntnisse im Bereich der internationalen Beziehungen. Eine seltsame, wohl typisch amerikanische Idee. Realistischer schienen mir Kaplans Bemerkungen zu aktuellen Problemen westlicher Politik, insbesondere im atomaren Bereich. K. tadelte lebhaft das Verfahren amerikanischer Militärs, durch immer neue Vorschläge zur atomaren Verantwortlichkeit im westlichen Bündnis ständige Schwierigkeiten hervorzurufen. K. sprach sich gegen eine Verlagerung der Verantwortung für den atomaren Einsatz auf „mehrere Schultern“ aus. In zwei Fällen meinte er jedoch, den Europäern den selbständigen Einsatz von A-Waffen gestatten zu müssen: bei einer atomaren Aggression Moskaus auf Westeuropa, aber auch bei einem konventionellen Angriff der Sowjets auf die europäischen Verbündeten der USA. Doch schränkte er diese Konzession sogleich mit der Bemerkung ein, daß, wenn die NATO von einem amerikanischen Offizier befehligt werde, Washington einen solchen Einsatz natürlich unterbinden könne.

Nach einer kurzen Diskussion über die Arbeitsteilung des Westens bei der Entwicklungshilfe schauten Frank und ich noch in das nahegelegene Museum für Wissenschaft und Industrie.

Am frühen Nachmittag zur *Abendpost* auf dem West-Washington-Boulevard¹¹. Der Chefredakteur dieser deutschsprachigen Zeitung, Andreas Kondich, begrüßte mich mit stark slawischem Akzent und schmeichelte mir mit der Feststellung, er habe schon oft meine fdk-Kommentare als Leitartikel in der *Abendpost* abgedruckt. Verlagsdirektor Noe, erst 1952

¹¹ Die am 9.9.1889 gegründete *Abendpost* erschien täglich außer samstags, am Sonntag unter dem Titel *Sonntagspost*.

aus der Bundesrepublik eingewandert, berichtete über die Situation der deutschen Zeitungen in den USA – sie ist jammervoll: vor dem 1. Weltkrieg 115 deutsche Tageszeitungen, heute nur noch drei. Die 1889 gegründete *Abendpost* balanciert stets am Rande des Existenzminimums. Den Grund sieht Noe in der schnellen Assimilation der deutschen Einwanderer. Oft verlernen sie schon in der ersten Generation ihre Muttersprache und sprechen nur noch englisch. Das immer mehr zurückgehende Interesse an deutschen Blättern ist auch an dem kargen Mobiliar abzulesen, mit dem die Redaktionsräume hier ausgestattet sind.

Noe fragte mich auch nach der Situation in Bonn. Ich gab eine ziemlich skeptische Einschätzung der kommenden Erhard-Regierung und der Entwicklung in der CDU/CSU, die N. offenbar als zu „schwarzgemalt“ empfand.

Am Abend zum Studio der Paramount Broadcasting Co. Dort lernte ich Richard Sperber kennen, mit dem Ungeheuer seinerzeit Kontakt hielt. Sperber, einige Jahre Chefredakteur der *Abendpost*, gründete 1957 den „Amerikanischen Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands“ und entwickelte in der Folgezeit mehrere Pläne zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands¹². Manches von dem, was Sperber zu Papier brachte, stimmt mit meinen eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen überein. Anderes dagegen nicht, wie die von ihm geforderte militärische Neutralisierung Deutschlands. Neben dieser gewiß nicht sehr lukrativen Tätigkeit leitet Sperber die deutsche Stunde im hiesigen Sender, für die er mich – live – dreißig Minuten lang interviewte (u. a. Fragen zur Adenauer-Nachfolge, Deutschlandpolitik, Wege zur Wiedervereinigung). Bei einem späten Abendessen fragte mich Sperber, warum sich die FDP noch immer gegen eine Koalition mit der SPD sträube. Brandt als Bundeskanzler und Mende als Außenminister – das sei doch ein gutes Gespann! Zudem seien beide hier in den USA gut angekommen. Das werde ich meinem Vorsitzenden gelegentlich unter die Nase reiben ...

Samstag, den 4. Mai 1963, Chicago

Am späten Nachmittag mit dem Bluebird-Bus nach Maywood. Dort erwartete mich an einem Drugstore Mr. K., Direktor der Highschool dieses Stadtbezirks. Er hatte mich zu einem Abendessen in seinem Haus eingeladen. Nach einem Rundgang durch die Schule meines Gastgebers machten wir uns auf den Weg zu seinem Haus. Unterwegs deutete der Direktor auf Reihen einfacher, aber hübscher kleiner Häuser, in denen ausschließlich Neger wohnen. K. meinte, die alteingesessenen Schwarzen hielten ihre

¹² Sperber sprach sich u. a. für eine de-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte „im Austausch gegen eine Garantie der Sowjetunion, den Status quo in Westberlin zu respektieren“ aus, hielt eine Anerkennung der Oder/Neiße-Linie durch den Westen für unvermeidlich und setzte sich – im Sinne Rapackis – für ein militärisches Disengagement in Europa ein.

Häuser in Ordnung, während die aus dem Süden Zugewanderten ihre eigenen Gesetze und Lebensart hätten. Zwischen beiden Gruppen bestünden ständige Spannungen.

Das Haus des Schuldirektors ist ein kleines, aber ansehnliches Gebäude aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Frau K. arbeitet als Bibliothekarin. Zum Dinner und der anschließenden Dia-Vorführung über eine Reise der K.s zu ihrer in Japan verheirateten Tochter war ein befreundetes Ehepaar geladen. Außer dem Hausherrn verstand und sprach niemand Deutsch, so wurde die Unterhaltung etwas mühsam. Offenbar waren beide Ehepaare Republikaner, denn ihre Kritik an Kennedy war scharf. Meine Gastgeberin monierte vor allem die Geflogenheit des Präsidenten, seine Verwandtschaft in führenden Staatsstellungen unterzubringen. Nachdenklich stimmten mich die mangelnden Kenntnisse des Direktors, soweit es die Bundesrepublik betraf: K. wußte weder, welcher Partei Adenauer, noch welcher Willy Brandt angehört. Er hatte noch nie etwas von Heuss oder Mende gehört, die FDP war ihm natürlich völlig unbekannt.

Sonntag, den 5. Mai 1963, Chicago

Bei einem sonntäglichen Autoausflug in das liebliche Wisconsin erfuhr ich von einem Mitarbeiter Julius Kleins (in dessen Wagen wir reisten) zusätzliche Details über das Public Relations Institut. Danach soll Klein nicht direkt für die Bundesregierung arbeiten. Das sei die Aufgabe des New Yorker Instituts Bernard. Aber ein Komitee, dem die Bundesregierung beigetreten sei, gebe Aufträge an die Chicagoer Firma. Diese bestünden vorwiegend in einer ständigen Auswertung amerikanischer Zeitungen sowie in der Information der Auftraggeber über die Stimmungslage in den USA. Klein, der Jude sei und im 2. Weltkrieg eine Einheit im Pazifik befehligt habe, werde wegen seiner Tätigkeit für Bonn von amerikanischen Glaubensbrüdern angefeindet ... K. sei ein exzentrischer, arbeitswütiger Mann, der täglich 12 Stunden an seinem Schreibtisch sitze, 5 Sekretärinnen beschäftige und sogar die Feiertage nutze, um sich und seine Angestellten mit Public Relations zu beschäftigen. Das Vermögen des Generals sei beträchtlich, noch größer jedoch das Interesse der Verwandtschaft daran, da Klein mit seiner Frau, einer ehemaligen Schauspielerin, keine Kinder habe.

Dienstag, den 7. Mai 1963, Washington

Meine Reise nähert sich ihrem Ende. In zwei Stunden geht unser Flugzeug nach New York, der letzten Etappe meines sechswöchigen Aufenthaltes.

Gestern am frühen Nachmittag machten wir noch einmal in Washington Zwischenstation. Das Governmental Affairs Institute hatte für unseren 28-Stunden-Aufenthalt noch ein kleines, aber interessantes Programm

vorbereitet. Als Auftakt gab's heute morgen eine „Spezialführung“ durch das Weiße Haus.

Um 10.30 Uhr traf ich mit dem Washingtoner *DPA*-Chef Noelter in seinem Büro zu einem anderthalbstündigen Gespräch zusammen. Das *DPA*-Büro besteht aus drei Personen. Es hat alle zwei Stunden telefonischen Kontakt mit Hamburg und wird darüber hinaus bei wichtigen Ereignissen in Deutschland von der Zentrale sofort telefonisch informiert, damit die ausländischen Agenturen mit ihren weitaus größeren Apparaten nicht die Vorhand haben. Noelter: der Konkurrenzkampf vor allem mit *AP* und *UPI* ist hart. Diese weigern sich sogar, ihren Basisdienst an *DPA* per Fernschreiber zu übermitteln.

Ich fragte Noelter nach dem bisherigen Verlauf der neuen sowjetisch-amerikanischen Berlin-Runde. Er meinte, nach seinen Informationen träfe das Gerücht nicht zu, die Sowjets hätten sich zur Annahme der westlichen Berlin-Vorschläge bereiterklärt, falls der Westen auf eine multilaterale Atommacht verzichte. Vielmehr sei man bei den Gesprächen noch immer keinen Schritt weitergekommen. Harriman habe in der vergangenen Woche in Moskau bei Gesprächen mit Chruschtschow den Eindruck gewonnen, daß Moskau am Berlin-Problem weder positiv noch negativ interessiert sei. H. habe dieses Desinteresse mit dem Dilemma begründet, das sich für die sowjetische Führung aus Liberalisierungstendenzen der russischen Kulturpolitik ergäbe¹³. Chruschtschow stehe vor der Alternative, den hier erkennbaren Aufweichungstendenzen entweder mit stalinitischen Mitteln zu begegnen oder andere Wege zu suchen, um die Gefahren abzuwenden. Darüber hinaus sei der Kreml zur Zeit so sehr mit dem chinesisch-sowjetischen Konflikt beschäftigt, daß man in Moskau am liebsten alles in der Schwebe lassen möchte¹⁴.

Auf meine Frage nach den westlichen Berlin-Planungen und der Tätigkeit des Botschafter-Lenkungsausschusses¹⁵ erwiderte Noelter, bisher habe sich dieses Gremium außerstande gesehen, die tatsächliche Entwicklung

¹³ Im Dezember 1961 hatte in Moskau eine Ausstellung stattgefunden, auf der erstmals auch abstrakte Bilder und Plastiken sowjetischer Künstler ausgestellt werden sollten. Auf eine Intervention Chruschtschows wurden diese Werke jedoch vor Eröffnung der Ausstellung zurückgezogen.

¹⁴ Der sowjetisch-chinesische Konflikt war im Frühjahr 1960 offen ausgebrochen, nachdem intern bereits seit 1955/56 zwischen Moskau und Peking gestritten worden war. Der öffentliche Streit wurde zunächst zwischen den Parteizeitungen der beiden KPs ausgetragen; dabei ging es anfangs vor allem um das rechte Verständnis einer Koexistenzpolitik. Am 4. I. 1963 erreichte der Konflikt einen neuen Höhepunkt, als die *Rote Fahne* in Peking den „modernen Revisionismus“ in der Sowjetunion und Jugoslawien attackierte, und die *Prawda* drei Tage darauf der Volksrepublik China „Abenteuertum und „Spaltertätigkeit“ vorwarf.

¹⁵ Der Botschafterlenkungsausschuß war im Jahre 1961 noch vor dem Bau der Mauer zur Beratung von Berlin-Lösungen konstituiert worden. Ihm gehörten die Washingtoner Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik sowie der Leiter der Europa-Abteilung des State Departments an.

der Berlin-Politik vorauszuberechnen. Die Experten saßen zwar auch heute noch zusammen, aber man werde wohl von ihnen nicht viel erwarten können. Der Widerstand der Bundesregierung gegen die amerikanische Berlin-Politik und die Bemühung der Amerikaner, den Status quo aufzulockern, habe das deutsch-amerikanische Bündnis seinerzeit schwer belastet. Die Deutschen hätten aber ausgesprochenes Glück gehabt, weil sie sich nun durch die Intransigenz der Russen bestätigt fühlen können und die Amerikaner in ihren Hoffnungen auf ein Abkommen mit Moskau enttäuscht wurden. Dennoch dürfe man die Möglichkeit einer späteren ernsthaften Verhandlungsbereitschaft Moskaus nicht völlig außer Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang sprach sich N. lobend über Rusk aus, der außerordentlich klug und abwägend arbeite und seine Rolle im Gegensatz zu Dulles lediglich als Berater des Präsidenten auffasse; er beschränke sich auf Alternativvorschläge, unter denen der Präsident wählen könne.

Mittwoch, den 8. Mai 1963, New York

Die Stadt, vor der mich vor allem Frank während der Reise immer wieder warnte, hat mir auf den ersten Blick gefallen. Gestern abend, beim Anflug auf den Laguardia-Flughafen, ging gerade die Sonne hinter den zart-grauen Silhouetten der Wolkenkratzer Manhattans unter.

Jetzt ist es kurz vor acht Uhr abends. Ich bin soeben von einem Essen mit dem amtierenden Chefredakteur der *New Yorker Staats-Zeitung* zurückgekehrt. Als ich vom Club kommend in die Fifth Avenue einbog, schallten mir italienische Opernarien entgegen. Vor dem Gebäude der New Yorker Staatsbibliothek war, von Scheinwerfern angestrahlt, eine Bühne aufgebaut. Zwei Herren und eine Dame sangen, vom Pianisten begleitet, Duette und Terzette aus einer Rossini-Oper. Davor auf der Avenue, Stuhlreihen für mehrere Tausend Konzertbesucher. Eine unglaublich lebendige Stadt, dieses New York!

Beim Essen im Overseas-Club mit Hirsland – er stammt aus Berlin und lebt seit neun Jahren hier – wurde ich mit den Ansichten eines konservativen Deutsch-Amerikaners über die Kennedy-Politik konfrontiert. H. übte scharfe Kritik an der amerikanischen Regierung wegen ihrer Haltung in der Kuba-Frage und behauptete, Washington unterschätze die Gefährlichkeit des Kommunismus. Als ich meine Theorien über die Möglichkeit einer allmählichen Liberalisierung des Ostblocks entwickelte, fiel mir Hirsland wiederholt mit entsetzten Ausrufen wie: „Aber das ist ja die Ansicht der Regierung!“ oder „Das ist ja die Auffassung Rostows!“¹⁶ ins Wort. Er hält von solchen Theorien überhaupt nichts. Seine persönlichen

¹⁶ Walt Rostow war zu dieser Zeit Leiter des Planungsstabes im US-Außenministerium. Er gehörte keineswegs zu den „Appeasement-Politikern“, wie sein Vortrag vor der Freien Universität in Westberlin am 18.10.1962 beweist. Dort hatte der amerikanische Diplomat die Sowjetunion nachdrücklich vor einer Fehleinschätzung der westlichen Standfestigkeit in Berlin gewarnt.

Erfahrungen als Kriegsgefangener in der UdSSR in Moskau bei der Antifa-Schulung bis zum Jahre 1949 sprechen nach seiner Ansicht völlig gegen unsere Erwartungen.

H. berichtete dann von einem Briefing für Chefredakteure in der vorletzten Woche in Washington. Dort hätten Kennedy, Rusk und andere führende Männer der Regierung darauf hingewiesen, daß eine deutsche Militärmacht eine ernsthafte Bedrohung für die Sowjets darstelle; Moskau habe die deutsche Wiederaufrüstung nur hingenommen, weil und solange deutsche Truppen unter amerikanischem Oberbefehl stünden. – Schließlich kam H. auf den letzten Mende-Besuch in New York zu sprechen. Unser Vorsitzender habe auf die Frage, wie eigentlich die Dehlerschen Ostvorstellungen zu bewerten seien, geantwortet, Dehlers Vizepräsidentschaft im Bundestag sei so gut wie erledigt und ein Nachfolger für ihn bereits vorgesehen.

Ich fragte Hirsland nach der finanziellen Lage seines Blattes. Auch hier ist mehr Schatten als Licht. In New York gab es vor dem Ersten Weltkrieg noch vierzig deutsche Tageszeitungen, darunter zwei sozialdemokratische und eine deutschnationale. Nun sei praktisch nur noch die *Staatszeitung* übriggeblieben, die etwa 100 Angestellte beschäftige. Sie verfüge zwar über eine eigene Druckerei, in der noch eine deutsche Zeitung für Florida sowie eine andere Wochenzeitung hergestellt werde. Doch sei das Problem, daß nach dem Willen der Gewerkschaften nichts anderes als Zeitungen in der Druckerei hergestellt werden dürfe.

Freitag, den 10. Mai 1963, New York

Gestern abend eine etwas enttäuschende Begegnung mit dem Goethe-Haus in der Fünften Straße¹⁷. Wir waren zu einem Vortrag von Klaus Harpprecht geladen: H. sprach sehr geschickt, witzig, aber auch ziemlich obenhin über das Thema: „Presse und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik“. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, die deutsche Presse moralisiere zuviel, das deutsche Fernsehen gleiche zu sehr einer Volkshochschule, unsere Zeitungen nähmen ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung in ausreichendem Maße wahr, und die deutschen Intellektuellen distanzieren sich zu weit von der Macht.

¹⁷ Das Goethe-Haus, ein amerikanisch-deutsches Kulturzentrum, wurde 1955 als „non-profit educational corporation“ gegründet. Die Institution wurde von einem amerikanisch-deutschen Ausschuß geleitet. Präsident war James B. Conant, Vorsitzender John McCloy. Von deutscher Seite gehörten dem Ausschuß u. a. Botschafter Knapstein und Generalkonsul Federer an. Seit 1961 besaß die Goethe-House-Corporation ein von der Bundesrepublik Deutschland gekauftes schmales, sechsstöckiges Haus. Es hatte einst dem letzten amerikanischen Botschafter in Berlin vor 1917 als Residenz gedient und stand nun für Vorträge, Konzerte, Ausstellungen und deutsche Sprachkurse zur Verfügung.

Bei den etwa hundert, zumeist älteren Gästen – unter ihnen offenbar viele New Yorker Juden – kam der Vortrag gut an. Der Programmdirektor des Hauses, Holthusen, zeigte sich sogar von Harpprechts Ausführungen so hingerissen, daß er den Redner mit dem schwäbischen Dichter Wieland verglich.

Samstag, den 11. Mai 1963, New York

Auch in New York sucht man vergeblich nach aktuellen deutschen Zeitungen. Selbst in der Zeitschriftenhandlung im Keller des *Times*-Hauses gab es nur Antiquarisches: die *Welt* vom 4. Mai, die *FAZ* vom 3., die anderen deutschen Zeitungen – soweit überhaupt vorhanden – von Ende April. Einige waren sogar vier Wochen alt. Dagegen trugen die englischen und französischen Blätter das Datum des 9., 10. oder 11. Mai. Der Zeitungshändler erklärte diesen merkwürdigen Unterschied damit, daß die Engländer und Franzosen die Direktabholung ihrer Zeitungen vom Flugplatz gestatteten, während die Lufthansa ihre Zeitungsladung zuvor zur Post bringen lasse, bevor sie ausgeliefert werden dürfe.

Gegen Abend fahre ich mit einem Taxi zur 90. Straße auf der West Side. In einem alten Haus nahe dem Central Park wohnt Sheila Tobias. Im Parterre zwei sehr bescheiden eingerichtete Zimmer, eine Küche und ein winziges Gärtchen auf dem Hinterhof, der Stolz meiner Gastgeberin. Beim Abendessen berichtete Mrs. Tobias über ihre Pläne: sie macht gerade ihren Bakkalaureus und will nach dem Doktorexamen eine Professur als Historikerin ansteuern. Für die Doktorarbeit hat sie ein Thema ausgesucht, das sich mit den verschiedenen Strömungen unter deutschen Kommunisten unmittelbar nach der russischen Besetzung Mitteleuropas beschäftigt. Sie habe Mitleid mit diesen Menschen, die – ob Stalinisten oder Nationalkommunisten – vom Westen stets in einen Topf geworfen und verdammt würden. Sie beabsichtige darum eine differenzierte Darstellung der Pläne und Überlegungen der verschiedenen Gruppen unter den deutschen Kommunisten. Ich bestärkte Sheila in ihrem Vorhaben.

Montag, den 13. Mai 1963, New York

Mittagessen mit Diebold, Davison und Campbell vom Council¹⁸ im Rob Roy Restaurant (Madison Avenue). Die Herren fragten mich eindreiviertel Stunden über Tendenzen deutscher Innen- und Außenpolitik aus.

¹⁸ Das im Jahr 1921 gegründete Council on Foreign Relations zur Popularisierung außenpolitischer Probleme im isolationistisch gestimmten Nachkriegsamerika war ein Club der Topmanager amerikanischer Weltkonzerne, führender Wirtschaftsjuristen sowie der intellektuellen Elite des US-Establishments. Dem Rat unterstanden mehrere Studiengruppen. Vorsitzender (Chairman) des Council war im Jahr 1963 John McCloy, einer der Vizepräsidenten David Rockefeller. Campbell, Davison und Diebold gehörten als „Senior Research Fellows“ dem Studies Staff des Council an.

Meine amerikanischen Gesprächspartner scheinen Erhard nicht sehr hoch einzuschätzen. Hinsichtlich des Fortgangs der Europa-Politik äußerten sie sich skeptisch: man werde abwarten, was in Bonn und Paris geschehe und auf eigene neue Versuche zur Lösung europäischer Probleme einschließlich der deutschen Frage verzichten. Andererseits stimmten die Herren vom Council mit mir darin überein, daß der Westen – ungeachtet der gegenwärtig aussichtslosen Lage – für die fernere Zukunft Vorschläge zur deutschen Frage vorbereiten müsse. In diesem Zusammenhang wollte ich wissen, wie sie die jüngste Deutschlandrede Achesons beurteilten. Diebold: nicht sehr hoch, weil A. nur Forderungen aufgestellt, nicht jedoch gesagt habe, wie sie zu erfüllen seien. Im weiteren Verlauf wurde ein Interesse meiner Gastgeber an dem Deutschlandplan der SPD sowie an meiner eigenen Denkschrift deutlich, über die ich zuvor andeutungsweise gesprochen hatte. Man erbat die Überlassung eines Exemplars, ich sagte zu.

Amerika steht heute ganz im Banne der Ereignisse von Alabama¹⁹. Dort hat der weiße Mob nach mehrtägigen Ausschreitungen gegen Schwarze jetzt auf die Truppen der Regierung geschossen, die in diesen Südstaat zur Wiederherstellung der Ordnung eingerückt waren. Die Schwarzen haben sich inzwischen gegen den Terror der weißen Polizei zur Wehr gesetzt, Polizeiautos demoliert und Polizisten zusammengeschlagen. In Alabama wächst nun die blutige Ernte des schrecklichen Rassenhasses heran.

Dienstag, den 14. Mai 1963, New York

Mein letzter voller Tag in den USA. Nach dem Lunch zur Columbia-Universität in der 116. Straße. Zuerst ein Gespräch mit dem noch sehr jungen Professor der School of International Affairs, Henry Psomiades. Er beklagte das fast gänzliche Fehlen deutscher Studenten an seiner Schule. Darüber habe er jüngst schon mit Erler gesprochen und auch mit der Freien Universität Kontakt aufgenommen – aber bislang ohne Erfolg. Der Universität stünden genügend Mittel zur Verfügung, um besonders qualifizierten deutschen Bewerbern ein viersemestriges Studium eines der Spezialgebiete zu ermöglichen. Voraussetzung sei allerdings ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

Mein zweiter Gesprächspartner: Dr. Paul C. Davis, einst Oberst der US-Army, jetzt am Institute of War and Peace Studies der Universität tätig. Dort kümmert er sich – wie er sagte – freilich weniger um militärische als um politische, wirtschaftliche und psychologische Aspekte internationaler Beziehungen. Wir hatten ein mehr als zweistündiges Gespräch über die Militärstrategie des Westens und deutsche Probleme. D. stimmte mit mir

¹⁹ Im April/Mai 1963 war es im Staate Alabama zu Rassenunruhen gekommen. Während der Unruhen wurden etwa 2500 Demonstranten verhaftet. Am 2.5. brachen nach Bombenanschlägen auf die Wohnung des schwarzen Pastors Martin Luther King in Birmingham schwere Tumulte aus, die Kennedy veranlaßten, 3500 Mann Bundestruppen nach Alabama zu entsenden.

darin überein, daß die sogenannte multilaterale bzw. multinationale Atommacht mehr von psychologischer als von praktisch-militärischer Bedeutung ist. Nach Ansicht von Davis ist in den USA die Meinung vorherrschend, daß eine weitere Erhöhung der Zahl der Atommächte verhindert werden solle. Andererseits müsse man jedoch alles tun, um den Europäern ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Die USA drücke keinesfalls – wie manchmal behauptet werde – beide Augen zu, nachdem das Frankreich de Gaulles nun einmal auf dem Weg zur Atommacht sei; man wisse nur nicht, wie man den französischen Präsidenten von seinem Vorhaben abbringen könnte. Er – Davis – gestehe zu, daß in den USA häufig die psychologischen Auswirkungen der französischen Politik auf Deutschland unterschätzt würden. Reston habe bereits in einem Artikel darauf hingewiesen, daß (wie auch ich gegenüber D. bemerkte), dadurch das deutsche Prestigebedürfnis und das Verlangen nach Atomwaffen geradezu herausgefordert werden könne. Bei den Deutschen müsse die Meinung aufkommen, de Gaulle als Europäer sei eher als die weit entfernten Amerikaner geeignet, die europäischen Probleme einer Lösung näher zu bringen. D. ging sodann auf die Bedeutung konventioneller Rüstung ein. Er betonte die Notwendigkeit, daß der Westen die Entscheidung, ob ein Krieg konventionell oder atomar geführt werden solle, selbst in der Hand behalte. Das gelegentlich zu hörende Argument, die Bedeutung konventioneller Rüstung in Europa liege vor allem darin, daß man diese Truppen „verheizen“ könne, um Zeit für die eigenen (amerikanischen) Entscheidungen zu gewinnen, sei angesichts der 500 000 amerikanischen Soldaten in Europa unhaltbar.

Unsere Diskussion über die deutschen Probleme leitete D. mit der Frage ein, ob nach meiner Ansicht die Wiedervereinigung „tot“ sei. Ich verneinte und wies daraufhin, daß die deutsche Frage früher oder später – so oder so – gelöst werden müsse, wenn es Frieden in Europa geben solle. D. stimmte dem zu, wies jedoch auf die Genfer Konferenz von 1955 hin und die vergeblichen Versuche von Dulles, die Sowjets zum Einlenken zu bewegen. Damals habe Bulganin zwar Wahlen in Osteuropa versprochen, Moskau habe sich indessen nicht daran gehalten²⁰. Ich wies meinerseits

²⁰ · Hier war D. offensichtlich einem Irrtum erlegen. In der Eröffnungserklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin am 18.7.1955 hatte sich dieser zu der Lage in den sowjetischen Satellitenstaaten wie folgt geäußert: „Hier wurde die Frage der Länder Osteuropas, der Länder der Volksdemokratie angeschnitten. Diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz stellen, heißt, uns zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten drängen. Indessen ist gut bekannt, daß das volksdemokratische Regime in diesen Ländern von den Völkern selbst auf Grund ihrer freien Willensbekundung errichtet worden ist. Außerdem hat uns niemand bevollmächtigt, die Lage in diesen Ländern zu erörtern. Somit besteht kein Grund, diese Frage auf unserer Konferenz zu erörtern“. Hiermit antwortete Bulganin auf eine Bemerkung Eisenhowers in dessen Eröffnungsrede zu dem Recht

auf die zwei Eden-Pläne hin, deren zweiter nach dem Einspruch Bonns gegen den ersten zustande gekommen war. D. pflichtete mir bei, daß die von Bonn erzwungene Ost-Verschiebung der Linie, von der aus nach Ost und West hin regionale Abrüstungsmaßnahmen getroffen werden sollten, das sowjetische Interesse an einer Weiterverfolgung dieses Projektes erstickt worden war. Ich sprach mich gegen ein Festhalten an der alten Methodik des Westens in der Deutschlandpolitik aus, weil ich es nicht für gut hielte, die Sowjets direkt mit dem Schreckensbild eines mit dem Westen verbündeten wiedervereinigten Deutschland zu konfrontieren; es sei m. E. besser, die Rusk'schen Methoden von 1962 anzuwenden. D. äußerte sich dazu im einzelnen nicht, schien aber zuzustimmen.

Mittwoch, den 15. Mai 1963, auf dem Flug nach Deutschland

Es ist jetzt acht Uhr abends, Ostküstenzeit. Seit einer knappen Viertelstunde ist der PanAm-Clipper in der Luft. Wir fliegen entlang der Küste nach Norden. Unter uns im blaugrau-rötlichen Dunst der Atlantik, der Himmel im Westen gelb und rot.

Fünfundvierzig Tage Amerika liegen hinter mir, überwältigende und verwirrende Eindrücke von einem Kontinent, die es nun zu verarbeiten gilt. Diese Reise war ein zunächst nur widerwillig hingenommenes Geschenk – jetzt möchte ich es nicht mehr missen.

Am letzten Tag in New York stand ein Besuch in Harlem auf dem Programm. An der Ecke der 49. Straße und der Sixth Avenue fragten wir einen sehr irisch aussehenden Polizisten nach dem Weg. Der führte uns zu einem Zeitungskiosk in der Nähe und wies auf die heutige Ausgabe der *New York World-Telegram* und die Schlagzeile auf der ersten Seite: „Violence Follows Rally in Harlem“ (etwa: Nach einer Massenversammlung Gewalttätigkeit in Harlem). Diesem Bericht zufolge sind dort derzeit besondere Polizei-Patrouillen eingesetzt, nachdem gestern Abend eine umherziehende Bande von Halbstarken am Rande einer Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Alabama Schaufenster eingeworfen, telefonisch ein Bombenattentat angekündigt und einen Wagen umgeworfen hatte. Der Polizist ergänzte: bei den Ausschreitungen seien auch Menschen niedergeschlagen und ausgeplündert worden. Wenn wir also nach Harlem wollten, sollten wir besser unser Geld im Hotel lassen. Auch sollten wir uns bei Schmährufen der Farbigen nicht umdrehen, sondern ruhig weitergehen, vor allem aber nicht zu auffällig fotografieren. Da der Policeman außerdem mit weiteren Krawallen rechnete, gaben wir unseren Plan auf und beschlossen, statt dessen das Naturkunde-Museum an der 81. Straße zu besuchen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 144

der Völker Osteuropas, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschten.

Jetzt ist es neun Uhr amerikanischer, also drei Uhr früh mitteleuropäischer Zeit. Draußen ist es noch nacht, wir fliegen in einer Höhe von 10 500 Metern. Ich habe soeben mein nächtliches Dinner beendet: Kaviar, Lachs, Hummer, Kalbsbraten usw. („The President Special“ von Maxim's in Paris) und bin nun angenehm müde. Die Stewardess macht die „Betten“, d.h. sie verteilt Decken und Kissen. Ich versuche, es mir mit Hilfe des freien Sitzes neben mir so bequem wie möglich zu machen. In wenigen Stunden bin ich wieder daheim. Good bye, Amerika!

Bundesparteitag. Verabschiedung Adenauers

Freitag, den 17. Mai 1963

Heute mittag gab ich Mende in einem halbstündigen Gespräch einen ersten Kurzbericht über meine Amerika-Reise. Er zeigte sich sehr interessiert und bat mich, nach Pfingsten vor der Fraktion ausführlich zu referieren¹.

In Bonn hat sich während meiner Abwesenheit kaum etwas verändert. Die Politik ist nach wie vor recht kleinkariert, Adenauer und Erhard sind spinnefeind wie eh und je, der Alte holzt im niedersächsischen Wahlkampf, und die Abneigung der Heimatvertriebenen und Christdemokraten gegen die deutschlandpolitische Wirklichkeit nahm wieder einmal groteske Formen an. Zur Zeit stehen Paczensky und Neven-du-Mont wegen eines Breslau-Films unter Dauerbeschuß unserer Konservativen².

Gestern hat der Bundestag „in seltener Einmütigkeit“ (wie Tönnies heute schrieb) den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag ratifiziert. Trotz relativierender Präambel gaben immerhin fünfzehn Abgeordnete dem Ratifizierungsgesetz ihre Zustimmung nicht, unter ihnen Oswald Kohut³. Nun wird sich zeigen, welchen Nutzen dieses Vertragswerk für die deutsch-französischen Beziehungen tatsächlich hat.

Die FDP ist, wie auch Bemerkungen Mendes heute mittag zu entnehmen war, über die Entscheidung der Unionsfraktion für Erhard nicht nur erleichtert, sie schaut nun auch recht optimistisch in die Zukunft⁴. Vor allem in der Außenpolitik erhofft man sich eine größere „Weltoffenheit“ eines Kabinetts Erhard. Auch hat der Erfolg des Vizekanzlers im jüngsten

¹ Schollwer legte seinen Bericht Anfang Juni Fraktions- und Bundesvorstand schriftlich vor.

² Das Deutsche Fernsehen hatte am 7.5.1963 in der Magazin-Sendung „Panorama“ den Film „Polen in Breslau“ von Jürgen Neven-du-Mont ausgestrahlt.

³ Neben Kohut stimmten die SPD-Abgeordneten Heide, Kriedemann, Scheuren und Helene Wessel gegen das Vertragswerk, weitere 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

⁴ Am 23. 4. 1963 war Erhard von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 159 gegen 47 Stimmen zum Kanzlerkandidaten nominiert worden.

Tariftreit sein Ansehen bei den Freien Demokraten offensichtlich verstärkt⁵.

Montag, den 20. Mai 1963

Der Ausgang der niedersächsischen Landtagswahlen ist für uns recht befriedigend⁶. Die FDP hat ihre Position gegenüber 1959 deutlich verbessert; aber auch die CDU hat sich wieder etwas gefangen, und die Sozialdemokraten bauten ihren Stand weiter aus. Alle anderen Parteien scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel. Mende hat sich heute morgen in der Abteilungsleiter-Besprechung für eine SPD/FDP-Koalition in Hannover ausgesprochen. Das war auch die Auffassung unserer Runde.

Montag, den 27. Mai 1963

Die Koalitionsgespräche in Hannover standen heute nachmittag im Mittelpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes. Carlo Graaf berichtete, CDU und SPD hätten alle sachlichen Forderungen der FDP akzeptiert und jeweils den niedersächsischen Liberalen 4 Ministerposten angeboten. Die Meinungen in der Partei gingen jedoch noch weit auseinander. Aber eine Mehrheit mit der CDU sei – so Graaf – zu schwach. Darum dürfte sich die Stimmung im Landesvorstand schließlich einer SPD-Koalition zuwenden.

Mende gab sich verständnisvoll. Die FDP sei keine „SPD-Ausschließungspartei“; diesen Eindruck müßten aber die Sozialdemokraten gewinnen, wenn wir in Niedersachsen mit der CDU gingen. Sofern es die sachlichen und personellen Voraussetzungen gestatteten, solle man in Hannover – im Sinne des Wählerwillens – die Koalition mit der stärksten Partei (SPD) machen. Der Vorstand stimmte dieser Empfehlung Mendes zu, kritisierte jedoch die Formulierung, die FDP müsse „immer“ mit der stärksten Partei koalieren.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Mende mit, daß im Juli eine CDU/FDP-Verhandlungskommission zur Beratung des künftigen Erhard-Kabinetts zusammenkommen werde. Der 9. bzw. 10. Oktober sei der späteste Termin für die Kanzlerwahl. Bei der Erörterung der Vorbereitungen zum kommenden Bundesparteitag gab der Vorsitzende bekannt, daß Heuss sehr krank und deshalb sein Kommen fraglich sei.

⁵ In Baden-Württemberg fand vom 29. 4. bis 10. 5. ein Streik der Metallarbeiter für eine 8%ige Lohnerhöhung statt. Der Streik wurde erstmalig seit 1928 durch eine Gesamtaussperrung der Arbeitnehmer beantwortet. Durch Vermittlung von Erhard kam am 7. 5. eine Einigung zustande.

⁶ Bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 19. Mai erhielt die FDP 8,8% der Stimmen (1959: 5,2), die CDU 37,7 (30,8) und die SPD 44,9 (39,5).

Donnerstag, den 30. Mai 1963

Bei einem gemeinsamen Mittagessen berichtete heute Georgijewic über Eindrücke, die jüngst eine jugoslawische Delegation bei ihrem Besuch in der Sowjetunion gewonnen habe. Man sei sehr beeindruckt gewesen von den Industriewerken, die man besichtigen durfte und die auch nach europäischen Maßstäben als erstklassig bezeichnet werden müßten. Dennoch gäbe es in der UdSSR nach wie vor keine echte Breitenproduktion, sondern nur „Spitzen“. Alles werde auf einige wenige vorrangige Technologien konzentriert (typisches Kennzeichen eines Entwicklungslandes). G. möchte übrigens mit Weyer sprechen, da er den Eindruck habe, daß deutsche Stellen jugoslawische Emigrantenorganisationen weiter förderten und finanzierten.

Donnerstag, den 6. Juni 1963

Heute morgen suchte mich Botschaftsrat Dimitrijew auf, um sich über die Lage in der FDP, meine Amerika-Reise, die Perspektiven des Dreiparteien-Systems in der Bundesrepublik und den möglichen Verlauf des kommenden Münchner Parteitages zu informieren. Der Hauptgrund seines Besuches war allerdings die am Schluß gestellte Frage, wie die FDP-Führung auf eine offizielle Einladung der sowjetischen Regierung reagieren würde. Ich erklärte, hierzu nur meine ganz persönliche Ansicht darlegen zu können: die FDP dürfte eine solche Einladung grundsätzlich begrüßen. Andererseits sei jedoch zu erwägen, ob eine solche FDP-Reise *vor* dem Besuch des Deutschen Bundestages in Moskau nicht zu Mißverständnissen und innenpolitischen Schwierigkeiten für die Partei führen könnte. D. erklärte, er könne meinen Standpunkt verstehen und sei schon selbst zu ähnlichen Überlegungen gelangt. – Ich habe Mende und Genscher sofort über dieses Gespräch unterrichtet, denn es ist ja immerhin möglich, daß die sowjetische Seite noch einmal auf dieses Thema zurückkommt.

Dienstag, den 11. Juni 1963

Kennedy hat gestern den einseitigen (vorläufigen) Verzicht seines Landes auf weitere A-Bomben-Tests in der Atmosphäre bekanntgegeben und auf das gemeinsame Interesse der beiden Weltmächte an der Erhaltung des Friedens und Nichtverbreitung atomarer Rüstung hingewiesen. Ob die Feststellung einer britischen Morgenzeitung, diese Rede Kennedys stelle einen „Wendepunkt im Kalten Krieg“ dar, zutreffend ist, muß sich erst noch erweisen. Immerhin hat der amerikanische Präsident damit die gelegentlich in Bonn übersehene Tatsache noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß es den USA in ihrer Außenpolitik vordringlich um ein Übereinkommen mit Moskau zur atomaren Rüstung geht. Unter diesem Aspekt gewinnt der amerikanische Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht die noch immer wenig beachtete besondere Bedeutung: den Aufbau einer

selbständigen europäischen Atommacht unter Einschluß der Bundesrepublik zu verhindern. So gesehen dürften sich denn auch einige Atomrüstungsträger in Bonn und anderswo alarmiert fühlen, wenn Kennedy gestern ausdrücklich eine Überprüfung der amerikanischen Haltung gegenüber der Sowjetunion im Kalten Krieg ankündigte.

Mittwoch, den 19. Juni 1963

Mendes unglückliches *Quick*-Interview fand gestern auch in der Fraktion ein teilweise recht kritisches Echo⁷. Die Reinwaschung des Franz-Josef Strauß bei gleichzeitiger Verteufelung Wehners veranlaßte Kubitzka zum Verlesen von Briefen, die ihm Parteifreunde zu Mendes Auslassungen geschrieben haben. Dort wird M. scharf angegriffen und verurteilt. Auch Rademacher äußerte Bedenken („Wehner-Äußerung Mendes ist nicht sehr glücklich“) und zeigte sich über Erklärungen Brentanos beunruhigt, aus denen man eine geheime Vereinbarung zwischen Mende und der CDU über eine Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition nach 1965 herauslesen könne⁸.

Nach dem Essen bestiegen wir dann das Schnellschiff Berlin, um gemeinsam mit unseren christdemokratischen Koalitionsfreunden eine achtstündige Rheinfahrt zu absolvieren. Darüber hatte es zunächst in der Fraktion Diskussionen gegeben. Nicht alle waren von der Idee eines Koalitions-Ausfluges begeistert. Einige hatten auch Bedenken, sich an den Unkosten dieses aufwendigen Unternehmens nicht zu beteiligen. Aber die Sorge vor Verstimmungen bei der CDU/CSU bzw. koalitionsinternen Spannungen ließ es schließlich doch zweckmäßig erscheinen, sich einen Nachmittag und Abend lang von der Unionsfraktion freihalten zu lassen.

So reiste man denn – etwa 800 Personen stark – von Bonn nach Koblenz und zurück: Abgeordnete, die meisten Bundesminister, hohe Beamte und Mitarbeiter – nur Adenauer fehlte. Dem war nach dem jüngsten Ärger mit der eigenen Partei offenbar nicht nach „Feiern“ zumute. Die Stimmung war allgemein gut, zu Verbrüderungen zwischen den Koalitionspartnern kam es – soweit ich das beobachten konnte – indessen nicht. Gelegentlich hörte man beim Deckspaziergang sogar aus Unionsmund (z. B. von Richard Jaeger) zynische Bemerkungen über die FDP. Nun, die Liebe der Christenpartei für die Liberalen ist seit Adenauers frühen Mordversuchen an unserer Partei ja allgemein bekannt ...

Donnerstag, den 20. Juni 1963

Am Vormittag suchte mich Faix auf, um mir mitzuteilen, daß er mich für eine Einladung in die CSSR vorgeschlagen habe, zusammen mit einigen

⁷ In einem Interview mit der *Quick* hatte Mende an Wehners kommunistische Vergangenheit erinnert und zugleich F. J. Strauß Rückkehrchancen in das Bundeskabinett eingeräumt.

⁸ Der genaue Wortlaut der Brentano-Äußerung ließ sich nicht belegen.

anderen Journalisten aus der Bundesrepublik. Seine Ankündigung verband F. mit einer Schilderung der gegenwärtigen Lage in seinem Lande: es gebe Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, die jedoch nicht auf eine schlechte Ernte, sondern auf falsche Maßnahmen der Regierung zurückzuführen seien. Auch in der Tschechoslowakei gebe es eine Entstalinisierung, in die aber der Fall Slansky nicht mit einbezogen werde⁹. S. sei seinerzeit einer der schärfsten Dogmatiker gewesen, bevor er wegen angeblicher Beziehungen zu Tito verurteilt und gehängt wurde. Faix glaubt nicht, daß sich die UdSSR durch Peking von ihrem außenpolitischen Kurs abbringen lassen werde, und er leugnete Differenzen im Comecon wegen der geplanten Arbeitsteilung in der Ostblockwirtschaft¹⁰. Auch behauptet er, Chruschtschow habe in seinem Interview zur Kennedy-Rede die bereits gewährten drei Kontrollstationen (zur Teststop-Überwachung) nicht zurückgenommen.

Montag, den 24. Juni 1963

Bei einem Essen mit Dimitrijew wies der sowjetische Diplomat heute von sich aus auf das Juni-Plenum des ZK der KPdSU hin. Auf meine Frage deutete er die Möglichkeit an, daß Leonid Breschnew mit seiner Wahl in das ZK-Sekretariat gewissermaßen zum Stellvertreter Chruschtschows für den immer noch kranken Koslow befördert worden sei. Die ideologische Diskussion im ZK hat nach D. einen rein innenpolitischen Charakter gehabt, werde also keine Änderung der sowjetischen Außenpolitik zur Folge haben. Dimitrijew erläuterte sodann an dem Verhalten Jewtuschenkos und Ehrenburgs die Verleugnung des „Klassencharakters“ der Kulturpolitik. Die Partei könne eine solche Entwicklung nicht hinnehmen, da die Erziehung zum kommunistischen Menschen im besonderen Maße von der künstlerischen, der kulturellen Seite her bestimmt werde. In diesem Zusammenhang unterstrich D. noch einmal die Auffassung seiner Regierung, daß eine ideologische Koexistenz mit dem Westen unmöglich sei (das gilt umgekehrt natürlich in gleichem Maße!). – Zum chinesisch-sowjetischen Konflikt meinte D., Moskau sei über die jüngste Attacke Pekings und die Verkündung von 25 Fragen an die Sowjetunion überrascht. Er nehme zwar an, daß das für den 5. Juli vorgesehene Treffen zwischen der UdSSR und China zustandekommen werde, glaube jedoch nicht an einen Erfolg.

Am Nachmittag gab es im Arbeitskreis einen unfruchtbaren Streit zwischen Scheel und Achenbach über Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer „Friedenskonferenz“. Scheel verwies dabei zu Recht auf eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Unternehmens: wir müßten zunächst unseren Verbündeten sagen, zu welchen Kon-

⁹ Slansky wurde zwei Monate später ebenfalls rehabilitiert.

¹⁰ Bei einer Tagung des Comecon-Exekutivkomitees, die in der Zeit vom 17.–25.4. in Moskau stattgefunden hatte, waren eine Reihe von Beschlüssen zur Arbeitsteilung innerhalb der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefaßt worden.

zessionen wir am Verhandlungstisch bereit wären. Das stieß – erwartungsgemäß – auf den heftigsten Widerspruch Achenbachs, der offenbar mit seiner Idee (Friedenskonferenz) mehr mystische als konkrete Vorstellungen verbindet. (Achenbach: die Forderung Scheels nach konkreten Verhandlungsvorschlägen sei „eine merkwürdige Unterschätzung der Methode“.) Die Tatsache, daß Scheel im übrigen immer deutlicher eine Konzeption der kleinen Schritte in der Deutschlandpolitik vertrat, verschärfte die Diskussion, in der sich Dehler wieder einmal fest an die Seite Achenbachs stellte. Seine Bemerkung, es gehe hier „um unsere politische Linie und nicht um die Frage ihrer Durchsetzbarkeit“ sagt eigentlich alles über den Realitätsgehalt der Deutschlandpolitik von Achenbach und Dehler aus.

Donnerstag, den 4. Juli 1963

Bilanz der fünf Münchener Tage: ein angeschlagener Parteivorsitzender und ein neuer Stellvertreter, der sich in bemerkenswerter Weise in Szene setzte; dazu eine aufmüpfige Parteijugend, die ihre Kritik vornehmlich gegen Erich Mende richtete; und schließlich eine außenpolitische Entschliebung, die ich beklagenswert finde¹¹.

Bei Temperaturen um 30 Grad und hoher Luftfeuchtigkeit war bereits am Sonntag nachmittag im Gobelin-Saal des Bayerischen Hofes die Stimmung recht gereizt. Der dort tagende Vorstand erregte sich vor allem über zwei Themen: über Mendes *Quick*-Interview und die überraschende Gründung eines rechtsgewirkten Studentenverbandes (FDS), der offenbar als Konkurrenzunternehmen zum progressiven LSD gedacht ist¹². Mende, der bereits von „Volksfronttendenzen“ im LSD sprach, wußte eine Entscheidung des Vorstandes über eine künftige Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit mit dieser vom äußersten rechten Parteiflügel geförderten

¹¹ Vom 1. bis 3. 7. 1963 fand in München der XIV. Ordentliche Bundesparteitag der FDP statt.

¹² Nach einer Mitteilung Genschers während der Bundesvorstandssitzung war die FDP-Führung „am vergangenen Wochenende von einer *DPA*-Meldung überrascht“ worden, derzufolge am 22./23. 6. in Frankfurt ein Freier Demokratischer Studentenbund (FDS) gegründet worden sei. Ein Gespräch mit dem FDS-Vorsitzenden Adolf Sturm (der dem äußersten rechten Flügel der bayerischen FDP angehörte) habe ergeben, daß sich der Verband eng an die FDP anschließen wolle und politisch gegen die Haltung des LSD in der Oder-Neiße-Frage sowie dessen SPD-freundliche Position Stellung nehme. Für den FDS sprach sich in der Vorstandssitzung der bayerische Landesvorsitzende Albrecht Haas u. a. mit der Begründung aus, der LSD wolle von den „Korporierten nichts wissen“. Gegen den FDS und für den LSD plädierte der DJD-Vorsitzende Kastenmeyer. Mende war dagegen, sich „zum Spielball der Auseinandersetzung von Gruppen“ machen zu lassen. Der Vorstand vertrat schließlich einstimmig die Auffassung, daß die Namensgebung des neuen Verbandes (FDS) nicht hingenommen werden könne, vermied jedoch eine abschließende Stellungnahme zu dieser Neugründung.

neuen Studentenorganisation zu verhindern. Man war sich lediglich darin einig, daß dieser FDS seinen Namen noch ändern müsse.

Tags darauf, im stickig-schwülen Festsaal des Löwenbräukellers, setzte sich die Übellaunigkeit der Liberalen in Diskussionsbeiträgen zum Mende-Referat fort. Während Dehler von den Delegierten demonstrativ gefeiert wurde, bekam Mende für seine wieder einmal recht weitschweifigen Ausführungen vornehmlich Kritik zu hören. Des Vorsitzenden Versuch, seine Ausführungen zu Strauß im *Quick*-Interview gefällig zu interpretieren, scheiterte¹³. Die meisten der 24 Diskussionsredner hielten dem (überwiegend abwesenden) Parteivorsitzenden entgegen, was sie von dem ehemaligen Verteidigungsminister und seinen Läuterungsmöglichkeiten halten: nämlich nichts!

Dabei wurde die Anti-Mende-Stimmung noch durch Publikationen angeheizt, die die Jungdemokraten erstmals unter die Leute brachten: einen von Dörrbecker und einer kleinen Gruppe von DJD-Mitgliedern angefertigter, recht aggressiver Parteitagdienst in rot-orangem Umschlag, um den sich Delegierte und – natürlich – Journalisten buchstäblich rissen. Mende wurde mit dieser rebellierenden Jugend nicht fertig und griff zu den falschen Mitteln¹⁴. Die Feststellung Finckensteins in der gestrigen Ausgabe der *Welt*, Erich Mende wäre längst reif für die Abwahl, ginge es nach den Jungdemokraten und den Liberalen Studenten, könnte zutreffen. Doch wer sollte M. jetzt ersetzen? Etwa Weyer, der „blaue Dufhues“, dessen Rede gestern die Delegierten begeisterte (unvergleichlich mehr als die von Mende am Montag), der an die Stelle von Döring in der Vorstandsspitze einrückte, aber gewiß nicht den Fleiß, die Ausdauer besitzt, die Mende für die Partei noch immer unentbehrlich machen¹⁵.

Problematischer erscheint mir jedoch das, was sich am Dienstag im Außenpolitischen Arbeitskreis des Parteitages abspielte. Scheels schlagzeilenträchtige, immer wieder von Zwischenrufen Reifs und Dehlers unterbrochene Rede mochte noch hingehen. Zwar löste der Europa-Teil wegen seines Pro-Gaullismus und der irrealen, vor allem auch politisch schädlichen Forderung nach einer europäischen Atommacht nicht nur bei mir

¹³ Mende führte zu Strauß aus: „Als gute Liberale wollen wir jedem eine Chance geben; verdammt in alle Ewigkeit ist keine liberale Haltung.“

¹⁴ Mende empfahl seinen jugendlichen Kritikern, „statt Außenpolitik aus der hohlen Hand zu machen“, in der Bundeswehr „für das geistige Gut unserer Partei“ zu werben. Zornig rief er den Jungdemokraten zu: „Jugend und Opposition sind noch keine Garantie für Fortschritt!“

¹⁵ Der in München anstelle von Döring neugewählte stellv. Parteivorsitzende Willy Weyer führte am 3.7. in seiner Schlußrede („Der Freiheit gehört die Zukunft“) u. a. aus: „Josef-Hermann Dufhues, den wir in Nordrhein-Westfalen ‚schwarzen Döring‘ nennen, hat sich speziell dieser Aufgabe (der Aktivierung der Parteimitglieder in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden – der Verf.) bei der CDU angenommen. Wenn der Bundesvorstand bereit ist und mich beauftragt, die Rolle des ‚blauen Dufhues‘ in der FDP zu übernehmen, so bin ich gerne dazu bereit“. Diese Ankündigung Weyers blieb folgenlos.

Unbehagen aus. Doch brachte sie auch viel Gescheites und – soweit es die Deutschlandpolitik anbetrifft – Realistisches.

Schlimm war dagegen, was uns Achenbach wieder einmal einbrockte. Schon auf der Vorstandssitzung am Sonntag war klar, daß A. seinen „Evergreen“ Friedenskonferenz zum Parteitagsbeschluß erhoben haben wollte. Nachdem eine von 31 Parteifreunden eingebrachte, m. E. sehr abgewogene Entschließung zur Außen- und Deutschlandpolitik nicht die Gnade des Vorstandes gefunden hatte, war der Weg für Wunschvorstellungen wieder frei. Unter ironischen Zwischenrufen von Scheel und vom Beifall Dehlers und der Arbeitskreismehrheit begleitet, zog Achenbach gegen Mendes Aussagen zur Deutschlandpolitik vom Leder und setzte endlich eine Entschließung durch, die in der Forderung nach dem „unverzüglichen Zusammentreten einer Deutschlandkonferenz“ gipfelte. Dabei blieb wiederum offen, worüber sich diese Konferenz eigentlich verständigen soll. Ich fürchte, wir machen uns mit solchen „Deutschlandvorschlägen“ allmählich zum Gespött der gesamten politischen Öffentlichkeit¹⁶.

Am Samstag morgen, im Bayerischen Hof, eine aufschlußreiche Sitzung der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament. Hier trat anfangs ein beunruhigendes Erscheinungsbild der FDP in Westeuropa zutage, aber auch zum Teil recht unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Verlauf der Integrationspolitik.

Besonders Plevén ritt zu Beginn der Sitzung eine Weile auf dem Thema „nationalistische FDP“ herum, wenn er sich auch selbst mit solchen Ansichten in Frankreich nicht zu identifizieren schien. Unterschiedliche Auffassungen über den Fortgang der europäischen Integration und die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrages vertraten der Holländer van Dijk und der Luxemburger Gaston Thorn. Letzterer machte den originellen Vorschlag, auch die anderen Länder der Gemeinschaft sollten diesem Vertrag beitreten, „damit nicht zwei Partner die Majorität bekommen“. Irritiert zeigte sich die Holländerin Mme. Schouvenaars-Franssen über Scheels Vorliebe für eine europäische Atommacht; der Hinweis Scheels, daß es sich hier um „meinen ganz persönlichen Beitrag“ und nicht um den Standpunkt der FDP handele, schien die Dame einigermaßen zu beruhigen.

¹⁶ Am 18.7.1963 übermittelte der Verf. dem Bundesvorstand, der Bundestagsfraktion sowie den Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle eine dreizehn Seiten umfassende Dokumentation über das „Presseecho auf die außenpolitische Entschließung des FDP-Bundesparteitages“. In einem Vorwort („Beobachtungsvermerk“) zur Dokumentation schrieb Schollwer u. a.: „Die Wertung der außenpolitischen Entschließung des Parteitages ... ist – von östlichen Stimmen abgesehen – überwiegend negativ, wobei sich viele Kommentatoren sowohl an der ‚unverzüglich‘ einzuberufenden Deutschlandkonferenz stoßen, von der sie sich keinerlei Nutzen versprechen, als auch an der Beteiligung der ‚Vertreter der beiden Teile Deutschlands‘. Einige Kommentatoren bemängeln allerdings auch, daß die FDP nichts über den konkreten Inhalt einer von ihr angestrebten Friedensregelung zu sagen wußte.“

Montag, den 8. Juli 1963

Mende scheint durch die Münchner Vorgänge tief getroffen. Heute morgen in der wöchentlichen Referentenbesprechung erklärte der Vorsitzende mit spürbarer Erbitterung, er sei nicht bereit zu resignieren; er werde sich nicht durch Delegationen zum Rücktritt oder zum freiwilligen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei den nächsten Vorstandswahlen bewegen lassen. Wer ihn – Mende – weghaben wolle, der müsse schon einen Besseren vorschlagen und ihn dann abwählen. Der Vorsitzende beklagte sich über die mangelnde „Gesittung“ führender FDP-Mitglieder, die mit Hilfe von Journalisten bemüht seien, ihn „abzuschießen“. M. warf den Public-Relations-Managern, die er vor zweieinhalb Jahren selbst herangezogen hatte, vor, ihn falsch beraten zu haben; er äußerte die Absicht, sich von diesen Leuten zu trennen.

Dienstag, den 9. Juli 1963

Mittagessen mit Georgijewicz. Der vertrat die Auffassung, bei den gegenwärtigen deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgesprächen in München müsse wohl die deutsche Delegation neue Weisungen erhalten haben, weil sie auf einmal das für unannehmbar erkläre, was sie selbst während der Verhandlungen in Wien und Belgrad vorgeschlagen habe. G. vermutet, daß de Gaulle dahinterstecke, der Interessen Frankreichs durch diese Gespräche verletzt fühle und während seines jüngsten Bonn-Aufenthaltes wohl entsprechende Äußerungen gemacht habe.

Ob diese Darstellung des Verhandlungsverlaufs zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Offensichtlich ist aber, daß Belgrad sich bei seinen Gesprächen mit uns nicht auf Themen beschränken will, die angesichts der Ereignisse von 1957 verhandelbar sind. Eine Intervention de Gaulles beim Kanzler erscheint mir allerdings eine ziemlich abwegige Vermutung¹⁷.

Unter dem Eindruck des unglücklichen Verlaufs der Arbeitskreis-Diskussion in München habe ich dem DJD-Vorsitzenden vor einigen Tagen ein Exemplar meiner Studie zugeschickt und um eine Meinungsäußerung gebeten. Natürlich soll das Papier jetzt nicht in den DJD-Verbänden diskutiert werden; aber vielleicht kann der Vorsitzende unserer Jugendorganisation, in Kenntnis solcher Überlegungen, die Deutschland-Diskussion seines Verbandes entsprechend steuern.

¹⁷ Am 13.7.1963 wurden die Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen, die seit dem 18. Juni in Belgrad und ab 28. Juni in München geführt worden waren, ergebnislos abgebrochen. Jugoslawien hatte eine Koppelung des Abkommens mit einer vollständigen Regelung aller finanziellen Forderungen jugoslawischer Opfer des Faschismus und der deutschen Besatzungszeit gefordert. Bonn lehnte eine solche Koppelung ab, weil Belgrad durch die Anerkennung der DDR im Jahre 1957 der Bundesrepublik die Anerkennung als einzigem Nachfolgestaat des Dritten Reiches versagt hatte.

Montag, den 15. Juli 1963

Meinen Versuch, durch einen fdk-Artikel zur Ostpolitik die realitätsfernen Münchner Beschlüsse wieder etwas in Vergessenheit geraten zu lassen, hat Georg Schröder heute zu einer längeren Betrachtung über „die Linie der Bundesregierung in der Ostpolitik“ veranlaßt¹⁸. Mir scheint Schröders Analyse, auch soweit sie die FDP-Ostpolitik anbetrifft, weitgehend zuzutreffen. Diese Ansicht vertrat auch Mende heute nachmittag im Arbeitskreis. Das führte zu einer langen, hitzigen Debatte, bei der Achenbach erwartungsgemäß das Wort führte. Er ereiferte sich sehr über den Schröder-Beitrag, beklagte, daß mein fdk-Artikel zu „Mißverständnissen“ geführt habe und forderte, unterstützt von Dehler und Oellers, die Münchner EntschlieÙung zum Gegenstand eines Koalitionsabkommens mit Erhard zu machen. Da beeindruckte auch nicht, was Mende aus dem Gespräch der Fraktionen mit Außenminister Schröder in der vergangenen Woche berichtete und das zu einer Deutschlandkonferenz nicht gerade ermunterte¹⁹. Auch die Bemerkung des Vorsitzenden nicht, McGee habe ihm (Mende) gegenüber geäußert, es wäre töricht, Chruschtschow jetzt an den Verhandlungstisch zu bringen, da er nicht frei in seinen Entscheidungen sei. Die Amerikaner würden darum nichts tun, was die Stellung Chruschtschows erschweren könnte. Selbst Starkes Bemerkung, er sei mit einigen Passagen der ParteitagsentschlieÙung „auch gar nicht einverstanden“ und halte insbesondere das „unverzüglich“ im Zusammenhang mit einer Deutschlandkonferenz für falsch, prallte an der Entschlossenheit dieser Parteifreunde ab, notfalls mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. So faÙte denn Achenbach am Schluß unserer Beratung die Diskussion frohgemut so zusammen: „Wir sind uns einig, die EntschlieÙung vom 12. Oktober und die Münchner EntschlieÙung sind Grundlage der Koalitionsverhandlungen“. Da wird er sich täuschen ...

Mittwoch, den 24. Juli 1963

Die jüngsten Vorschläge Chruschtschows zur Rüstungsbegrenzung scheinen bei der Bundesregierung auf tiefe Abneigung zu stoßen²⁰. Die *Poli-*

¹⁸ Georg Schröder: „Bonn ist sich einig: Abwarten – Die Linie der Bundesregierung in der Ostpolitik“ in *Die Welt* vom 15.7.1963.

¹⁹ Mende wies vor dem Arbeitskreis u. a. darauf hin, welche Schwierigkeiten allein eine Einigung über die Berlin-Klausel bei den deutsch-sowjetischen Handelsverhandlungen im kommenden Herbst bereiten würden; Moskau werde eine solche Klausel nicht akzeptieren, höchstens die Berlin-Erklärung des Westens von 1952. Im übrigen interessiere ihn der Schröder-Artikel nicht, „sondern nur, was ich aus den Besprechungen mit de Gaulle und anderen erfahren habe“. Dr. Schröder sei bei der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden in seiner ostpolitischen Linie von Ollenhauer, Wehner, Mende, Zoglmann und von Kühlmann, nicht jedoch von den Vertretern der CDU/CSU unterstützt worden.

²⁰ Chruschtschow hatte am 19.7. in einer Rede im Kreml ein umfangreiches Pro-

tisch-soziale Korrespondenz gab bereits das Stichwort: „Neuaufgabe des Rapacki-Planes“ und befreite damit die Christdemokraten vom weiteren Nachdenken über regionale Abrüstungs- und Kontrollmaßnahmen und über Konsequenzen, die sich aus der veränderten Weltlage ergeben könnten. Bislang sind wir Deutsche vor allem damit beschäftigt, uns gegenseitig Illusionen und „Aufweichungstendenzen“ vorzuwerfen. Das ist angesichts der Vorgänge im Ostblock, für die Adenauer wieder die denkbar einfachsten Erklärungen fand, zu wenig ...²¹. Zumal in Kürze ohnehin mit einem Abkommen zwischen Ost und West zu rechnen ist, das einen ersten Schritt auf dem Wege zur Rüstungsbegrenzung darstellen könnte: der Kernwaffen-Versuchsstop-Vertrag. Entsprechende Betrachtungen in der fdk fanden heute ein breites Presseecho. Die Pressedienste von SPD und FDP stimmen zum Teil in ihrer Argumentation überein.

Die Bildung des Kabinetts Erhard im kommenden Herbst reizt zu immer neuen Spekulationen. Nachdem Barsig Anfang vergangener Woche mit seinen Behauptungen über ein angebliches Geheimabkommen zwischen Erhard, Mende und Strauß offensichtlich Pech hatte²², berichtete *Der Spiegel* zum Wochenbeginn ausführlich über angebliche Kabinetts-Planungen, die vorwiegend zu Lasten der FDP gehen sollen. Mende hat alle Landesverbände in einem Fernschreiben darauf aufmerksam gemacht, daß mit weiteren Störversuchen gegen die Regierungsbildung im Oktober zu rechnen ist.

Samstag, den 27. Juli 1963

Achenbach mag triumphieren: Chruschtschow hat gestern umfassende Deutschlandverhandlungen gefordert²³. Doch ändert das nichts daran, daß es für solche Gespräche noch immer keine seriösen Grundlagen gibt, die auch nur eine bescheidene Verständigung zwischen Ost und West über Deutschland möglich machen könnten. So muß der jüngste deutschland-

Fortsetzung Fußnote von Seite 155

gramm der Entspannung mit dem Westen vorgelegt und dabei u. a. ein Teilabkommen über Kernwaffenversuche und einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen.

²¹ Adenauer hatte sich am 19. 7. vor der Evangelischen Akademie Tutzing zum sowjetisch-chinesischen Konflikt mit der Empfehlung geäußert, die gegenwärtig laufenden und kurz danach ergebnislos abgebrochenen Gespräche zwischen Delegationen der beiden KPs „nur zum Teil“ ernst zu nehmen.

²² Der SPD-Sprecher Barsig hatte am 8. 7. eine Geheimabsprache zwischen diesen Politikern über eine Rückkehr von Strauß in ein von Erhard geführtes Bundeskabinett behauptet. Ein Sprecher der FDP bezeichnete diese Behauptung noch am gleichen Tage als eine „glatte Lüge“. – Am 15. 7. korrigierte Barsig seine Erklärung vom 8. 7. teilweise.

²³ Nach einem Bericht der *Welt* vom 27. 7. 1963 hatte sich Chruschtschow einen Tag nach der Paraphierung des begrenzten Teststopabkommens für „umfassende Deutschlandverhandlungen“ eingesetzt. Als Ziel einer Ost-West-Konferenz über Deutschland bezeichnete er die „Liquidierung des kalten Krieges“.

politische Vorstoß des sowjetischen Ministerpräsidenten wohl eher als ein neuerlicher Schachzug im propagandistischen Fingerhakeln gewertet werden denn als ein ernsthaftes Angebot. Aber vielleicht hat Nikita Sergejewitsch unsere Münchner Beschlüsse ernster genommen als sie es verdienen?

Heute vormittag tagte im Bonner Talweg erstmals der auf der letzten Beiratssitzung beschlossene Arbeitskreis, um den LDP-Bundeskongreß vorzubereiten. Wir einigten uns, in Berlin die menschlichen Probleme der deutschen Spaltung in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen. In einer Entschließung sollen Verhandlungen über die Wiederherstellung der Freizügigkeit im geteilten Deutschland sowie über Erleichterung der Lebensbedingungen in der Zone gefordert werden. Auf allgemeine Deklamationen zur deutschen Frage oder Meditationen über „verpaßte Gelegenheiten“ wollen wir verzichten. Ein kleiner Fortschritt, und der ausgerechnet im Flüchtlingsbeirat. Wie lange wird wohl die FDP noch brauchen, um endlich auch von ihren Maximalpositionen herunterzukommen?

Dienstag, den 30. Juli 1963

Der Spiegel hat in seiner neuesten Ausgabe einen Anti-Mende-Artikel aus dem *Hamburger Abendblatt* abgedruckt, der in seiner Bosheit so ziemlich alles in den Schatten stellt, was in letzter Zeit über unseren Vorsitzenden geschrieben worden ist²⁴. Weyer warf gestern – in Abwesenheit Mendes – im „Team“ die Frage auf, was man wohl tun könne, um die journalistischen Mende-Feinde umzustimmen. Viel ist mir zu diesem Thema nicht eingefallen. Am besten wäre es natürlich, wenn M. sich ändern könnte. Aber damit ist leider nicht zu rechnen. Für diesen Pessimismus spricht auch Mendes Verhalten gegenüber Moersch, der gestern zornentbrannt in eine Art Arbeitsstreik getreten ist²⁵.

Das Moskauer Abkommen scheint de Gaulle alarmiert zu haben. Am Montag war der Präsident auf einer Pressekonferenz bemüht, die Politik des leeren Stuhls aufzugeben und wieder Anschluß an die internationale Politik zu gewinnen. Um mit von der Partie zu sein, schlug der General ein Vierertreffen über Abrüstungsfragen vor. Da de Gaulle zugleich dem Moskauer Abkommen – erwartungsgemäß – eine Abfuhr erteilte, drängt sich die Frage auf, ob dieser Vorschlag nicht gemacht wurde, um Zeit für den Aufbau einer nationalen französischen Atommacht zu gewinnen.

Bemerkenswerte Ausführungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik hat dieser Tage Exbotschafter Kroll im WDR gemacht. Sie bestätigen weitgehend meine Analyse und rechtfertigen m. E. die von mir im Früh-

²⁴ Wilhelm Backhaus: „Mende – Ein Mann der Suada“ – abgedruckt in *Der Spiegel* Nr. 31 vom 31. 7. 1963.

²⁵ Zwischen Mende und Moersch war es zu Auseinandersetzungen gekommen, die dazu führten, daß Moersch seine Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle der FDP zeitweise einstellte.

jahr 1962 vorgelegten Empfehlungen. Ich werde dieses Interview allen Vorstands- und Fraktionsmitgliedern zuschicken.

Freitag, den 2. August 1963

Dimitrijew spendete heute Achenbachs Referat in München großes Lob, ohne freilich die Details zu qualifizieren. Offenbar paßt den Sowjets die illusionäre Linie von A. und D. genau ins Konzept; sie ist ja auch – genau besehen – für sie am ungefährlichsten. Nicht einverstanden war der sowjetische Diplomat mit der Verbreitung eines gegen Moskau gerichteten Briefes aus Peking in einigen deutschen Blättern. Auch dieses ist begreiflich.

Unverständlich hingegen der Eiertanz, den man gegenwärtig in der Union um das Moskauer Teststop-Abkommen aufführt. Der von Brentano und den „Orthodoxen“ im AA gegen den Beitritt zum Abkommen (und damit auch gegen den Außenminister) geführte Kampf zeugt von erschreckender Fehleinschätzung unserer Möglichkeiten und Interessen. In diesem Punkte ist Achenbach sehr viel realistischer. Im heutigen Tagesdienst begrüßte er dieses Abkommen namens der FDP „aufrichtig und rückhaltslos“. Doch benutzte er die Gelegenheit, um gleich wieder ausgiebig gegen jene zu wettern, die vernünftigerweise eine Klärung der deutschen Frage nur durch langfristige Lösungen erwarten. Es ist wie mit der „kaiserlichen Werft“ ...²⁶.

Donnerstag, den 8. August 1963

Mouser äußerte sich heute bei einem Essen sehr besorgt über die deutsche Haltung in Sachen Moskauer Abkommen. Die amerikanische Regierung habe durchaus Verständnis für deutsche Befürchtungen bezüglich einer „Aufwertung“ der „DDR“. Aber erstens habe die amerikanische Seite wiederholt erklärt, daß sie überhaupt nicht an eine Anerkennung Ostberlins denke. Zum anderen habe der Vertrag – wenn man seinen Inhalt betrachte – praktisch nur psychologische Bedeutung, d. h. durch ihn sollten Voraussetzungen für Gespräche über Ost-West-Probleme geschaffen werden. Welche Zusicherungen solle Washington der deutschen Seite denn noch geben, damit sie endlich beruhigt sei?

Ich wies auf das Argument hin, Bonn sei von den Amerikanern zu spät über den beabsichtigten Vertrag informiert worden. Mouser entgegnete, er wisse nicht, ob dieser Vorwurf berechtigt sei; aber man müsse doch versuchen, die Spannungen zu mildern und zu verhandeln, nachdem sich herausgestellt habe, daß mit einer Politik der Stärke allein nicht voranzukommen sei. M. stimmte meiner Forderung ausdrücklich zu, daß die Abstim-

²⁶ Anspielung auf einen alten Kommißwitz aus der Kaiserzeit: ein Marinerekrut hatte von allen Belehrungen in der Instruktionsstunde nur die über die „Kaiserliche Werft“ verstanden und behalten. Darum kam er bei jeder Frage seiner Vorgesetzten nach wenigen einleitenden Worten sofort auf dieses einzige Thema zurück.

mung zwischen den Alliierten verbessert und vor allem eine detaillierte Vorarbeit für weitere Runden in den Ost-West-Gesprächen geleistet werden müsse.

Besonders betroffen zeigte sich der amerikanische Diplomat durch Äußerungen des CSU-Abgeordneten Zimmermann, der am Mittwoch Kennedy direkt angegriffen, den Vertrag für Bonn als „gegenstandslos“ bezeichnet und den Angelsachsen vorgeworfen hatte, sie hätten die Grenzen dessen überschritten, „was die Bundesrepublik guten Gewissens vertreten kann“. M., der hinter dieser Attacke Strauß vermutet, fragte, ob denn diese Politiker glaubten, in der deutschen Frage allein voranzukommen?

Mouser fragte mich zweimal, ob ich mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum Abkommen rechne bzw. ob dieser Beitritt noch vor dem Kanzlerwechsel im Oktober erfolgen würde. Ich bejahte beides²⁷. Am Samstag wird Rusk in Bonn sein, um der Bundesregierung erschöpfende Auskunft über den Verlauf der Moskauer Gespräche zu geben. Ich hatte den Eindruck, daß man in der Botschaft auf diesen Besuch große Hoffnungen setzt.

Nach Tisch, in der Abteilungsleiterbesprechung, diskutierten wir mit Weyer das Problem, wie man die Position des Vorstandes stärken könne. Ich erinnerte mich gewisser Erfahrungen aus LDP-Zeiten und meinte, es komme wohl vor allem darauf an, daß der Vorstand nicht nur durch Presse und Rundfunk über Vorgänge in den Landes- und Kreisverbänden unterrichtet werde. Deshalb sollte versucht werden, ein parteiinternes Informationssystem (Berichterstattung) im Rahmen des uns Möglichen aufzuziehen. W. beauftragte mich, das in Nordrhein-Westfalen eingeführte Berichterstattungswesen auf seine Verwendbarkeit für die Bundespartei zu prüfen.

Samstag, den 10. August 1963

Die Absicht der Bundesregierung, einen eigenen Plan für die kommenden Ost-West-Sondierungsgespräche über eine Entspannung vorzulegen, ist zu loben. Offenbar beginnt sich nun auch in der Bundesregierung die Erkenntnis durchzusetzen, daß mit bloßer Obstruktion der Entspannungseifer unserer Verbündeten nicht zu bremsen ist. Ganz abgesehen davon, daß das von Adenauer und Brentano entwickelte Verfahren, sich gegen jede Veränderung zu stemmen, mehr und mehr zu Lasten der deutschen Sache selbst geht. Mende hat heute vormittag einen kleinen Kreis von Mitarbeitern kurz über sein letztes Gespräch mit Schröder unterrichtet. Der Außenminister habe die Absicht, militärische Vereinbarungen mit Fort-

²⁷ Am 19.8. unterzeichneten die Botschafter der Bundesrepublik in Washington, London und Moskau das Abkommen. Zuvor war erklärt worden, daß die von der DDR geleistete Unterschrift keine Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit bedeute.

schritten in der deutschen Frage zu verknüpfen. Der Plan Schröders stelle eine Art Neuaufguß des Herter-Plans von 1959 sowie eines Teils der Ruskischen Berlin-Vorschläge dar. Die Presse hat bereits einige Grundüberlegungen dieses Konzepts veröffentlicht, das dem US-Außenminister bei seinen heutigen Gesprächen mit der Bundesregierung mitgeteilt werden soll.

Das alles entspricht freilich nicht ganz eigenen Vorstellungen, die ich am Donnerstag in einem Artikel zum 13. August noch einmal andeutungsweise darlegte. Der Tenor der Presseberichterstattung über diesen Artikel war am Freitag, die Bundesregierung müsse neue Wege in der Deutschland- und Berlinpolitik beschreiten. Diese Tendenz kam in einigen Zeitungen schon in der Überschrift zum Ausdruck²⁸. Dazu gehört freilich auch, unter bestimmten Voraussetzungen eine modifizierte Politik gegenüber Ostberlin zu entwickeln. Daran scheint aber in Schröders Planungen nicht gedacht zu sein. Um solche Überlegungen wenigstens der eigenen Partei nahezubringen, werde ich am Montag unsere Führungsorgane mit einer neuen deutschlandpolitischen Dokumentation beliefern: sie enthält etwa zwanzig Rundfunk- und Zeitungskommentare aus den letzten zwei Monaten, in denen sich bekannte deutsche Journalisten und Publizisten für eine zum Teil ziemlich weitgehende Änderung der bisherigen deutschen Wiedervereinigungspolitik aussprachen. Ich befinde mich mithin in guter Gesellschaft.

Freitag, den 16. August 1963

Am Vormittag Anruf von Flüge. Er berichtet über Hintergründe für die auffallende Zurückhaltung von Wehner und Erler im Meinungsstreit um das Moskauer Abkommen. F. hatte dieser Tage ein Gespräch mit Erler, das folgendes ergab: die SPD betrachtet die gegenwärtige Situation aus der Perspektive des Bundestagswahlkampfes 1965; sie sei an der völligen Zerstrittenheit der Regierungskoalition lebhaft interessiert. Darum haben weder Wehner noch Erler in den letzten Wochen klare Stellungnahmen zum Teststopp abgegeben, um nicht CDU und CSU wieder zusammenzubringen. Erler habe erklärt, die SPD sei unter keiner Bedingung bereit, vor 1965 in eine Bundesregierung hineinzugehen; und das auch dann nicht, wenn die FDP aus der Koalition austreten und der SPD ein Bündnis anbieten sollte. Nach Aussagen Flügges denkt die SPD auch nicht daran, ihre alten Pläne einer schwarz-roten Koalition zu diesem Zeitpunkt weiterzuverfolgen. Erler habe erklärt, daß Männer wie Brentano und Strauß für die Sozialdemokraten völlig unakzeptabel seien.

²⁸ „FDP: Neue Wege beschreiten“ in *Frankfurter Rundschau* vom 9.8.1963; gleiche Überschrift im *Kölner Stadtanzeiger*; „FDP verlangt neue, mutige Wege zur Wiedervereinigung“ in der *Velberter Zeitung* usw.

Wie F. weiter berichtete, habe er aus der unmittelbaren Umgebung von Strauß erfahren, daß die CSU fest entschlossen sei, die Ablösung Buchers durch einen CSU-Justizminister bei Erhard durchzusetzen. Bisher sei jedoch nicht bekannt, ob sich Erhard in dieser Frage entschieden habe. – Ich gab diese Information sogleich an Mende weiter.

Eine Auswertung der jüngsten EMNID-Information durch die Bundesgeschäftsstelle ergab, daß die SPD seit der Jahreswende 1962/63 in der Wertschätzung der Befragten vor der CDU liegt. Das Übergewicht der SPD habe sich als stabil erwiesen. Darum wohl auch die abwartende Taktik der sozialdemokratischen Führung.

Für die FDP läßt sich dagegen im ersten Halbjahr 1963 noch keine eindeutige Tendenz ablesen. Die Freien Demokraten hätten zwar ihre „etwas kritische Stellung des letzten Jahres überwunden“ und ihren Anteil von 4% im Januar (!) auf immerhin 8 im April verbessert. Doch ergaben Umfragen im Mai und Juni nur noch einen Anteil von 6%. Sollten daran (jedenfalls am Juni-Ergebnis) die Äußerungen Mendes zur Rehabilitierung von Strauß schuld sein?

Donnerstag, den 22. August 1963

Der Streit zwischen Moskau und Peking nimmt allmählich groteske Formen an. Die gegenseitigen Beschuldigungen und Beleidigungen werden von Woche zu Woche maßloser. Dimitrijew hat heute abend, bei einem Essen im „Adler“, die sowjetisch-chinesische Kontroverse ausschließlich ideologisch begründet und die kuriose Behauptung aufgestellt, Pekings Haltung resultiere aus einer fehlenden Verarbeitung der Lenin'schen Theorien bzw. aus der Beschränkung der Chinesen auf die Schriften von Karl Marx. So einfach ist das also. – Erneut fragte D., ob ich nicht 1964 in die UdSSR kommen wolle. Ich will schon, aber bisher fehlt die Einladung. – Inzwischen ist Dehler nach Moskau gereist, um mit den Sowjets über die deutsche Frage zu sprechen. Da wird er wohl nicht viel Neues, vor allem aber nichts Positives erfahren. Man braucht sich nur die überaus negativen Äußerungen des Moskauer Rundfunks oder des Ostberliner Deutschlandsenders zur Absicht Bonns, eigene Entspannungsvorschläge zu präsentieren, ins Gedächtnis zurückrufen. Aber so etwas kann Dehler vermutlich nicht schrecken.

Sonntag, den 31. August 1963, Schrums (Montafon)

Seit fast einer Woche zum Urlaub in Vorarlberg. Aus Deutschland meldet die AZ eine letzte Aussprache zwischen Adenauer und Erhard vor Beginn der offiziellen Koalitionsgespräche mit den Freien Demokraten. Was mögen sich die beiden Intimfeinde in den fünf Stunden ihres Zusammenseins wohl erzählt haben?

Mittwoch, den 11. September 1963

Wieder in Bonn, wo die Kabinettsbildung weitergeht. Mendes Eintritt als Erhards Vizekanzler ist jetzt offenbar beschlossene Sache. Der *Spiegel* meint, daß M. entweder mit dem Wissenschafts- oder mit dem Vertriebenenministerium bedacht werden soll. Das dürfte Lenz kaum schmecken, während Mischnicks Zustimmung wohl zu erwarten ist²⁹.

Mittwoch, den 2. Oktober 1963

Die Verhandlungen zwischen CDU und FDP um eine Regierungsneubildung sind offenbar in eine Sackgasse geraten. Wie Kühlmann heute nachmittag vor der Fraktion berichtete, konnte man sich über eine Senkung der Getreidepreise nicht einigen (Erhard sei dafür, die FDP dagegen). In der Frage der Notstandsgesetzgebung bestehen die Differenzen in der FDP selbst: soll man die Gesetze jetzt verabschieden oder nicht. Keine Einigkeit war vor allem über die Behandlung des „Sozialpakets“ zu erzielen (soll man es aufschnüren?). Ferner Dissens zwischen den Koalitionsparteien über eine versicherungsrechtliche Lösung bei der Lohnfortzahlung.

Ollesch kündigte bereits ein Zerwürfnis mit der CDU/CSU in sozialpolitischen Fragen an, und Opitz plädierte dafür, „lieber die ganze Sache (Sozialpaket – der Verf.) scheitern zu lassen“, als einen Kompromiß zu schließen. Dem stimmte Stammberger lebhaft zu: Wir sollten uns ruhig die „Schwarzen Peter“ in die Tasche schieben lassen; das könne der FDP nur nützen. Mischnick warnte jedoch davor, die Verhandlungen vor dem 15. Oktober (Rücktritt Adenauers) scheitern zu lassen; wir sollten sie vielmehr weiterführen, immer wieder die Forderung nach versicherungsrechtlicher Lösung erheben, das Kindergeldgesetz jedoch aus dem Sozialpaket herausnehmen. Auch Starke und Scheel sprachen sich dafür aus, das von uns selbst geschnürte Paket wieder aufzudröseln.

Adenauer hat inzwischen – nun hoffentlich zum letzten Male – einen weiteren Beweis für seine Unfähigkeit geliefert, eine realistische und für Deutschland nützliche Ostpolitik zu entwickeln. Dem Röhrenembargo im Frühjahr folgte dieser Tage die öffentliche Erörterung eines Weizenembargos gegenüber Moskau. Die barsche Reaktion Mansfields auf Adenauers Überlegungen dürfte die Sinnlosigkeit solcher Pläne bereits deutlich gemacht haben³⁰.

²⁹ Das nach der Kabinettsumbildung im Spätherbst 1962 neu geschaffene Wissenschaftsministerium wurde von Hans Lenz, das Vertriebenenministerium seit 1961 von Wolfgang Mischnick geleitet. M. hatte jedoch schon früher zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, seinen Platz für Mende zu räumen, sobald dieser ins Kabinett eintreten wolle.

³⁰ Adenauer hatte wiederholt in der Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, der Westen solle der UdSSR durch Lieferung von Weizen nicht aus ihren wirtschaftlichen Problemen helfen. Nach einem Bericht der *Stuttgarter Zeitung* vom 4. 10. 1963

Seit gestern hat Genscher einen Vize. Der bisherige Geschäftsführer der rheinhessischen Industrie- und Handelskammer, Dr. Friderichs, hat am 1. Oktober seine Arbeit als Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers im Bonner Talweg aufgenommen. F., den ich im Sommer in Maurers Büro kurz kennenlernte, gilt unter rheinland-pfälzischen Parteifreunden als eine Art Geheimtip, als „kommender Mann“, wie es Kollege M. formulierte. Er scheint enorm tüchtig zu sein. Wir sind gespannt, wie sich Friderichs mit Genscher arrangieren wird.

Freitag, den 4. Oktober 1963

Vor den Landesgeschäftsführern hat Mende heute nachmittag „absolute Übereinstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen“ behauptet. Ausgenommen sei lediglich das Problem der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wenig später gab er jedoch zu, daß diese Übereinstimmung auch noch in den wichtigen Personalfragen des kommenden Kabinetts Erhard gänzlich fehle. Unsere Minimalforderung sei: Mende wird Gesamtdeutscher Minister, Mischnick verläßt das Kabinett. Aber selbst dagegen erhebe sich in der CDU/CSU Widerspruch: Krone wolle M. lieber mit einem Europa-Ministerium abspeisen, was er – Mende – jedoch entschieden abgelehnt habe³¹.

M. ging dann kurz auf die außenpolitische Lage ein. Nach seinen Informationen seien die USA und Großbritannien bereit, den Sowjets weiter entgegenzukommen. Die Weizenkäufe der UdSSR dienten der Bevorratung im Konflikt zwischen Moskau und Peking. Doch Adenauer und de Gaulle wollten das verhindern. Mende übte scharfe Kritik an des Kanzlers Embargo-Politik und damit an dessen ostpolitischen Vorstellungen. „Wer heute nicht bereit ist, mit Chruschtschow zu verhandeln, der wird morgen mit den sowjetischen Generälen zu verhandeln haben“, meinte unser Parteivorsitzender, sich hier ganz der amerikanischen Position anpassend. Andererseits vertrat M., abweichend vom Standpunkt Washingtons die Auffassung, West-Berlin müsse unbedingt in das Teststop-Abkommen einbezogen werden. Hier hätten wir die Unterstützung von Gerhard Schröder, meinte Mende.

Anschließend beschäftigten sich die Landesgeschäftsführer mit technischen und organisatorischen Problemen. Dabei wurde Kritik an der fdk laut. Rieger bemängelte, daß die Korrespondenz in der Presse nur noch unzureichend berücksichtigt werde. Dem widersprach Moersch mit dem Hinweis, daß sich der Abdruck der fdk-Artikel in den letzten drei Jahren (nach Angaben des Archivs des Bundestages) verachtfacht (!) habe. Das

Fortsetzung Fußnote von Seite 162

hatte Mansfield scharfe Kritik an diesen Äußerungen geübt und Adenauer „Scheinehrlichkeit“ vorgeworfen.

³¹ Ursprünglich hatte die FDP laut Mende sechs Minister ohne zusätzliche Ressorts gefordert.

entspricht auch eigenen Feststellungen anhand der von mir gesammelten Zitate. Sehr positiv wurde „liberal“ beurteilt³², der Schnelldienst dagegen wegen seiner „zu langen Riemen“ kritisiert.

Samstag, den 5. Oktober 1963

Die Entscheidung ist gefallen: Mende wird nun doch Minister. Nachdem in den letzten Wochen die Zahl derer in der FDP-Führung gewachsen war, die Mende zum Verzicht auf einen Kabinettsposten rieten, hat die Mehrheit des Hauptausschusses heute nach sechsstündigen Beratungen entschieden: Mende soll als „Stellvertreter des Bundeskanzlers und Leiter eines Ressorts“ dem Erhard-Kabinett angehören.

Die Bedenken vieler Parteifreunde gegen einen Eintritt des Vorsitzenden in die Bundesregierung resultierten offensichtlich nicht allein aus organisatorischen, personalpolitischen oder allgemeinpolitischen Erwägungen. Im Rheinsaal des Kölner Messegeländes wurde heute vormittag nach dem Bericht von Kühlmanns über die Koalitionsverhandlungen auch deutlich, daß Mende nach dem Münchner Parteitag weiter an Ansehen in der Partei verloren hat. Dazu dürften neben seinen verwirrenden Strauß-Plädoyers auch gewisse Illustrierten-Interviews beigetragen haben, in denen sich der Vorsitzende allzu selbstgefällig produzierte³³.

Jedenfalls sprachen sich heute Karry, Ehrich, Frankenfeld, Hamm-Brücher und Zoglmann dafür aus, es bei der bisherigen Ministermannschaft zu lassen, also Mischnick nicht zurückzuziehen und damit Mende den Verzicht auf einen Kabinettsposten nahelegen. Doch die Mehrheit meinte – wohl zu Recht – daß eine solche Lösung nicht praktikabel sei. Mende ist nun mal unser Vorsitzender, der erste Mann der Partei. Wir müssen uns also, wie es Frau Lüders ausdrückte, „geschlossen vor unseren Parteivorsitzenden stellen“ und ihn ins Kabinett schicken. Doch was er dort zu tun haben wird, ist noch immer unklar. Nach Auffassung unserer Verhandlungsdelegation kommen nur das Innenministerium, das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen oder das Ministerium Krones (Verteidigungsrat) in Frage. Der sechste Minister ist für die FDP offensichtlich nicht mehr drin (gottseidank!). Da aber Mischnick erneut Bereitschaft zu erkennen gab, seinen Platz für Mende freizumachen, dürfte es hier keine größeren Schwierigkeiten geben.

Aber auch in den Sachfragen ist man sich mit den Unionsparteien noch keineswegs einig. Vor allem bei der Sozialpolitik klaffen die Meinungen

³² Die Zeitschrift *liberal* hatte 1962 eine Auflage von 4000 bis 4500 Exemplaren. Die Kosten der vier Hefte und zwei Sonderhefte in diesem Jahr betrugen 15000 DM, die Einnahmen 1500,- DM (nach auf der Sitzung gemachten Angaben der Bundesgeschäftsstelle).

³³ Zum Beispiel das Interview mit der *Quick* vom 9.6. 1963 („Ich mach' es wie Bob Kennedy“) das u. a. die satirische Zeitschrift *Pardon* in ihrer Nr. 8 von August 1963 zu dem Glossarium „Ein Tag mit Erich Mende“ veranlaßte.

nach Angaben Kühlmanns nach wie vor weit auseinander. Es zeigt sich, daß eine Koalition mit Erhard kaum leichter zustande zu bringen ist als mit seinem Vorgänger Adenauer.

Nachdem der Hauptausschuß sich entsprechend dem Bericht des Vorsitzenden zur außenpolitischen Lage für eine „Unterstützung der westlichen Entspannungsbemühungen durch die Bundesrepublik Deutschland“ ausgesprochen hatte, fuhren die Delegierten mit der Gewißheit nach Hause, daß bis zum 15. Oktober wohl doch noch alles – wenn auch recht und schlecht – unter Dach und Fach sein wird.

Dienstag, den 8. Oktober 1963

Die Diskussion der künftigen Außenpolitik unter der Kanzlerschaft Erhard führte heute vormittag im Außenpolitischen Arbeitskreis zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“. Achenbach war wieder Wortführer der letzteren. Er überhäufte Schröder mit Spott und warnte ein ums andere Mal vor einem Satellitentum in Bezug auf die USA. Mende, der dem Deutschlandmemorandum des Außenministers zugestimmt hatte, ohne zuvor den Arbeitskreis zu informieren, wurde von Achenbach getadelt („Ich gebe Schröder eine Authorisation (sic!) zu diesem Plan nicht“). Als Mälzig ironisch fragte, ob Achenbach denn lieber ein Satellit von de Gaulle oder von Kennedy sei, rief Sonnenhol dazwischen: „Von de Gaulle!“ Doch Achenbach ließ sich nicht aus dem Konzept bringen und prophezeite erneut (wider besseres Wissen?), wir würden in den „deutschen Dingen“ die Unterstützung Frankreichs gewinnen können, wenn wir uns nur auf die Seite des Generals schlugen. In diesem Irrtum bestärkte ihn leider Sonnenhol, der behauptete, in Frankreich sei das Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands größer als in den USA.

Mende und Dehler hielten dagegen. Mende, indem er Achenbach mit der Bemerkung provozierte, es sei gut, daß Schröder die amerikanische Linie vertrete – „dafür verdient er Anerkennung“. Und Dehler, der sich über Achenbachs positive Bemerkungen zur außenpolitischen Linie des CSU-Barons von Guttenberg ärgerte, meinte: „Guttenberg vertritt die Politik des Kalten Krieges, wir müssen versuchen, mit Schröder Politik zu machen ... In der aktuellen Politik haben wir von de Gaulle nichts zu erwarten“.

Ertl, der gegen Ende der Arbeitskreissitzung erschien, berichtete zur allgemeinen Überraschung, im Arbeitskreis V (Landwirtschaft) sei soeben beschlossen worden, daß die bäuerlichen Abgeordneten bei der Kanzlerwahl Erhard ihre Stimme nicht geben wollen – wegen der unklaren Agrarpolitik.

So verworren wie die Linie unseres Arbeitskreises ist auch nach wie vor die Ostpolitik der Unionsparteien. Am Wochenende haben Schröder und

Adenauer ihre unterschiedlichen Standpunkte in kaum verhüllter Form noch einmal öffentlich dargetan. Der Kanzler mit einer Philippika gegen die Entspannungspolitik und drastischen, abwertenden Bemerkungen zum Osthandel; Schröder mit der Ankündigung weiterer Vereinbarungen über den Austausch von Handelsvertretungen mit Rumänien, der CSSR und Bulgarien. Am positivsten war der FDP-Hauptausschuß, dessen von mir entworfene Erklärung mit der zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten optimistischen Stellungnahme Ruskis über neue Entspannungsmöglichkeiten harmoniert.

Mittwoch, den 9. Oktober 1963

Nach Ansicht Dimitrijews soll Dehler bei seinem Besuch in der Sowjetunion einen sehr positiven Eindruck gewonnen haben. Ich entgegnete, das gelte gewiß nicht für die Haltung Moskaus in der Deutschlandfrage, wo D. eher negativ beeindruckt gewesen sei. Dimitrijew wechselte das Thema: die Einladung der sowjetischen Regierung an den Deutschen Bundestag werde aufrechterhalten. Man hoffe, daß sie von den Deutschen doch noch wahrgenommen werde. Vielleicht, nach dem Kanzlerwechsel ...

In Bonn herrscht noch immer Verwirrung um einen angeblich geheimen Brief Adenauers an Chruschtschow. Niemand kann sagen, ob die Geschichte von dem Angebot eines zehnjährigen „Burgfriedens“ mit der Sowjetunion wirklich stimmt³⁴. Der Vorgang ist jedoch bezeichnend für den völligen Kuddelmuddel in der Adenauerschen Ost- und Deutschlandpolitik. Es wird höchste Zeit, daß dieser Herr in Pension geht.

Freitag, den 11. Oktober 1963

Vier Tage vor dem Rücktritt Adenauers ist die neue Koalition noch immer nicht perfekt. Lübke soll, wie Tönnies heute berichtete, bereits auf die zunehmende Zeitnot hingewiesen haben. Zumal der Präsident am 23. Oktober Bonn verlassen will und dann nicht mehr in der Lage wäre, die Bestallungsurkunden für die Minister auszufertigen. Grund für die Verzögerung ist die Tatsache, daß wir uns mit der CDU/CSU bisher über die personellen Fragen nicht einigen konnten. Offenbar war die Taktik unserer Verhandlungsdelegation, dieses Thema erst am Schluß anzuschneiden, doch nicht so sinnvoll, wie es zunächst schien.

³⁴ Am 6.6.1962 hatte Adenauer dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, eine „Art Waffenstillstand“ angeboten: zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sollte der status quo erhalten bleiben unter der Bedingung, daß die Menschen in der DDR freier leben könnten. 1963 führte Adenauers Skepsis gegenüber der Entspannungspolitik Kennedys zu Überlegungen über direkte deutsch-sowjetische Gespräche. Es kam zu einer Reihe von offiziellen und inoffiziellen Kontakten, ohne daß ein Brief, wie Schollwer ihn erwähnt, geschrieben wurde. Zu beiden Vorgängen s. H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, a.a.O., S. 750f. und S. 843f.

Adenauer muß sich zum Schluß seiner politischen Karriere noch manch unfreundlichen Nachruf von Freund und Feind gefallen lassen. Bei seinem Abschiedsbesuch in Berlin tadelte Brandt des Alten Berlin-Abstinenz, Parteifreund Kiesinger kritisierte Adenauer in Stanford wegen dessen Verhalten in der Präsidentenfrage. Doch bestimmt werden sich die Lobredner auch noch rechtzeitig zu Wort melden.

Dienstag, den 15. Oktober 1963

Heute vormittag hat der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer verabschiedet. Des Kanzlers Intimfeind Gerstenmaier war als Bundestagspräsident verpflichtet, die Laudatio zu halten. Er hat sich dieser Aufgabe – wie immer – mit Bravour entledigt, nicht ohne gelegentliche kritische Distanz zum Geehrten, würdig und ohne Schmeicheleien.

Die Fraktion trat am frühen Nachmittag zusammen, u. a. um den Zeitplan der Regierungsbildung zu erörtern. Nach wie vor herrscht über die Zusammensetzung des Erhard-Kabinetts Unklarheit. Die von Effertz überbrachte Nachricht, Barzel sei als Staatsminister im Bundeskanzleramt vorgesehen, kommentierte Kühlmann mit der Bemerkung, Erhard werde damit „auf Granit beißen“. Wenn er das mache, bekäme er unsere Stimmen bei der Kanzlerwahl nicht. Mende assistierte: das wäre eine Ausweitung des Kabinetts, die nicht akzeptiert werden könne. Meinte Zoglmann sarkastisch: der neue Stil Erhards unterscheide sich von dem Adenauers offenbar dadurch, daß man jetzt wenigstens vorher wisse, wenn man überfahren werden solle.

Kanzlerwahl. Passierscheinverhandlungen

Donnerstag, den 17. Oktober 1963

Erhards Wahl zum Bundeskanzler ging gestern nicht ohne Pannen vonstatten. Offenbar haben nicht alle Koalitionsabgeordneten dem Nachfolger Adenauers ihre Stimme gegeben. Der Alte selbst soll dagegen für seinen ungeliebten Kronprinzen votiert haben. Tönnies mutmaßte heute im *General-Anzeiger*, bäuerliche Abgeordnete der Unionsparteien hätten sich der Stimme enthalten. Auch herrsche bei der CDU Verstimmung über den Wechsel im Gesamtdeutschen Ministerium. Daß Barzel Mende hatte weichen müssen, ist für viele Christdemokraten offenbar ein harter Brocken.

Erhard machte darum auch gestern einen recht nervösen Eindruck. Bei der Vereidigung vergaß er, seine Schwurhand zu heben und nach der Eidesleistung nahm er versehentlich wieder auf seiner Abgeordnetenbank statt auf dem Kanzlerstuhl Platz. Aber auch Mende wirkte heute reichlich verkrampft, als er nach seiner Vereidigung erstmals neben Erhard auf der Regierungsbank Platz nahm. Mende hat übrigens am Dienstag Genscher

um Sondierung bei mir gebeten: ob ich bereit sei, mit in das Gesamtdeutsche Ministerium zu gehen; er wolle keine Personalentscheidungen treffen, bevor er meine Antwort wisse. Ich versprach Genscher, mich bald zu äußern.

Zu den ersten, dringlichsten Personalentscheidungen Mendes gehört die Neubesetzung des Staatssekretär-Postens. Zoglmann hat gestern früh in einer Geheimsitzung der Fraktion die sofortige Entlassung Thediecks gefordert. Sein Vorstoß fand jedoch nur bei Mischnick Unterstützung. Kiep-Altenloh und Starke vertraten mit Kühlmann den Standpunkt, in der Führung des Ministeriums Zurückhaltung zu üben und keine schnelle Entscheidung in dieser Sache zu treffen. Mende, der in der Sitzung auch selbstkritische Worte fand¹, ließ die Entscheidung im Fall Thedieck offen: er hoffe, daß Th. sein Versprechen wahr machen würde, nicht unter einem FDP-Minister zu arbeiten.

Samstag, den 19. Oktober 1963

Ausführlich berichtete heute Thomas Dehler vor der deutschen LWU-Gruppe über seine jüngste Rußlandreise. Sie sei zwar ein Alleingang gewesen, zugleich aber auch eine „Absage an die offizielle Politik, an den Glauben, wir könnten durch Passivität zur Einheit kommen, und eine ausschließlich westlich orientierte Politik führe zur Einheit“. Was Dehler im übrigen Gromyko vorgetragen hat, waren die traditionellen Vorstellungen der FDP aus den fünfziger Jahren: Friedensvertragsentwurf von 1959, Einheit Deutschlands als Voraussetzung für den Frieden in Europa usw. Gromyko habe erwidert, die beiden deutschen Staaten müßten sich einigen – das werde die Sowjetunion anerkennen. Die Anerkennung der Zweistaatlichkeit durch Bonn sei notwendig; jeder andere Weg führe zum Krieg. In diesem Punkte sei die Haltung der Sowjetunion „hart wie Granit“. Dehler über Gromyko: „Es war widerlich. G. ist ein widerlicher Geselle mit graugrünem Gesicht und schiefer Nase“.

Das Gespräch mit Chruschtschow sei „im Ton viel humaner“ gewesen, aber in der Sache auch sehr hart. Der sowjetische Regierungschef habe ihm gesagt, es gebe nur eine Alternative: Krieg oder Friedensvertrag. Adenauer wolle durch die NATO zur Wiedervereinigung kommen. Was habe er erreicht? Niemand wolle die Wiedervereinigung. Adenauer wolle die DDR nur schlucken. Dehler: Für Chruschtschow ist das Gesellschaftspolitische sehr bedeutsam. Man müsse auf die Sowjetpolitiker einwirken und sie überzeugen, daß wir keine Revanchisten und Militaristen seien. Kluthe, der sich als „zorniger junger Mann der goldenen Mitte“ empfahl,

¹ Mende am 16. 10. vor der FDP-Bundestagsfraktion: „Es ist nicht einfach, zwei Jahre lang das Ziel von Spott und Beschimpfungen zu sein. Ich habe gewiß manchmal selbst Veranlassung dazu gegeben.“ (Aufzeichnung d. Verf. während der Fraktionssitzung).

wies auf die Gefahren westlicher Entspannungspolitik hin und meinte, er könne sich Adenauer sehr gut als Mitglied der FDP vorstellen.

Gestern machte ich die Bekanntschaft des einstmaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Otto John. J. besuchte Moersch, der mich zu dem Gespräch hinzuzog. John will Revision einlegen gegen das über ihn gefällte Urteil. Er trägt sich mit Plänen zur Reorganisation des Verfassungsschutzes (Analyse der radikalen Parteien) und beklagte, daß man seinerzeit den Altreichskanzler Brüning auf Anweisung Adenauers aus der Bundesrepublik „hinausgeekelt“ habe. Unser ehemaliger oberster Verfassungsschützer, der vor neun Jahren auf immer noch ungeklärte Weise in die DDR „übersiedelte“, machte auf mich menschlich keinen schlechten Eindruck. Manche seiner Äußerungen weckten indes Zweifel, ob dieser Mann politische Realitäten wahrzunehmen imstande ist.

Moersch teilte mir gestern mit, Genscher und Brodesser seien der Ansicht, ich solle als politischer Referent Mendes ins Ministerium gehen. Man wolle mich dort in der Pressestelle im Range eines Regierungsdirektors unterbringen. Das wäre nicht schlecht.

Dienstag, den 22. Oktober 1963

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung legte Mende den Vorsitz nieder. Kühlmann wurde beauftragt, bis zu den Vorstandswahlen am 5. 11. die Geschäfte der Fraktion zu führen. Dann debattierte man ausführlich die jüngsten Koalitionsdifferenzen². Dabei teilte Mende mit, Thedieck habe inzwischen ein Rücktrittsgesuch eingereicht, doch Lübke wollte zunächst den Staatssekretär nicht aus seinem Amt entlassen. Inzwischen habe sich der Bundespräsident jedoch anders besonnen und die Demission angenommen. Nach einem Hin und Her über die „Gefahren“ des von der SPD beantragten Untersuchungsausschusses in Sachen Abhörraffäre des Verfassungsschutzes wandte man sich Erhards Regierungserklärung sowie der Haushaltssituation zu. Eine kleine Kommission soll sich Gedanken über eine Etat-Begrenzung machen.

Erhards Regierungsprogramm hat übrigens jenseits des Eisernen Vorhangs bisher ein eher zurückhaltendes, abwartendes Echo gefunden. Immerhin war bei den ersten Stellungnahmen aus der Sowjetunion ein fast versöhnlicher Ton zu hören – wohl als Antwort auf des Kanzlers Bereitschaft, sich um bessere Beziehungen zu Osteuropa zu bemühen. Ob damit aber auch jene Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom

² Mende, der die Fraktion sechs Jahre lang geführt hatte, machte am 22. 10. seinen Platz am Vorstandstisch für Kühlmann mit der Bemerkung frei, „ich bitte keine politischen Schlüsse daraus zu ziehen, daß ich zwei Plätze nach links gerückt bin“. Bei den Koalitionsdifferenzen ging es u. a. auch um CDU-Attacken auf den FDP-Abgeordneten Dürr wegen dessen Verhalten im Immunitätsausschuß des Bundestages in Sachsen des SPD-Abgeordneten Jahn, der beschuldigt worden war, dem *Spiegel* ein Protokoll des Bundestags-Verteidigungsausschusses zugespielt zu haben.

11. Oktober überholt ist, in der der bekannte sowjetische Standpunkt in der Deutschland- und Berlin-Frage noch einmal mit Härte bekräftigt wurde, ist zu bezweifeln.³

Mittwoch, den 30. Oktober 1963

Die Thedieck-Lobby in der Union gibt keine Ruhe. Die *Politisch-Soziale Korrespondenz* hat in ihrer letzten Ausgabe wieder eine Attacke gegen Mende geritten, die freilich noch bedenklicher ist als die vorausgegangenen. Das dort behauptete Junktim zwischen einem Staatssekretär Thedieck und einer „realen, nüchternen“ Deutschlandpolitik ist nicht nur absurd, wenn man an die Deutschlandpolitik Adenauers denkt, sondern auch staatspolitisch äußerst bedenklich. Denn bisher wurde gottlob in unserem Staate die Politik nicht von Staatssekretären, sondern von Ministern gemacht. Ich habe heute in der fdK dieses neueste Elaborat mit der gebührenden Schärfe zurückgewiesen.

Dienstag, den 5. November 1963

Die Mende-Ära der Fraktion ging heute endgültig zuende. Mit 49 von 57 Stimmen wählten die Abgeordneten am Nachmittag Herrn von Kühlmann zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der bekannte nach seiner Wahl freimütig, er wisse, daß seine Art „von weniger Wohlwollenden als arrogant, von Wohlwollenden als kommissig“ bezeichnet werde. Ich bin gespannt, wie er seine neue Aufgabe bewältigen wird⁴.

Mischnick wurde einer von Kühlmanns Stellvertretern, er bekam die meisten Stimmen – Dank für den Verzicht auf einen Ministerposten zugunsten Mendes.

Samstag, den 9. November 1963

Zwei Tage mit Walper und Bursig in Brüssel bei den Gemeinschaften, mein erster Besuch in der „Hauptstadt der EWG“. Wir fanden sehr aufgeschlossene Gesprächspartner, die sich erfreut über unser Interesse an Arbeit und Vorstellungen der Brüsseler Behörden zeigten (sie sind in dieser Beziehung offenbar nicht verwöhnt). Hauptthema unserer Gespräche: die Vorarbeiten zur Fusion der Ministerräte und Exekutivorgane der Gemeinschaften. Krekeler, den wir gestern vormittag sprachen, forderte eine Ratifizierung der Fusion durch die nationalen Parlamente und setzte sich für eine Vierzehner-Lösung in der kommenden gemeinsamen Exekutive ein.

³ Am 1. 10. 1963 hatte das sowjetische Außenministerium in einer Erklärung zur Adenauers „Burgfrieden“ – Angebot vom 6. 6. 1962 Stellung genommen und dabei den unveränderten Standpunkt Moskaus in der Deutschland- und Berlin-Politik bekräftigt.

⁴ Zu weiteren, gleichberechtigten Stellvertretern Kühlmanns wurden gewählt: Siegfried Zoglmann (47 Stimmen) und Fritz Rudolf Schultz (45 Stimmen). Mischnick erhielt 50 der abgegebenen Stimmen.

Auch meinte K., daß die Kompetenzen des europäischen Parlamentes schon in naher Zukunft in zweifacher Weise erweitert werden könnten: durch die Gewährung der Gesetzesinitiative und des Budgetrechts.

Am Donnerstag beim Liberalen Kreis im Restaurant Ravenstein⁵. Dieser Kreis ist der bisher einzige politische Zusammenschluß der bei den Gemeinschaften tätigen Deutschen. Neben europäischen Fragen wird hier in besonderem Maße das deutsche Problem diskutiert. Dabei sind zum Teil recht unkonventionelle Auffassungen zu hören; sie liegen etwa auf der Linie der von mir seit 1962 geforderten neuen Deutschlandpolitik. Bei der Europa-Politik scheint die Ansicht zu überwiegen, daß es zunächst notwendig sei, die Gemeinschaft der Sechs in Ordnung zu bringen, ehe man an eine Erweiterung der EWG herangeht. Es war jedenfalls ein lohnender Abend.

Dienstag, den 12. November 1963

Friderichs teilte mir heute Einzelheiten der beabsichtigten Neuorganisation der Parteileitung mit; die Entscheidung darüber soll noch diese Woche fallen. Über die personellen Konsequenzen schwieg er sich jedoch aus. Gestern abend, beim Abschiedsempfang für Luchsinger im Amerikanischen Club, ein langes Gespräch mit Marian Podkowinski. P. prophezeite eine wesentliche Änderung der DDR-Politik in absehbarer Zeit („auch drüben gibt es anständige Kerle“, die nicht könnten wie sie wollten); er lobte die FDP und ihre Ostpolitik und versicherte, Adenauer und Mende hätten ihm „unter vier Augen“ gesagt, sie hielten die Oder/Neiße-Grenze für endgültig.

Donnerstag, den 14. November 1963

Beglückt äußerte sich Mende heute nachmittag vor dem Bundesvorstand über seine Zusammenarbeit mit Erhard: der Kanzler halte sich an sämtliche Zusagen (welche?), übermittele seinem Vize alle AA-Telegramme und so fort. Allerdings: während die FDP Erhards Regierungserklärung positiv beurteile, sei das Urteil der CDU in dieser Sache nicht so einhellig. Dort seien Tendenzen zur schwarz-roten Koalition unverkennbar. Für uns stelle sich folgendes Problem: Da Erhard die „Wahllokomotive“ dieser Koalition sei, werde möglicherweise mancher unserer Wähler von 1961 im Jahre 1965 die CDU wählen; Mende rechnet mit einem „temporären Umschichtungsprozeß“ in der Wählerschaft. Dennoch dürfe die FDP jetzt nicht genau so agieren wie seinerzeit unter Adenauer. Sonst werde man sagen: „Diese Kerle sind nicht koalitionsfähig“.

⁵ Der „Liberale Kreis Brüssel“ war Anfang 1963 auf Initiative von Benno Risch gegründet worden, er führte damals regelmäßige Zusammenkünfte im engeren Kreis (6 Personen, nur FDP-Mitglieder) und im erweiterten Kreis (25 Personen) durch.

In der SPD gibt es nach Mende zwei Richtungen: die Brandt-Richtung sei bereit, mit der FDP zu koalieren, während Wehner und seine Leute eine Koalition mit der CDU vorzögen.

Zuvor war eine Wahlkampfkommission für '65 gebildet worden⁶. Mischnick hatte sich bereit erklärt, deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Aufnahme eines LSD-Vertreters in die Kommission scheiterte am Veto Mendes. Der ereiferte sich minutenlang über das „parteischädigende Verhalten“ der liberalen Studenten, vor allem Klaus Horns – die DDR-Kontakte waren der Stein des Anstoßes⁷.

Gestern hat der sowjetische UNO-Botschafter Nowikow vor den Vereinten Nationen eine Rede gegen die Bundesrepublik gehalten, die alles an Beschimpfungen und Verleumdungen übertrifft, was wir seit Stalins Zeiten von den Sowjets haben hinnehmen müssen⁸. Das steht in einem eigenartigen Kontrast zu der heutigen Behauptung Mendes, Chruschtschow sei von Dehlers Argumenten sehr beeindruckt gewesen, und diese hätten auch die Gespräche zwischen Gromyko und Ulbricht beeinflusst.

Freitag, den 22. November 1963

Heute abend waren wir beim Ehepaar Marx zu Gast, als um 20.30 Uhr die Nachbarin erregt an der Wohnungstür klingelte: Kennedy sei den schweren Verletzungen erlegen, die er bei einem Attentat in Dallas (Texas) erlitten habe. – Welch eine Tragödie nicht nur für die Amerikaner! Man hat das Gefühl, als sei die freie Welt plötzlich ohne Führung, als sei die Menschheit in eine gefährliche Krise geraten. Niemand vermag sich im Augenblick die Konsequenzen dieses Unglücks auszumalen.

Ich telefonierte sogleich mit Mende, der Erhard vertritt und schon eine Erklärung abgesetzt hatte. Dann fuhren wir mit dem Ehepaar Marx in unsere Wohnung, um dort am Fernsehschirm die Nachrichten und Berichte über den Tod Kennedys zu verfolgen.

Sonntag, den 24. November 1963

Heute mittag in Werner Höfers Frühschoppen erklärte CBS-Korrespondent Daniel Schorr sichtlich bewegt, er habe zwar schon immer gewußt, daß die Amerikaner in der Bundesrepublik geschätzt würden; nun aber wisse er, daß man sie auch „liebe“. Mir scheint das ein Mißverständnis zu

⁶ Zu Mitgliedern der Wahlkampfkommission wurden bestimmt: Mende, von Kühlmann, Effertz, Emde, Engelhardt, Friderichs, Genscher, Haussmann, Lenz, Leverenz, Mischnick, Rubin, Starke, Weyer, sowie ein Vertreter der DJD (mit beratender Stimme). Außerdem: Abteilungsleiter und Referenten der Bundesgeschäftsstelle.

⁷ Klaus Horn hatte – seitdem er bereits im Januar 1961 den Präsidenten der DDR-Volkskammer, Johannes Dieckmann, zu einer Veranstaltung nach Marburg eingeladen hatte – immer wieder Gespräche mit führenden LDPD-Funktionären geführt.

⁸ Vgl. ADG 1963, S. 10907.

sein: die außerordentliche Anteilnahme an dem tragischen Tod Kennedys hat doch wohl eher mit der allgemeinen Bewunderung und Verehrung für den verstorbenen Präsidenten als mit einer allgemeinen Liebe für die Amerikaner zu tun. Deren Verhalten ist für uns oft unverständlich, wenn nicht schockierend. Denn was z. B. heute abend aus Dallas bekannt wurde, zeugt von einer unvorstellbaren Atmosphäre der Gewalttätigkeit, die dieses Land zu beherrschen scheint: der vermeintliche Kennedy-Attentäter, Lee Harvey Oswald, wurde am Nachmittag im Polizeipräsidium von Dallas von dem Besitzer eines Striptease-Lokals niedergeschossen und getötet.

Montag, den 25. November 1963

Mende meinte heute morgen im „Team“, der 22. 11. habe die völlige Unzulänglichkeit der Nachrichtenübermittlung innerhalb der Bundesregierung bei Abwesenheit des Regierungschefs unter Beweis gestellt. Erhards Sonderzug, der an diesem Tage von Paris nach Bonn fuhr, besaß kein Telefon. Der Zug mußte auf jeder Station halten, damit dort über Fernschreiben oder Fernsprecher die letzten Informationen eingeholt werden konnten. Das Kabinett habe inzwischen einen Sonderausschuß gebildet, der entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll.

Verärgert zeigte sich unser Vorsitzender über Brandt, der ohne Abstimmung mit der Bundesregierung zur Kennedy-Trauerfeier nach Washington gefahren sei. Empörung herrsche deshalb bei Gerstenmaier und Lübke. Mit seinem Verhalten unterstreiche Brandt die Dreistaaten-Theorie Chruschtschows.

Schließlich unterrichtete uns M. darüber, daß gegenwärtig Verhandlungen über eine Erhöhung des Swing im Interzonenhandel um 400 Mio im Gange sei. Für diesen Betrag sollen Nahrungs- und Genußmittel in die SBZ geliefert werden; als Gegenleistung wolle man von Ostberlin Erleichterungen für die mitteldeutsche Bevölkerung einhandeln.

Donnerstag, den 28. November 1963

Bei einem Essen mit Novotny vom Prager Rundfunk und dessen Kollegen L. äußerten sich beide Herren auffallend optimistisch über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Prag und Bonn. Sie bewerteten Dehlers Reise in die CSSR besonders positiv und meinten, das deutsche Volk werde D. eines Tages noch dafür danken, daß er mit seinen Reisen nach Moskau und Prag Osteuropa wiederentdeckt habe⁹. L.: Die gegenwärtige Entwicklung ist ein „breiter Strom“, der auf weite Sicht seine Wirkungen zeitigen werde. Diese Ostpolitik werde auch auf innerdeutschem Gebiet zu einer Entspannung beitragen.

⁹ Dehler hielt sich vom 15. bis 19. 11. 1963 auf Einladung des Vors. der Nationalversammlung der CSSR in der Tschechoslowakei zu politischen Gesprächen auf. Er wurde am 18. 11. auch von Präsident Novotny empfangen.

Novotny wies jedoch die von westdeutschen Politikern vertretene Ansicht, erst müsse die DDR bestimmte Bedingungen erfüllen, bevor eine Besserung der innerdeutschen Beziehungen möglich sei, als unrealistisch zurück. L. fügte allerdings hinzu, Washington und Moskau sollten ihren Einfluß geltend machen, um die Verständigungsbereitschaft beider Seiten zu stärken. In dieser Hinsicht sei vor dem Tode Kennedys schon einiges im Gange gewesen. Eine Synchronisierung von innerdeutschen Gesprächen mit Erleichterungen für die Zonenbevölkerung sei diskutabel. Damit hat mein fdk-Artikel vom Dienstag indirekt eine interessante, keineswegs gänzlich ablehnende Kommentierung von östlicher Seite erfahren.¹⁰

Die für den 14. Dezember geplante außenpolitische Debatte des Bundestages wurde heute abgesagt. Man will in Bonn erst die Folgen des Präsidentenwechsels in den USA übersehen können. Johnson hat gestern vor dem Kongreß eine beachtliche Rede gehalten, die freilich noch einige Fragen offenläßt; insbesondere herrscht über die künftige amerikanische Europa-Politik keine Klarheit.

Montag, den 2. Dezember 1963

Wir mir Dimitrijew heute berichtete, hat Achenbach kürzlich dem sowjetischen Diplomaten die Veröffentlichung eines Artikels angekündigt, in dem die Wiedervereinigungsplanungen der Freien Demokraten dargelegt werden sollen. Bisher aber sei der Beitrag noch nicht erschienen. Hoffentlich bleibt es dabei.

Pessimistisch äußerte sich D. zu den für Anfang kommenden Jahres vorgesehenen deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen. Er wies dabei auf angebliche Äußerungen Erhards hin, wonach Bonn an einer Ausweitung seiner Handelsbeziehungen mit Moskau nicht interessiert und auch nicht bereit sei, langfristige Kredite zu geben. Hier handelt es sich offenbar um eine freie Interpretation der Absicht der Bundesregierung, sich an NATO-Empfehlungen zu halten, wonach osteuropäische Staaten keine über fünf Jahre hinaus laufenden Kredite gewährt werden sollen.

¹⁰ W. Schollwer: „Der Sinn innerdeutscher Beziehungen – Zum Interview des Stern mit Herrn Ulbricht“ – in fdk 14/92 vom 26. 11. 1963. – Dazu schrieb Wolfgang Wagner im *Tagesspiegel* am 27. 11.: „In der Umgebung des neuen gesamtdeutschen Ministers Mende (FDP) ist am Donnerstag angedeutet worden, daß ‚innerdeutsche Verhandlungen‘ mit den Machthabern in Ost-Berlin nicht unter allen Umständen abzulehnen seien. Die Andeutung befindet sich in einer Stellungnahme der ‚Freien Demokratischen Korrespondenz‘, eines offiziellen Organs der FDP, zu dem jüngsten Interview Ulbrichts mit der Illustrierten ‚Stern‘. Die Vorschläge Ulbrichts über eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der ‚DDR‘, über paritätisch zusammengesetzte gemeinsame Kommissionen und über ‚innerdeutsche Verhandlungen‘ seien ‚für sich genommen durchaus nicht völlig abwegig‘, heißt es in einem Artikel, den der FDP-Pressechef Schollwer verfaßt hat.“

Sodann beklagte Dimitrijew die nach wie vor schlechten Beziehungen zwischen unseren Staaten. Bonn sei offenbar nicht nur an guten Handelsbeziehungen, sondern auch an einem Kulturabkommen desinteressiert. Wirtschafts- und Kulturbeziehungen seien aber Voraussetzungen für bessere politische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Wann könne man endlich mit einer Liquidierung der sogenannten Hallstein-Doktrin rechnen? Ich wies auf bereits stattgefundene Modifizierungen hin, doch davon schien D. nicht beeindruckt zu sein¹¹.

Das erste Gespräch zwischen Johnson und Mikojan in Washington ist nach Angaben des sowjetischen Diplomaten positiv verlaufen. D.: alles komme jetzt darauf an, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern. Die Anteilnahme des russischen Volkes am Tod Kennedys sei groß. Auch Beamte der sowjetischen Botschaft hätten es zunächst nicht fassen können, daß Kennedy ermordet worden sei.

Heute morgen im „Team“ meinte Mende zu mir, wenn sein Ministerium nicht so schlechte Gehälter zahlen würde, hätte er mir das Pressereferat „auf einem silbernen Tablett“ angeboten. Ich frage mich, ob das der einzige Grund war, warum er dieses Angebot nicht machte. Moersch schlug die Bildung eines journalistischen Beirats für Mende vor, der sich aus prominenten Journalisten zusammensetzen solle, die sich vorwiegend mit Ost- und Wiedervereinigungsfragen beschäftigen. Eine gute Idee.

Mittwoch, den 4. Dezember 1963

Das Zonenregime hat das am vergangenen Wochenende von Mende erneuerte Kreditabkommen kühl zurückgewiesen¹². Die Leute drüben müssen sich doch sehr unsicher fühlen, zumal M. dieses Angebot vernünftigerweise mit keinerlei politischen Verpflichtungen für die Zonenregierung verknüpfte. Lediglich die Erwartung war ausgesprochen, daß sich die andere Seite zu gewissen menschlichen Erleichterungen bereiterklärt. Wie lange wird man in Ostberlin diesen Kurs noch durchhalten können?

¹¹ Außenminister Schröder hatte am 4. 11. 1963 in einem Interview mit dem NDR erklärt, die osteuropäischen Staaten, die bereits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten, seien ursprünglich nicht unter die Hallstein-Doktrin gefallen, so daß „wir im Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn so weit gehen können, wie wir das bereits angefangen haben“ (also Handelsmissionen – d. Verf.). Zugleich aber hatte Schröder auch den Willen der Bundesregierung bekräftigt, die DDR „nicht weiter aufzuwerten, sie nicht weiter in Erscheinung treten zu lassen.“ (Dokumentation zur Deutschland-Frage, hrsg. v. H. Siegler, Hauptband III, Bonn, Wien, Zürich 1965, S. 289).

¹² Auf der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin wiederholt Mende am 30. 11. ein Kreditangebot an die DDR: „zur Ausweitung des Interzonenhandels für Investitions- und Konsumgüter“. Die Bundesrepublik erwarte jedoch von den DDR-Behörden ein Zeichen des guten Willens, wie z. B. Erleichterungen für politische Häftlinge in der DDR, die Möglichkeit für Westberliner zu Besuchen in Ostberlin und eine Verbesserung der Bedingungen für die Ausreise aus der DDR.

Sonntag, den 8. Dezember 1963

Am Wochenende in Plön und Nidda, Vorträge auf Seminaren der Liberalen Studenten und Jungdemokraten. Letztere hatten offenbar am Abend zuvor sehr lange gefeiert; denn mit anderthalbstündiger Verspätung tauchten heute vormittag sieben völlig verkaterte Judos im Hanauer Hof auf, um sich von mir über „Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Ostpolitik“ informieren zu lassen. Erfreulicher war's beim LSD in Plön: aufmerksame Zuhörer und eine lebhafte Diskussion. Beim Abendessen berichtet mir Klaus Horn über seine Marburger Gespräche mit den LDP-Funktionären Wünsche, Lindner und Linde. Es soll sehr offen gesprochen worden sein, auch auf der LDP-Seite. Aber westdeutsche Polizisten hätten die Funktionäre auf Schritt und Tritt verfolgt. H. beklagte sich darüber, daß es bisher alle von ihm angesprochenen FDP-Abgeordneten abgelehnt hätten, vor dem Marburger LSD zu sprechen. Hier hat wohl Mendes Bannfluch seine Wirkung getan.

Montag, den 9. Dezember 1963

Am Morgen berichtete Mende im „Team“ über den bisherigen Verlauf der Passierschein-Affäre¹³. Nach seiner Auffassung sollte der Senat im Auftrage Bonns verhandeln oder im Einvernehmen mit Bonn, zumindest jedoch, nachdem er sich mit der Bundesregierung ins Benehmen gesetzt habe. Die Passierscheinstellen müßten an der Mauer oder auf den S-Bahnhöfen errichtet werden. Genscher sprach sich für Auftragsverhandlungen des Senats aus. Passierscheinstellen seien in Westberlin nur akzeptabel, wenn Westberliner Beamte hinzugezogen würden und solche Stellen auch in Ostberlin mit Beamten aus Westberlin eingerichtet werden könnten.

Donnerstag, den 12. Dezember 1963

Heute abend gegen 22 Uhr ist Theodor Heuss im Alter von 78 Jahren gestorben; in seinem Stuttgarter Heim erlag er einem Kreislaufkollaps. Nach der Beinamputation im August mußte, wie bekannt wurde, nun auch noch das rechte Bein abgenommen werden. Der Tod hat dem alten Herrn ein langes, qualvolles Siechtum erspart. – Dehler sprach mit bewegter Stimme

¹³ Am 5. 12. hatte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch, in einem Brief an Bürgermeister Brandt die Bereitschaft der DDR-Regierung mitgeteilt, für die Zeit vom 15. 12. 1963 – 5. 1. 1964 in Westberlin Ausgabestellen einzurichten, „bei denen Westberliner Bürger Passierscheine für Besuche in der Hauptstadt der DDR erhalten könnten.“ Nach dem sich anschließenden Briefwechsel zwischen Brandt und Abusch begannen am 12. 12. insgesamt 7 Gespräche zwischen dem DDR-Staatssekretär Erich Wendt und dem Westberliner Senatsrat Horst Korber über die Einrichtung solcher Passierscheinstellen. Am 17. 12. kam es zur 1. Passierscheinvereinbarung mit der Unterzeichnung eines „Berliner Protokolls“. Die von Genscher geforderten Voraussetzungen und Ergebnisse dieser Gespräche wurden nicht realisiert.

im Rundfunk einen Nachruf; er gedachte eines Mannes, den er zu dessen Lebzeiten wegen seiner politischen Haltung wenig schätzte (die Abneigung beruhte übrigens auf Gegenseitigkeit).

Am Nachmittag, auf einer Sitzung der politischen Abteilung der Bundesgeschäftsstelle, referierte Eggers über die Wirtschaftspolitik der SPD: sie habe sich mittlerweile auf den Boden der sozialen Marktwirtschaft gestellt. Das mache neue Wahlkampfmethoden der FDP notwendig. Dem stimmten die versammelten Referenten zu.

Samstag, den 14. Dezember 1963

Zwei Tage nach Heuss starb heute mittag der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer. Er wurde nur 63 Jahre alt. Ein weiterer prominenter Bonner Politiker liegt todkrank in einer Klinik: der an Krebs leidende Heinrich von Brentano. O. war ein ehrlicher, biederer Politiker; seinen Reden fehlte alles Mitreißende, doch spürte man in seinen Worten die Gesinnung des aufrechten Demokraten.

Mittwoch, den 18. Dezember 1963

Mein gestriger fdk-Artikel zur Unterzeichnung des Passierscheinabkommens hat die CDU offenbar mächtig erzürnt¹⁴. Wie Zoglmann am Vormit-

¹⁴ W. Schollwer: „Zur Unterzeichnung des Passierscheinabkommens“ – in fdk 14/101 vom 17. 12. 1963. Dazu die *Frankfurter Rundschau* am 20. 12. 1963 in ihrem Aufmacher („Barzel attackiert Berliner Senat“): „Wie erst am Donnerstag bekannt wurde, ist es in der Kabinettsitzung am Mittwoch zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, als die Entscheidung zugunsten der Passierscheinvereinbarung erläutert wurde. Obwohl Erhard ausdrücklich bestätigte, daß die Bundesregierung zu jedem Zeitpunkt über die Schritte des Berliner Senats informiert worden ist und alle Maßnahmen im vollen Einvernehmen mit der Bundesregierung erfolgt sind, griff der frühere Gesamtdeutsche Minister Rainer Barzel (CDU) in seiner Eigenschaft als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU den Berliner Senat scharf an ... Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang, daß nach den Ausführungen Barzels bereits im Februar dieses Jahres ein ähnliches Angebot von Ost-Berliner Seite gemacht worden ist, das die Bundesregierung seinerzeit übergegangen hat, obwohl es dem Inhalt nach zu demselben Ergebnis geführt haben würde wie die jetzige Absprache ... Es ... sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß bestimmte Gruppen in der CDU/CSU die Weihnachtsvereinbarungen von Berlin zum Anlaß für eine Kampagne gegen die FDP und den Gesamtdeutschen Minister, Erich Mende, benutzen werden. In den Reihen der Kritiker wurde vor allem eine Formulierung des parteioffiziellen Pressedienstes der FDP beanstandet, in dem es heißt: „Zum anderen zeigte sich bei den Verhandlungen in den letzten Wochen erneut, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland endlich eine Regierungsmannschaft zusammengefunden hat, die imstande ist, sich einer langsam verändernden weltpolitischen Situation anzupassen und über allgemeine gesamtdeutsche Deklamationen hinaus praktische Politik für das ganze deutsche Volk zu machen. Es sieht jetzt so aus, als ob die Vertreter einer konsequentharten Politik den koalitionsinternen Burgfrieden nach Ablauf der Weihnachtszäsur in Berlin abbrechen wollen.“

tag Emde, Genscher und mir berichtete, hat Barzel kurz zuvor im Kabinett den Kommentar scharf kritisiert: die Tätigkeit früherer gesamtdeutscher Minister sei darin abgewertet worden. Genscher diktierte sogleich einen Brief an Erhard mit Durchschlag an Barzel, in dem diese Vorwürfe zurückgewiesen und mein Artikel ausdrücklich gutgeheißen wird. Auch ihn hatte der von Zoglmann referierte Ausspruch Barzels in Rage gebracht, die Berliner nähmen die Sicherheit von den Amerikanern, das Geld von Bonn und die Passierscheine von Ulbricht (!). Ein typisches Beispiel übrigens für die traditionell feindselige Haltung der Union gegenüber Berlin und seinen Bewohnern! Das wiederum stärkt die Zusammenarbeit zwischen FDP und SPD in der Berlin-Politik. Mende hat das kaum verhüllt in seinem heutigen, auffallend herzlichen Telegramm an Brandt zum Ausdruck gebracht.

Freitag, den 20. Dezember 1963

Ungeachtet des anhaltenden Unmuts einiger Christdemokraten über das Passierscheinabkommen hat der FDP-Bundesvorstand heute noch einmal ausdrücklich die Vereinbarung begrüßt und ihre politische Bedeutung hervorgehoben. Weitere Passagen meines Kommuniqué-Entwurfs, in denen die nächsten Schritte in der Deutschlandpolitik anvisiert worden waren, hat Mende mit Rücksicht auf den verärgerten Koalitionspartner gestrichen¹⁵.

Zur Zeit ist die Zonenpresse bemüht, sich das Verdienst für das Passierscheinabkommen an den eigenen Hut zu stecken. Das war zu erwarten. Die SED kämpft in Fragen des innerdeutschen Personenverkehrs mit dem Rücken an der Wand. Nachdem Ostberlin nicht ohne Nachhilfe aus Moskau sich zu der Vereinbarung bereitfand, muß nun die gelenkte Presse Sprüche klopfen, um die wahren Hintergründe der Konzessionsbereitschaft des Regimes zu verschleiern.

Montag, den 30. Dezember 1963

Heute abend war Botschaftsrat Georgijewicz unser Gast. Angeregte Gespräche über den neuen amerikanischen Präsidenten, das Passierscheinabkommen und die Ost-West-Beziehungen. G. meinte, Jugoslawien halte eine Wiedervereinigung Deutschlands für notwendig, sehe aber gegenwärtig dafür keine Möglichkeiten. Wenn es einmal eine solche Vereinigung

¹⁵ Im Entwurf d. Verf., datiert vom 19. 12. 1963, war noch folgende Passage enthalten: „Der FDP-Bundesvorstand bittet den Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Dr. Erich Mende, die Möglichkeit weiterer Vereinbarungen zu prüfen und sich für ihre Realisierung im Rahmen der Politik der Bundesregierung einzusetzen. Er vertritt die Auffassung, daß die Schaffung technischer gesamtdeutscher Kommissionen unter dem Dach der Vier Mächte ein Weg sein könnte, solche Vereinbarungen herbeizuführen.“ (Text in Schollwers Handakten, ADL 6954/41).

gebe, müsse Deutschland neutral sein. G. beklagte erneut die Haltung der Bundesregierung gegenüber jugoslawischen Emigrantenorganisationen, die Verschiebung des Prozesses gegen die Mehlemer Attentäter und die Einleitung eines Verfahrens gegen den Außenminister Popovicz. Zu der Politik seines Landes meinte er, daß es in Belgrad zur Außenpolitik klare Vorstellungen gäbe, hingegen bereite die Wirtschaftspolitik noch Schwierigkeiten, besonders in der Frage der Besitzverhältnisse.

Das erste Passierscheinabkommen ist schon jetzt ein voller Erfolg. Hunderttausende Berliner aus beiden Teilen der Stadt trafen nach vielen Jahren der Trennung während der Feiertage zum ersten Male wieder zusammen¹⁶. Das Fernsehen vermittelte zu Herzen gehende Bilder vom gesamtdeutschen Wiedersehen unter dem Tannenbaum. Dennoch gibt es auf beiden Seiten der Mauer nicht wenige, die dieser Form der zeitweiligen „Wiedervereinigung“ mit großen Vorbehalten gegenüberstehen. Weitere Auseinandersetzungen über eine zeitgemäße Ost- und Deutschlandpolitik sind daher mit jenen Kräften unvermeidlich, die in den Schützengräben des Kalten Krieges hocken bleiben wollen: mit Leuten in unserem Lande, die sich mehr für die Bindestriche, Klammern und Ausführungszeichen des Passierscheinabkommens als für den Zugewinn an Menschlichkeit interessieren, der damit erzielt werden konnte.

¹⁶ Lt. ADN wurden im Rahmen dieser Passierscheinaktion 698 124 Passierscheine ausgegeben, mit denen in der Zeit vom 19. 12. 1963 bis 5. 1. 1964 insgesamt 1 242 810 Westberliner ihre Verwandten in Ostberlin besuchen konnten (ADG, S. 10990).